

**A1 ~~"anders lernen" in Bayern~~**

Antragsteller\*in: Martin Blankemeyer (KV München)

Tagesordnungspunkt: 8 Anträge

Status: **Zurückgezogen**

## **A2 Kennzeichnungspflicht tierischer Produkte**

Gremium: Kreisverband Nürnberg  
Beschlussdatum: 25.07.2019  
Tagesordnungspunkt: 8 Anträge

### **Antragstext**

1 Die Landesdelegiertenkonferenz spricht sich für eine Kennzeichnungspflicht aller  
2 tierischen Lebensmittel aus. Sie setzt sich auf Bundesebene für ein Modell mit  
3 folgenden Merkmalen ein:

- 4 • Erfassung aller Lebensmittel mit tierischen Bestandteilen oberhalb einer  
5 Bagatellgrenze.
- 6 • Verpflichtender Charakter
- 7 • Vierstufig:
  - 8 ◦ Stufe 1: Gesetzlicher Mindeststandard
  - 9 ◦ Stufe 2: Mittlerer Tierschutzstandard mit deutlich über die Stufe 1  
10 hinausgehenden Anforderungen (u.a. deutlich erhöhtes Platzangebot)
  - 11 ◦ Stufe 3: Erhöhter Tierschutzstandard, angelehnt an die Anforderungen  
12 des EU-Bio-Siegels
  - 13 ◦ Stufe 4: Höchster Tierschutzstandard mit deutlich über das EU-Bio-  
14 Siegel hinausgehenden Anforderungen bzgl. tierschutzrelevanter  
15 Kriterien
- 16 • Einbeziehung des gesamten Tierlebens von der Geburt bis zum Tod, inkl. der  
17 Schlachtung
- 18 • Höhere Anforderungen und zusätzliche Kriterien für die Stufen 2-4 als bei  
19 der bestehenden Haltungskennzeichnung des Handels und dem geplanten  
20 staatlichen Tierwohllabel von Julia Klöckner.
- 21 • Farbliche und schematische Visualisierung der jeweiligen Tierhaltung
- 22 • Verwendung neutraler und aussagekräftiger Begrifflichkeiten anstelle von  
23 Verschleierung („Stallhaltung plus“, „Außenklima“) und Schönfärberei  
24 („Tierwohl“, „Premiumstufe“ usw.) wie beim Kennzeichnungssystem des  
25 Handels und dem geplanten staatlichen Tierwohllabel.

- 26 • Sofortige Verschärfung der rechtlichen Anforderungen insbesondere bei der  
27 Schlachtung, perspektivisch auch in sämtlichen anderen Bereichen der  
28 Tierhaltung. Bereits bestehende europäische Vorgaben wie zum intakten  
29 Ringelschwanz sind einzuhalten.
- 30 • Importtiere, die der Lebensmittelkette zugeführt werden, müssen im Rahmen  
31 der Haltungskennzeichnungskriterien diese Standards ebenfalls erfüllen.
- 32 • Eine Länderkennzeichnung, analog zur Geflügel-Kennzeichnung, 4XD (geboren,  
33 aufgezogen, gemästet und geschlachtet in Deutschland) sollte die  
34 Haltungskennzeichnung begleiten.
- 35 Die Einhaltung der jeweiligen Vorgaben ist durch deutlich verstärkte staatliche  
36 Kontrollen zu gewährleisten.

### Begründung

- Eine effektive Haltungskennzeichnung hilft den Verbraucher\*innen und reduziert Tierleid. Im Zuge der verpflichtenden Kennzeichnung von Hühnereiern wurde die besonders tierquälere Käfig- bzw. Kleingruppenhaltung zurückgedrängt und anteilig durch weniger schlechte Haltungsformen ersetzt.
- Seit 01.04. dieses Jahres kennzeichnen die wichtigsten Unternehmen des Einzelhandels abgepackte Fleisch- und Wurstartikel nach einem Stufensystem entsprechend der Tierhaltung, wobei 1 für den gesetzlichen Mindeststandard, d.h. das niedrigste, und 4 für das höchste Tierschutzniveau steht. Auch wenn dieser Vorstoß zu begrüßen ist, kann er kaum als ausreichend bewertet werden. Der Kennzeichnungspflicht unterliegen nur Fleisch- und Wurstartikel im Kühlregal, weder Produkte aus der Frischetheke noch Milch und verarbeitete Produkte werden erfasst (Bei Edeka Südwest wird die Frischware in der Theke gekennzeichnet). Insbesondere die Kriterien für die Stufe 2 sind mit gerade einmal 10% mehr Platzbedarf (bei einem Schwein 0,825m<sup>2</sup> ggü. 0,75 m<sup>2</sup>) und etwas mehr Beschäftigungsmaterial völlig unzureichend. Die Bezeichnungen „Stallhaltung Plus“, „Außenklima“ und „Premium“ sind beschönigend und irreführend. Das geplante staatliche Tierwohllabel integriert demgegenüber deutlich mehr Kriterien wie z.B. zur Strukturierung der Ställe, zu schmerzhaften Eingriffen (Amputation der Schwänze, Ferkelkastration) und zur Schlachtung. Neben fehlenden weiteren Kriterien (z.B. zur Überzüchtung) und teilweise zu wenig ambitionierten Anforderungen ist vor allem die Freiwilligkeit zu bemängeln. Das geplante staatliche Tierwohllabel soll zudem vorerst nur für Schweinefleisch eingeführt werden. Auf eine Visualisierung der Tierhaltung wird wie auch beim Kennzeichnungssystem des Handels verzichtet, obwohl diese ein wichtiger Hebel für die Sensibilisierung der Verbraucher wäre.
- Die von uns geforderte Haltungskennzeichnung sollte ergänzt werden um sofortige Anhebungen des gesetzlichen Mindeststandards (=gleichzeitig Stufe 1 unseres Vorschlags), damit jedem in Deutschland gehaltenen und/oder geschlachteten Tier zumindest die schlimmsten Leiden erspart bleiben. Folgende Punkte müssen unabhängig von der Kennzeichnung für alle tierischen Produkte gelten:
  - Einhaltung der verpflichtenden Betäubungs- und Entblutungskontrolle bei der Schlachtung mit vorheriger Schulung. Dokumentation der Fehlbetäubungsrate und entsprechender Gegenmaßnahmen.
  - Verbot der betäubungslosen Kastration von Ferkeln. Keine Zulassung von nicht tiergerechten Alternativen wie der lokalen Betäubung. Jegliche chirurgischen Eingriffe müssen von Tierärzten vorgenommen werden.
  - Verzicht auf routinemäßige nicht kurative Eingriffe am Tier (Enthornen, Ringelschwanzamputieren, Schnabelkürzen bei Puten).
  - Rückbesinnung auf robuste und gesunde Rassen zur Vermeidung von Qualzucht wie bei Masthühnern, Legehennen, hochfruchtbaren Sauen, Hochleistungsmilchkühen oder Kreuzungstieren aus weißblauen Belgiern.

- Perspektivisch ist der gesetzliche Mindeststandard in vielen weiteren Aspekten anzuheben. Vor diesem Hintergrund muss die Stufe 2 deutliche Verbesserungen gegenüber dem aktuellen gesetzlichen Mindeststandard aufweisen, um sich auch mittelfristig von der ersten Stufe abzusetzen. Orientierung für die Stufe 2 bietet beispielsweise das Bündnis für Tierschutzpolitik mit seinen Forderungen für die Einstiegsstufe des Tierwohllabels ([https://files.albert-schweitzer-stiftung.de/1/ASS - Positionspapier - Kernforderungen-an-das-staatliche-Tierwohllabel.pdf](https://files.albert-schweitzer-stiftung.de/1/ASS_-_Positionspapier_-_Kernforderungen-an-das-staatliche-Tierwohllabel.pdf)). Diese beinhalten beispielsweise ein um mind. 40% gegenüber dem gesetzlichen Mindeststandard erhöhtes Platzangebot im Stall. Zu gewährleisten ist ein ständiger Zugang zu geeignetem Nestbaumaterial für Sauen (z.B. Langstroh) in ausreichender Menge in den Tagen vor, während und nach der Geburt. Bequeme, weiche Liegeflächen (eingestreut oder weiche, dicke Gummimatte) müssen ebenso bereitgestellt werden wie Raufutter und Beschäftigungsmaterial zum Wühlen in bester Qualität zur ständigen freien Verfügung. Die Fixierung von Sauen im Deckbereich ist einzuschränken. Transportzeiten zum Schlachthof sind deutlich zu begrenzen.
- Die Bio-Tierhaltung geht zwar hinsichtlich mancher Kriterien wie beim Platzangebot und Auslauf merklich über die gesetzlichen Mindeststandards hinaus, weist aber auch etliche Lücken auf. Beispielsweise enthält die EU-Öko-Verordnung keine zusätzlichen Anforderungen für die Schlachtung mit Ausnahme des Verbots der Verwendung elektrischer Treibhilfen. Obwohl zahlreiche Berichte über Missstände in deutschen Schlachthöfen kursieren (wie beispielsweise in der ARD-Doku „Ethik oder Etikettenschwindel“), werden Biotiere in genau denselben Einrichtungen getötet wie ihre konventionellen Artgenossen. Nach Expertenschätzungen wird jedes achte Schwein und fast jedes zehnte Rind nicht ordnungsgemäß betäubt (Quelle: <https://www.ardmediathek.de/ard/player/Y3JpZDovL2Rhc2Vyc3RILmRIL3JlcG9ydGF-nZSBflGRva3VtZW50YXRpb24gaW0gZXJzdGVuLzh1Y2Y2ZGRhLWZlODItNGRjMy05YWE0LWVlIn-mQ2OWQ2OTQxOQ/ethik-oder-etikettenschwindel>, ab 33:50). Auch eine Weidepflicht besteht nicht. Tiertransporte finden uneingeschränkt statt. Die kombinierte Anbindehaltung und Kastenstände sind erlaubt. Die betäubungslose Kastration ist aktuell genauso wenig verboten wie das Ausbrennen oder Ätzen der Hörner von Kälbern. Die dennoch bestehenden Vorteile der Bio-Haltung erkennen wir dadurch an, dass Bio-zertifizierte Produkte die zweitbeste Stufe (Stufe 3) erhalten, sofern sie zusätzliche Anforderungen zum Tiertransport, zur Schlachtung und zur Abferkelung (Einschränkung von Kastenständen) einhalten, wenn diese nicht durch die angestrebten verschärften gesetzlichen Anforderungen ohnehin gewährleistet werden. Ein Verweis auf eine Anhebung der Anforderungen für Bio-Produkte hilft nur bedingt weiter, da diese nur im Verbund mit allen 28 Mitgliedsstaaten der EU geändert werden können. Insbesondere in Osteuropa ist das Bewusstsein für Tierschutz aber noch wenig ausgeprägt.
- Wir wollen daher mit einer deutlich über die Tierschutzanforderungen des EU-Bio-Siegels hinausgehenden vierten Stufe Perspektiven für eine substanziell verbesserte Tierhaltung aufzeigen und Landwirt\*innen Anreize für die Umstellung liefern. Ansatzpunkte hierfür sind beispielsweise eine Weidehaltung, ein größeres Platzangebot im Stall, ein vollständiges Verbot von Amputationen und Kastenständen sowie weiter verkürzte Transportzeiten zum Schlachthof.

**Ä1 zu A2: Kennzeichnungspflicht tierischer Produkte**

Antragsteller\*innen Christian Sauter (KV Erlangen-Stadt)

**Antragstext**

**In Zeile 7:**

- Stufe ~~4~~3: Gesetzlicher Mindeststandard

**In Zeile 10:**

- Stufe ~~3~~1: Erhöhter Tierschutzstandard, angelehnt an die Anforderungen

**In Zeile 12:**

- Stufe ~~4~~0: Höchster Tierschutzstandard mit deutlich über das EU-Bio-

**Begründung**

Bei Eiern gibt es bereits ein etabliertes System, bei dem 3 das schlechteste ist und 0 das Beste. Mir ist sehr wohl bewusst, dass die Definitionen dort und hier voneinander abweichen, aber für den Verbraucher wird es noch erheblich verwirrender, wenn je nach Lebensmittel teilweise die 3 oder 4 das beste ist, bei anderen die 0.

### **A3 Fluchtwege freimachen und Menschenleben sichern**

Antragsteller\*in: Gülsere Demirel (MdL, KV München)

Tagesordnungspunkt: 8 Anträge

#### **Antragstext**

1 Menschen auf der Flucht können auf legalen Wegen kaum noch den europäischen  
2 Kontinent und Sicherheit erreichen: Die Europäische Union begrenzt bewusst  
3 massiv den Zugang für Schutzsuchende über "legale Fluchtrouten" auf  
4 Resettlement-Programme oder Humanitarian Admission Programmes. Gleichzeitig  
5 schottet die EU ihre Außengrenzen systematisch und kaum durchlässig ab. Dazu  
6 schreckt sie auch nicht vor der Zusammenarbeit mit Drittstaaten zurück, die  
7 Diktaturen sind oder in denen inhumane Zustände herrschen. Die Folgen sind  
8 dramatisch: Die Schutzsuchenden stecken in Kriegs- und Krisengebieten fest,  
9 verelenden in (Internierungs-) Lagern, geraten in extreme  
10 Abhängigkeitsverhältnisse, ertrinken im Mittelmeer oder verdursten in der Wüste.

11  
12 Dabei ist das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit universell und endet  
13 nicht an den Grenzen Europas. Auch unsere Pflicht für diese Menschenrechte  
14 einzustehen endet nicht an der europäischen Außengrenze. Es steht uns nicht zu  
15 in (lebensbedrohlichen) Notsituationen die Fluchtgründe der Schutzsuchenden zu  
16 bewerten. Und erst Recht dürfen wir nicht über den Schutzanspruch der Menschen  
17 an den europäischen Außengrenzen entscheiden. In menschenunwürdigen Lagern wie  
18 Moria auf Lesbos zeigt sich deutlich, dass an den Außengrenzen weder faire und  
19 rechtsstaatliche Asylverfahren möglich, noch eine adäquate Unterbringung und  
20 Versorgung von Schutzsuchenden gewährleistet werden können. Das Hotspots-System  
21 funktioniert nicht und darf daher nicht fortgeführt werden – auch nicht in Form  
22 von „Ausschiffungs- oder Anlandungsplattformen“.

23 Zu unserer Pflicht gehört auch, dass wir die Staaten an den EU-Außengrenzen  
24 nicht mit der Verantwortung allein lassen. Die Regierungen der Länder mit  
25 Außengrenzen zum Mittelmeer, wie Italien und Malta, die meist Ziel der  
26 Überfahrten sind, reagieren mit der Schließung ihrer Häfen für aus Seenot  
27 gerettete Geflüchtete. Gleichzeitig versuchen sie die zivile Seenotrettung zu  
28 verhindern, indem sie Schiffen die Ausfahrt verwehren. Notwendig ist daher eine  
29 umgehende Verteilung aller Menschen, die Asyl beantragen wollen, auf die  
30 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Auf die Aufnahme und Verteilung müssen  
31 sich möglichst viele Mitgliedstaaten solidarisch verständigen. Um die Blockade  
32 der Reform des GEAS zu überwinden, müssen aufnahmebereite Staaten auf  
33 freiwilliger Basis vorangehen.

#### **34 Sichere Fluchtwege schaffen und unbedingter Vorrang der Seenotrettung!**

35 Das Mittelmeer ist bereits zu einem Massengrab für tausende Menschen geworden.  
36 Allein 2018 ertranken auf dem Mittelmeer laut UNHCR mehr als 2.275 Geflüchtete  
37 bei der Überfahrt nach Europa. Damit ist das Mittelmeer die tödlichste Grenze  
38 der Welt. Europa darf nicht länger zulassen, dass Menschen im Mittelmeer

39 ertrinken und zivile Seenotrettungsschiffe tagelang im Mittelmeer auf die  
40 Einfahrt in einen Hafen warten. Doch auch für Menschen, die bei der Überfahrt  
41 gerettet werden, nimmt die Gefahr für Leib und Leben kein Ende. Seit dem Sommer  
42 2018 spitzt sich die „Ausschiffungskrise“ im zentralen Mittelmeerraum weiter zu,  
43 besonders durch andauernden Widerstand Italiens und Maltas und anderer Staaten  
44 gegen die Rettung und Ausschiffung von Geretteten – sowohl durch NGOs, wie auch  
45 durch Handelsschiffe. Zur Verhinderung der Seenotrettung werden zudem Schiffe  
46 festgesetzt oder gar unter dubiosen Vorwänden beschlagnahmt.

### 47 **Wir fordern**

- 48 1. Sichere Fluchtwege zu schaffen und eine menschenwürdige Aufnahme von  
49 Schutzsuchenden zu gewährleisten.
- 50 2. Die Schaffung von Möglichkeiten, bereits im Ausland ein humanitäres Visum  
51 zu erhalten und somit legal nach Deutschland einreisen zu können.
- 52 3. Jeden Menschen aus Seenot zu retten und gemäß internationalem Recht in  
53 Sicherheit zu bringen. Ein sicherer Hafen, wie ihn das Völkerrecht  
54 vorsieht, kann für im Mittelmeer Gerettete nur in der Europäischen Union  
55 liegen.
- 56 4. Eine menschenrechtsorientierte staatliche Seenotrettung. Bis diese  
57 einsatzbereit ist, muss die zivile Seenotrettung die uneingeschränkte  
58 Möglichkeit zur unabhängigen Lagebeobachtung bekommen und in  
59 internationalen Gewässern ungehindert Menschenleben retten können. Wir  
60 lehnen den alleinigen Einsatz von der Grenzschutzagentur FRONTEX mit  
61 seiner fragwürdigen und zum Teil menschenrechtswidrigen Einsätze ab (siehe  
62 zuletzt die Berichterstattung dazu und die interne Berichte von FRONTEX  
63 selbst).
- 64 5. Die Garantie für zivile Seenotretter\*innen uneingeschränkt Leben retten zu  
65 dürfen. Sie und ihre Arbeit dürfen nicht länger behindert und  
66 kriminalisiert werden. Die humanitäre Hilfe auf dem Mittelmeer muss  
67 innerhalb der Europäischen Union mit einer eigenen, unionsweit  
68 verbindlichen Rechtsgrundlage im Sinne der Erklärung der Vereinten  
69 Nationen zu den Menschenrechtsverteidiger\*innen und Artikel 8, Abschnitt  
70 a) des Globalen Pakts für sichere, geordnete und reguläre Migration  
71 geschützt werden.
- 72 6. Einen festen europäischen Mechanismus zur Aufnahme von Menschen, die aus  
73 Seenot gerettet wurden, um wochenlange Hängepartien zu verhindern.  
74 Aufnahmebereite Mitgliedstaaten müssen aus Seenot gerettete und in EU-  
75 Mittelmeeranrainerstaaten gestrandete Schutzsuchende solidarisch  
76 aufnehmen. Der Europäische Flüchtlingsrat ECRE hat dazu einen praktikablen  
77 Vorschlag ausgearbeitet, der im Rahmen des geltenden Europarechts sofort  
78 umgesetzt werden kann und muss.

### 79 **Keine Deals mit undemokratischen Regierungen auf Kosten der Menschenrechte**

80 Mit Abkommen, wie z.B. dem EU-Türkei-Deal, wird die Verantwortung Europas

81 ausgelagert und die Abschottung Europas vorangetrieben. Menschen, die Europa  
82 dennoch erreichen, werden in die Türkei zurückgeführt oder mit Gewalt über die  
83 Landesgrenzen beispielsweise nach Serbien zurückgedrängt. Und selbst auf den  
84 griechischen Inseln ist die Lage in den Unterkünften katastrophal und der Zugang  
85 zu fairen Asylverfahren versperrt.

86 Die libysche Küstenwache wird von der EU und ihren Mitgliedstaaten immer noch  
87 unterstützt und mit aufgebaut. Seit Beginn der Einsätze in 2017 wurden etwa  
88 29.000 Menschen von Libyens Küstenwache zurück nach Libyen gebracht. Dort kommen  
89 sie in eines von insgesamt 30 Internierungslagern, welche die Regierung  
90 betreibt. Aus diesen Lagern kommen immer wieder schreckliche Bilder und  
91 Beschreibungen größten Leids: Menschen müssen dort mit Gewalt, Vergewaltigung  
92 und Versklavung rechnen. Es gibt keinen Zugang zu sanitären Anlagen und keine  
93 medizinische Versorgung. So schreibt die Unterstützungsmission der Vereinten  
94 Nationen in Libyen (UNSMIL) in einem Bericht, dass Libyen für Geflüchtete ein  
95 Ort „unvorstellbaren Horrors“ sei. Viele der Lager befinden sich zudem in  
96 Gebieten, in denen es ständig Kämpfe zwischen libyschen Milizen gibt – viele  
97 Flüchtlinge sind so zusätzlich im libyschen Kreuzfeuer eingesperrt. Daher dürfen  
98 die katastrophalen humanitären Zustände in Libyen und anderen Staaten nicht  
99 länger ignoriert werden.

### 100 **Wir fordern:**

- 101 1. Kooperationen der EU und deren Mitgliedstaaten mit Drittstaaten müssen  
102 stets nach der Maßgabe der Grund- und Menschenrechte erfolgen.
- 103 2. Die Unterstützung der libyschen Küstenwache durch die EU muss sofort  
104 beendet werden. Sie ist beschämend für die Europäische Union und das  
105 europäische Projekt. Die völkerrechtswidrigen Rückführungen von  
106 Schutzsuchenden in das Bürgerkriegsland müssen sofort aufhören. Wer  
107 verhindern will, dass sich Schlepper an der Not von Geflüchteten  
108 bereichern, die angesichts von Verfolgung, Krieg und Gewalt ihr Leben bei  
109 der Flucht über das Mittelmeer aufs Spiel setzen, muss sichere und legale  
110 Fluchtalternativen schaffen.
- 111 3. Massenlager in der EU und europäische Außenlager in Drittstaaten sowie  
112 Abschottungs-Abkommen, mit denen Menschen in Drittstaaten zurückgeschickt  
113 werden, die die Menschenrechte und internationales Recht mit Füßen treten,  
114 müssen sofort ein Ende haben.
- 115 4. Schutzbedürftige Flüchtlinge aus Libyen sofort nach Europa zu evakuieren  
116 und humanitäre Korridore nach Europa zu öffnen. Die Evakuierungen müssen  
117 sich an den tatsächlichen Bedarfzahlen orientieren – eine Verbringung in  
118 Transitstaaten wie derzeit den Niger lehnen wir ab. Es ist an der Zeit und  
119 dringend geboten, dass Deutschland seine Bemühungen verstärkt, Menschen,  
120 deren Leben unmittelbar bedroht ist, direkt aus der Gefahrenzone zu  
121 retten. Damit wird verhindert, dass noch mehr Flüchtlinge aus Libyen  
122 versuchen aus Verzweiflung in einem überfüllten, kaum schwimmtauglichen  
123 Schlauchboot über das Mittelmeer nach Europa zu fliehen. Dabei darf  
124 Deutschland die Menschen nicht im Niger stranden lassen - einem Land, das  
125 selbst mit 300.000 aufgenommenen geflüchteten Menschen und schwelenden  
126 Konflikten an seine Kapazitätsgrenzen kommt.



### 127 **Sicherer Hafen – zusätzliche kommunale Aufnahmeplätze schaffen und** 128 **Landesaufnahmeprogramm auflegen**

129 Wir begrüßen ausdrücklich die Initiative Seebrücke und solidarisieren uns mit  
130 allen Kommunen, die sich zu sicheren Häfen erklären. Wir unterstützen Kommunen,  
131 die sich freiwillig bereit erklärt haben, zusätzlich zur Verteilungsquote aus  
132 Seenot gerettete Schutzsuchende aufzunehmen, und ermutigen weitere Kommunen sich  
133 dieser Initiative anzuschließen.

#### 134 **Wir fordern:**

- 135 1. Das Resettlement-Programm des Bundes muss erweitert und die Anzahl der  
136 Aufnahmeplätze an den tatsächlichen Bedarf angepasst werden. Das  
137 Resettlement muss dabei ein Schutzinstrument bleiben und darf kein Ersatz  
138 für reguläre Asylverfahren, sondern soll eine Ergänzung zum Schutz  
139 besonders vulnerabler Schutzsuchender sein.
- 140 2. Das Recht auf Asyl bzw. auf internationalen Schutz von Flüchtlingen, die  
141 über andere Wege als Resettlement in einen Mitgliedstaat der EU gelangen,  
142 darf durch den Neuansiedlungsrahmen nicht angetastet werden.
- 143 3. Zusätzliche kommunale Aufnahmeplätze im UNHCR-Resettlementprogramm zu  
144 schaffen. Dies kann durch die Aufstockung der Länderkontingents (§ 23 I  
145 AufenthG) erfolgen und/oder durch die Einführung einer neuen  
146 Gesetzesgrundlage (§ 23 X AufenthG) speziell zur Aufnahme durch Kommunen  
147 und entsprechend der Regelung zur Landesaufnahme nach § 23 I AufenthG.
- 148 4. Kommunen müssen die Möglichkeit bekommen sich dem Bundes-  
149 Resettlementprogramm nach § 23 IV AufenthG über zusätzliche Aufnahmeplätze  
150 anzuschließen.
- 151 5. Die Staatsregierung auf, sich zum sicheren Hafen zu erklären und dem Bund  
152 zusätzlich zur Quote Plätze für aus Seenot Gerettete anzubieten.
- 153 6. Die Staatsregierung auf, ein eigenes Landesprogramm aufzulegen. Darüber  
154 hinaus soll sie sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass Aufnahmen  
155 neben der Bundesprogramme (beispielsweise über nationalstaatliche  
156 humanitäre Aufnahmeprogramme sowie über Aufnahmeprogramme der  
157 Bundesländer, die eine unkomplizierte und kurzfristige Aufnahme von  
158 größeren Kontingenten aus dem Ausland erlauben) auch ohne Zustimmung des  
159 Bundesinnenministeriums aufgelegt werden können.
- 160 7. Kommunen müssen bei der Flüchtlingsaufnahme finanziell und personell  
161 unterstützt werden. Städte und Kommunen, die sich innerhalb des neuen  
162 Relocationprogramms freiwillig melden, um Schutzsuchende aufzunehmen,  
163 sollen die Kosten für die Integration aus einem gemeinsamen EU-Fonds  
164 (bspw. AMIF) erstattet bekommen. Denn die Kommunen sind ohnehin die Orte,  
165 an denen Inklusion, Teilhabe und Partizipation in erster Linie stattfinden  
166 und sie haben den besten Überblick darüber, was möglich ist.

## **Begründung**

erfolgt mündlich

## **A4 Klimaschutz statt gekauftes Wachstum**

Antragsteller\*in: Beate Walter-Rosenheimer (KV  
Fürstenfeldbruck), Helga Stieglmeier (KV  
Erding)  
Tagesordnungspunkt: 8 Anträge

### **Antragstext**

1 Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern die sofortige Einstellung aller Förderprogramme  
2 der Flughafen München GmbH (FMG) sowie aller bayerischen Flughäfen für  
3 Flugverbindungen.

### **Begründung**

Fliegen ist die klimaschädlichste Form der Fortbewegung. Wer Klimaschutz ernst nimmt, muss beim Flugverkehr ansetzen und diesen wirksam eindämmen. Dazu gehören Inlandsflüge konsequent auf die Bahn verlagert, ein Nachtflugverbot, das den Namen auch verdient und die Einstellung sämtlicher Subventionen für den Flugverkehr.

Der Münchner Flughafen hat in den vergangenen 25 Jahren mindestens 295 Millionen Euro Subventionen bezahlt, um neue Airlines am Münchner Flughafen zu stationieren. Dazu kommen noch 89 Millionen an Kerosinzuschuss.

Da der Flughafen im Eigentum der öffentlichen Hand ist, hätte dieses Geld an die Eigentümer abgeführt werden müssen und nicht als Extra-Subventionen an die Fluggesellschaften ausgereicht werden.

Im Jahr 2018 wurden am Münchner Flughafen 32 Airlines und rund 15.000 Flugbewegungen zu 118 Zielen mit 24 Millionen Euro gefördert. 90 Prozent dieser Ziele wurden bereits in der Vergangenheit angefliegen.

Flughäfen bezahlen die Airlines etwa dafür, dass sie bestimmte Strecken bedienen, manche erlassen ihnen die Landegebühren, andere garantieren Mindestumsätze.

München ist nicht der einzige Airport, der so vorgeht. Auch am Flughafen Nürnberg fließen Subventionen: In den Jahren 2017 und 2018 waren es zusammen 8,7 Millionen Euro, im aktuellen bayerischen Doppelhaushalt sind 4 Millionen für den Allgäu Airport Memmingen vorgesehen.

## **A5 Chancengerechtigkeit und Inklusion braucht Schulsozialarbeit**

Antragsteller\*in: Frank Dürsch (KV München-Stadt)  
Tagesordnungspunkt: 8 Anträge

### **Antragstext**

- 1 Inklusion im weitergefassten Sinne bezieht sich nicht nur auf die in der UN-  
2 Behindertenrechts-konvention besonders angesprochene Gruppe der Behinderten,  
3 sondern bedeutet gemeinsame Beschulung von Behinderten und Nichtbehinderten,  
4 Schüler mit und ohne Migrationshintergrund, Schüler der unterschiedlichen  
5 Milieus, unabhängig davon, ob sie vorübergehend in schwierigen familiären  
6 Situationen leben oder nicht. Dafür benötigen die Schulen multiprofessionelle  
7 Teams (Schulsozialarbeiter, Psychologen, Sonderpädagogen, Heilpraktiker,  
8 Erzieher etc.).
- 9 Der neugegündet AK Chancengerechtigkeit des Bezirksverband Obb. hat sich auf  
10 diesen Inklusionsbegriff verständigt und möchte das folgendet Probleerm angehen:
- 11 Schulsozialarbeit trägt durch ihre zusätzlichen Unterstützungsmöglichkeiten dazu  
12 bei, chancengerechte Bildung und Erziehung zu ermöglichen, insbesondere dann,  
13 wenn Lehrkräfte allein dies nicht schaffen könnten. **Alle Schularten werden nach**  
14 **wie vor nicht im ausreichenden Maße und ihren Bedarf entsprechend mit**  
15 **Schulsozialarbeit versorgt.** Nachhaltige Qualität kann sich nur entfalten, wenn  
16 sie unabhängig von der Finanzkraft der einzelnen Kommunen flächendeckend und  
17 kontinuierlich sichergestellt wird.
- 18 Es gibt unterschiedliche Finanzierungsmodelle: Seit die ersten Stellen für  
19 Schulsozialarbeiter in Bayern geschaffen wurden. Münchner Hauptschulen waren die  
20 Vorreiter, die zusätzliches sozialpädagogisches Personal forderten. Kommunale  
21 bzw. von Landratsämtern finanzierte Stellen sind teilweise direkt an Jugendamt  
22 verankert, teilweise an Träger vergeben.
- 23 Das bayerische Modell Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS) holt die Leistung der  
24 Jugendhilfe an Schulen, bezieht sich allerdings vornehmlich nur auf stark  
25 benachteiligte Schüler bzw. Schulen mit entsprechend schwierigem Einzugsgebiet.  
26 Erreicht werden zudem nach wie vor nur bestimmte Schultypen vornehmlich  
27 Mittelschulen und Förderschulen. Präventiv zu arbeiten ist bei diesem Konzept  
28 nichtwirklich vorgesehen. Die Jugendhilfe grenzt sich bewusst von der Schule ab,  
29 nicht immer zum Vorteil der Schüler.
- 30 Gymnasien (auch andere Schularten wie Berufsfachschulen, Wirtschaftsschulen...)  
31 sind davon ausgeschlossen bzw. können nach wie vor ausschließlich und äußerst  
32 begrenzt auf 10,5 Monate befristetet Personal aus dem dafür bei weitem nicht  
33 ausreichenden Etat zur eigenen Bewirtschaftung einstellen. Es sei denn sie  
34 ergattern einige der wenigen von Söder versprochenen Stellen für  
35 multiprofessionelle Teams auf die die Schulpsychologen auch spechten. Das Forum

36 Bildungspolitik forderte schon 2004 langfristigen Konzepte für eine  
37 kontinuierliche, auf Vertrauensbasis stattfindende pädagogische Arbeit für  
38 langfristige Planungen oder gar kontinuierliche Prozesse, um Problemsituationen  
39 im Sinne einer präventiven Arbeit im Vorfeld zu erkennen und rechtzeitig zu  
40 verhindern.

41 Inklusion ist Aufgabe und damit Herausforderung für alle Schularten und die  
42 dafür Verantwortlichen.

43 **Wir fordern:**

44 - **Im Zuge der Umsetzung der Inklusion in Bayern sind ausreichend Planstellen für**  
45 **alle Schularten verbindlich zur Verfügung stellen.** Bei Bedarf auch mehrere  
46 Planstellen orientiert an den Schülerzahlen

47 - **Schulsozialarbeit sollte in Verantwortung des Kultusministeriums integriert**  
48 **und langfristig abgesichert sein.** Im Kultusministerium wäre eine Fachstelle mit  
49 dafür qualifizierten Fachkräften nötig, um die Schulsozialarbeit vor Ort zu  
50 unterstützen (z.B. bezüglich Fortbildung, Supervision, Schulentwicklung usw.)  
51 und um die Kooperation auf ministerialer Ebene mit dem Sozialministerium zu  
52 sichern.

53 - **Die Stundentafeln der Schulen enthalten wöchentlich eingeplanten Stunden für**  
54 **soziales Lernen** und zeitliche Freiräume für Kooperation zwischen Schülerinnen,  
55 Schülern, Lehrkräften und Schulsozialarbeit vorhanden sein.

56 - **Die Rolle und der rechtlichen Status der Schulsozialarbeit** bezüglich  
57 Zusammenarbeit mit Lehrkräften und Schulleitung wird unter Einbeziehung der in  
58 diesen Berufsfeld Tätigen definiert

59 - **Schulsozialarbeiter nehmen an Konferenzen und Schulentwicklungsprozessen teil**  
60 und haben dort Stimmrecht.

61 - **Für alle Schularten ist eine stabile, finanzielle Basis für Schulsozialarbeit**  
62 **sicherzustellen.** Verzichtet werden sollte auf Projekte sowie  
63 Finanzierungsmodelle, die keine 100% Finanzierung sicherstellen, sowie auf  
64 befristete Budgetierung gebundene Finanzierungen.

65 - **Die tarifliche Eingruppierung ist entsprechend dem Aufgabenprofil und der**  
66 **qualitativ hochwertigen Arbeit ist zu überarbeiten und mit den Gewerkschaften**  
67 **adäquat zu verhandeln.** Im Zuge der Inklusion kommen zusätzliche Aufgaben und  
68 Verantwortungen hinzu die von enormem gesellschaftlichem Wert sind.

69 - **Schulsozialarbeit wird in Bayerischen Gesetz über das Erziehungs- und**  
70 **Unterrichtswesen (Bay EUG) verankert.**

**Begründung**

Seit der Unterzeichnung des Artikel 24 der UN-Konvention und dem ist zum 1. August 2011 in Kraft getreten Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) zur Umsetzung der Inklusion in Bayern ist mit Art. 2 Inklusion Aufgabe aller Schularten. Damit erweitern sich die Begründungsmuster für Schulsozialarbeit insbesondere um die Inklusionstheoretische Perspektive.

Dabei ist von einem Inklusionsbegriff auszugehen, der alle Schüler miteinschließt und nicht in „Norm“ale bzw. in Benachteiligte und Beeinträchtigte einteilt. „Wenn wir innerhalb des Regelschulsystems wirksame Lernsituationen für behinderte Menschen schaffen können, so bereiten wir auch für eine für alle Schüler ideale Lernsituation.“ (UNESCO Konsultation 1988 „Getting there“).

Zielgruppe von Schulsozialarbeit sind somit alle Schüler, nicht nur die sogenannten Benachteiligten in Berufung auf §13 SGBVIII. Auch die Paragraphen §§ 1, 11, und 81 Sozialgesetzbuch (SGB) VIII können als gesetzliche Grundlage hinzugezogen werden. Eine Ergänzung im BayEUG, die die Rolle der Schulsozialarbeit insbesondere in Rahmen der Inklusion für Bayern klärt, fehlt noch.

Dabei kann die spezifische Profession der Schulsozialarbeit eine erweiterte Professionalität zur inklusiven Schule beitragen weil sie - auf Partizipation und Teilhabe ausgerichtet- Schulsozialarbeit den gegenseitigen psychosozialen Annäherungs- und Lernprozess unterstützt, um eine solidarische Kultur des Miteinanders für alle zu verwirklichen.

Weil sie ressourcenorientiert mit den Stärken, die Schüler/innen in sich tragen arbeitet und durch den präventiven Ansatz die Schüler/innen von Anfang an in Blick hat reagiert sie nicht nur als „nachgereichte Spezialhilfe“. Schulsozialarbeit hat neben der Schule auch die Lebenswelt der Schüler im Blick ist örtlich vernetzt und unterstützt ganzheitlich. Zusammen mit dem sozialpädagogischen Personal, integriert im Ganztagschulkonzept trägt sie zum Gelingen von Ganztagskonzepten bei. Durch einen weiteren professionellen Blickwinkel gibt Schulsozialarbeit wichtige Impulse zum Schulentwicklungsprozess.

Die Lösung des Problems sehen wir daher darin, endlich den Verschiebeparkplatz der Zuständigkeiten (vom Sozial- zum Kultusministerium, vom Land Bayern auf die Kommunen bzw. Landkreise und umgekehrt) zu beenden und eine tragfähige und zukunftsfähige Lösung zu erarbeiten, die zeitnah umzusetzen ist. Nur so wird es gelingen, die spezifische Professionalität der Schulsozialarbeit so einzusetzen, dass sie ihren Beitrag adäquat erbringen kann, um vorhandene Inklusionsbarrieren abzubauen und inklusive sowie chancengerechte Schulen zu ermöglichen.

Seit der Unterzeichnung des Artikel 24 der UN-Konvention und dem ist zum 1. August 2011 in Kraft getreten Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) zur Umsetzung der Inklusion in Bayern ist mit Art. 2 Inklusion Aufgabe aller Schularten. Damit erweitern sich die Begründungsmuster für Schulsozialarbeit insbesondere um die Inklusionstheoretische Perspektive.

Dabei ist von einem Inklusionsbegriff auszugehen, der alle Schüler miteinschließt und nicht in „Norm“ale bzw. in Benachteiligte und Beeinträchtigte einteilt. „Wenn wir innerhalb des Regelschulsystems wirksame Lernsituationen für behinderte Menschen schaffen können, so bereiten wir auch für eine für alle Schüler ideale Lernsituation.“ (UNESCO Konsultation 1988 „Getting there“).

Zielgruppe von Schulsozialarbeit sind somit alle Schüler, nicht nur die sogenannten Benachteiligten in Berufung auf §13 SGBVIII. Auch die Paragraphen §§ 1, 11, und 81 Sozialgesetzbuch (SGB) VIII können als gesetzliche Grundlage hinzugezogen werden. Eine Ergänzung im BayEUG, die die Rolle der Schulsozialarbeit insbesondere in Rahmen der Inklusion für Bayern klärt, fehlt noch.

Dabei kann die spezifische Profession der Schulsozialarbeit eine erweiterte Professionalität zur inklusiven Schule beitragen weil sie - auf Partizipation und Teilhabe ausgerichtet- Schulsozialarbeit den gegenseitigen

psychosozialen Annäherungs- und Lernprozess unterstützt, um eine solidarische Kultur des Miteinanders für alle zu verwirklichen.

Weil sie ressourcenorientiert mit den Stärken, die Schüler/innen in sich tragen arbeitet und durch den präventiven Ansatz die Schüler/innen von Anfang an in Blick hat reagiert sie nicht nur als „nachgereichte Spezialhilfe“. Schulsozialarbeit hat neben der Schule auch die Lebenswelt der Schüler im Blick ist örtlich vernetzt und unterstützt ganzheitlich. Zusammen mit dem sozialpädagogischen Personal, integriert im Ganztagschulkonzept trägt sie zum Gelingen von Ganztagskonzepten bei. Durch einen weiteren professionellen Blickwinkel gibt Schulsozialarbeit wichtige Impulse zum Schulentwicklungsprozess.

Die Lösung des Problems sehen wir daher darin, endlich den Verschiebepunkt der Zuständigkeiten (vom Sozial- zum Kultusministerium, vom Land Bayern auf die Kommunen bzw. Landkreise und umgekehrt) zu beenden und eine tragfähige und zukunftsfähige Lösung zu erarbeiten, die zeitnah umzusetzen ist. Nur so wird es gelingen, die spezifische Professionalität der Schulsozialarbeit so einzusetzen, dass sie ihren Beitrag adäquat erbringen kann, um vorhandene Inklusionsbarrieren abzubauen und inklusive sowie chancengerechte Schulen zu ermöglichen.

Seit der Unterzeichnung des Artikel 24 der UN-Konvention und dem ist zum 1. August 2011 in Kraft getreten Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) zur Umsetzung der Inklusion in Bayern ist mit Art. 2 Inklusion Aufgabe aller Schularten. Damit erweitern sich die Begründungsmuster für Schulsozialarbeit insbesondere um die Inklusionstheoretische Perspektive.

Dabei ist von einem Inklusionsbegriff auszugehen, der alle Schüler miteinschließt und nicht in „Norm“ale bzw. in Benachteiligte und Beeinträchtigte einteilt. „Wenn wir innerhalb des Regelschulsystems wirksame Lernsituationen für behinderte Menschen schaffen können, so bereiten wir auch für eine für alle Schüler ideale Lernsituation.“ (UNESCO Konsultation 1988 „Getting there“).

Zielgruppe von Schulsozialarbeit sind somit alle Schüler, nicht nur die sogenannten Benachteiligten in Berufung auf §13 SGB VIII. Auch die Paragraphen §§ 1, 11, und 81 Sozialgesetzbuch (SGB) VIII können als gesetzliche Grundlage hinzugezogen werden. Eine Ergänzung im BayEUG, die die Rolle der Schulsozialarbeit insbesondere in Rahmen der Inklusion für Bayern klärt, fehlt noch.

Dabei kann die spezifische Profession der Schulsozialarbeit eine erweiterte Professionalität zur inklusiven Schule beitragen weil sie - auf Partizipation und Teilhabe ausgerichtet- Schulsozialarbeit den gegenseitigen psychosozialen Annäherungs- und Lernprozess unterstützt, um eine solidarische Kultur des Miteinanders für alle zu verwirklichen.

Weil sie ressourcenorientiert mit den Stärken, die Schüler/innen in sich tragen arbeitet und durch den präventiven Ansatz die Schüler/innen von Anfang an in Blick hat reagiert sie nicht nur als „nachgereichte Spezialhilfe“. Schulsozialarbeit hat neben der Schule auch die Lebenswelt der Schüler im Blick ist örtlich vernetzt und unterstützt ganzheitlich. Zusammen mit dem sozialpädagogischen Personal, integriert im Ganztagschulkonzept trägt sie zum Gelingen von Ganztagskonzepten bei. Durch einen weiteren professionellen Blickwinkel gibt Schulsozialarbeit wichtige Impulse zum Schulentwicklungsprozess.

Die Lösung des Problems sehen wir daher darin, endlich den Verschiebepunkt der Zuständigkeiten (vom Sozial- zum Kultusministerium, vom Land Bayern auf die Kommunen bzw. Landkreise und umgekehrt) zu beenden und eine tragfähige und zukunftsfähige Lösung zu erarbeiten, die zeitnah umzusetzen ist. Nur so wird es gelingen, die spezifische Professionalität der Schulsozialarbeit so einzusetzen, dass sie ihren Beitrag adäquat erbringen kann, um vorhandene Inklusionsbarrieren abzubauen und inklusive sowie chancengerechte Schulen zu ermöglichen.

**A6 Mut und Unterstützung für psychisch kranke Kinder und Jugendliche.  
Mehr Sichtbarkeit für „Schattenkinder“ aus psychisch kranken Familien.**

Antragsteller\*in: Beate Walter-Rosenheimer (KV  
Fürstenfeldbruck)  
Tagesordnungspunkt: 8 Anträge

**Antragstext**

- 1 In Bayern gibt es viele Kinder und Jugendliche, die psychisch krank sind, von  
2 psychischer Erkrankung bedroht sind oder die in einer Familie mit psychisch  
3 kranken Angehörigen leben.
- 4 Laut Kassenärztlicher Vereinigung Bayerns (KVB) liegt für fast 470 000 Kinder  
5 und Jugendliche die Diagnose einer psychischen Störung beziehungsweise einer  
6 Entwicklungsstörung vor. Erfasst wurden hier nur Kassenpatient\*innen.
- 7 Angesichts solcher Zahlen ist es allerdings wichtig, genauer zu differenzieren  
8 und zu hinterfragen: Nicht jedes Kind, das sich nicht „normgerecht“ verhält,  
9 nicht stillsitzen kann oder nicht gerne lernt, ist psychisch krank oder in  
10 seiner Entwicklung verzögert. Keinesfalls sollte Kindern und Jugendlichen  
11 vorschnell das Etikett einer Störung aufgedrückt werden. Hier gilt für alle  
12 Fachleute, genau hinzusehen und nicht überhastet zu diagnostizieren.
- 13 Betroffene Kinder und Jugendliche sind in allen Altersstufen zu finden, denn  
14 bereits im ersten Lebensjahr können Störungen auftreten. Nach wie vor ist Suizid  
15 die zweithäufigste Todesursache (nach Unfällen) von jungen Menschen im Alter  
16 zwischen 15 und 20 Jahren.
- 17 Diese Kinder und Jugendlichen brauchen Hilfe und Unterstützung, ebenso wie ihre  
18 Familien. Der Umgang mit psychisch kranken Kindern ist eine Herausforderung für  
19 das gesamte Umfeld. Gerade innerhalb der Familie sind alle Beteiligten (Eltern,  
20 Geschwister) stark belastet, dies kann für die gesamte Familie zu Problemen  
21 führen. Es gibt viel zu wenige Therapieplätze, die Wartezeiten, besonders auf  
22 dem Land, sind zu lang. Monate sind in einem Kinderleben mit rascher Entwicklung  
23 eine gefühlte Ewigkeit. In dieser Zeit können sich viele Probleme verschärfen  
24 und sich weiter ausprägen. Zudem werden psychische Erkrankungen oftmals zu spät  
25 erkannt und diagnostiziert.
- 26 Zu den Kindern, die selbst an psychischen Störungen leiden, kommen noch die so  
27 genannten „Schattenkinder“, die in Familien mit mindestens einem psychisch  
28 kranken Elternteil leben. Ca. 30% der Erwachsenen leiden an einer psychischen  
29 Störung oder Suchterkrankung. Und viele von ihnen haben Kinder. Diese werden  
30 bisher oft vergessen. Dabei sind sie stark von der Erkrankung ihrer Eltern  
31 betroffen. Bundesweit geht man von ca. drei bis vier Millionen betroffenen  
32 Kindern aus, die einen vorübergehend, wiederholt oder dauerhaft psychisch



33 erkrankten Elternteil haben.

34 Wenn Eltern an einer psychischen Erkrankung leiden, sind die Kinder bereits im  
35 Kindes- und Jugendalter besonderen Belastungen ausgesetzt. Sie kümmern sich  
36 häufig um ihre Eltern und Geschwister, versuchen die Familie zusammen zu halten  
37 und übernehmen so innerhalb des Familiensystems eine Rolle, die nicht  
38 altersgerecht ist.

39 Auch noch als Erwachsene haben viele dieser Kinder Probleme, die psychische  
40 Erkrankung eines Elternteils positiv zu verarbeiten. Sie fühlen sich um eine  
41 unbeschwerte Kindheit und Jugend betrogen und geben oft dem erkrankten Vater  
42 oder der Mutter die Schuld daran. Häufig erfahren die betroffenen Kinder nur  
43 unzureichende emotionale Unterstützung und Fürsorge. Zudem können sie  
44 elterlichem Verhalten ausgesetzt sein, das sich kritisch auf ihre Entwicklung  
45 auswirken kann. Sie müssen früh zu viel Verantwortung übernehmen.

46 Neben diesen unmittelbaren Auswirkungen der psychischen Erkrankung der Eltern  
47 auf die Kinder, haben sie darüber hinaus statistisch gesehen eine drei- bis  
48 vierfache höhere Disposition – je nach Erkrankung - ebenfalls zu erkranken.

49 Gerade mit Blick auf die steigende Zahl von psychischen Erkrankungen ist der  
50 dringende Handlungsbedarf offensichtlich. Es braucht eine umfassende  
51 Unterstützung der ganzen Familie.

52 Kinder psychisch kranker Eltern sind ganz besonders auf ein unterstützendes  
53 soziales Umfeld sowie auf fachlich qualifizierte Hilfe und Versorgung  
54 angewiesen. Sie und ihre Familien benötigen gegebenenfalls sowohl  
55 alltagspraktische Unterstützung als auch klinische bzw. psychotherapeutische  
56 Versorgung. Ihr Hilfsbedarf umfasst ein breites Spektrum, das von  
57 niedrigschwelliger und gegebenenfalls punktueller Unterstützung über  
58 familienunterstützende Maßnahmen reicht.

59 Psychische Erkrankungen werden immer noch stigmatisiert und das  
60 gesellschaftliche Bewusstsein und das Wissen darüber sind nach wie vor gering.  
61 Die Scham über die eigene Erkrankung oder die Erkrankung eines Familienmitglieds  
62 verschärft die Belastungen zusätzlich. Und lässt Menschen zu lange warten, bis  
63 sie sich jemandem anvertrauen.

64 Bis Hilfe aufgesucht wird, vergeht deswegen oftmals wertvolle Zeit, die gerade  
65 bei Kindern und Jugendlichen so wichtig ist. Dazu kommt dann die chronische  
66 Unterversorgung mit ambulanten psychologischen und/oder psychiatrischen  
67 Einrichtungen.

68 Verschiedene Studien und Verbände bestätigen die hohe Aktualität des Themas und  
69 den dringenden Handlungsbedarf. Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages  
70 befasste sich bereits Anfang 2013 intensiv mit der Situation von Kindern  
71 psychisch kranker Eltern. In ihrer Stellungnahme vom 4. Juni 2013 weist sie  
72 ausdrücklich auf die Bedeutung einer flächendeckenden Versorgung mit vernetzten  
73 Hilfen hin.

74 **Wir fordern:**

- 75 1) Eine verbindliche interdisziplinäre Kooperation der beteiligten  
76 professionellen Akteur\*innen und Hilfesysteme wie Gesundheitswesen,  
77 Kindertagesbetreuung, Schule und Jugendhilfe.
- 78 2) Verbindliche Standards der Versorgung, um Verantwortlichkeit und  
79 Zuständigkeit in der fallbezogenen interdisziplinären Zusammenarbeit zu  
80 vereinbaren. Dies muss immer unter Einbeziehung der Eltern und Kindern  
81 geschehen.
- 82 3) Eine Aufklärungskampagne, mit der die Bevölkerung über psychische  
83 Erkrankungen sowie über Beratungsangebote und Therapiemöglichkeiten informiert  
84 wird und die der Stigmatisierung psychisch Erkrankter\* entgegenwirkt und eine  
85 Enttabuisierung in Gang setzt. Die klar macht, dass auch Kinder und Jugendliche  
86 betroffen sind. Es kann jede\*n treffen, das muss den Menschen klar werden  
87 (Aufklärung analog „Bündnis gegen Depression“). Auch Kinder psychisch kranker  
88 Eltern sollen explizit angesprochen werden und Materialien entwickelt und  
89 verbreitet werden, die diese Kinder altersgemäß aufklären.
- 90 4) In der Aus- und Weiterbildung von Professionen, die an der Versorgung von  
91 Kindern mit psychischer Erkrankung oder mit Kindern psychisch kranker Eltern  
92 beteiligt sind, verbindliche Aufklärung und Sensibilisierung für das Thema als  
93 festen Bestandteil zu integrieren; Früherkennung von psychischen Problemen zu  
94 fördern und Anleitung zum adäquaten Handeln zu geben.
- 95 5) Mehr Therapieplätze für Kinder und Jugendliche, vor allem auf dem Land, für  
96 stationäre und ambulante Versorgung von psychisch kranken Kindern und  
97 Jugendlichen.
- 98 6) Transparente, leitlinien- und bedarfsgerechte Behandlung von Kindern und  
99 Jugendlichen in der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Transparenz muss durch  
100 Monitoring sichergestellt werden. Zwangsmaßnahmen sind schwere  
101 Grundrechtseingriffe und dürfen nur im Sinne einer „ultima ratio“ angewendet  
102 werden, wenn alle mildereren Maßnahmen ausgeschöpft wurden.
- 103 7) Anschlusstherapien nach einem stationären Aufenthalt, um erreichte Ziele zu  
104 stabilisieren.
- 105 8) Niedrigschwellige Unterstützungsangebote und Netzwerke, nicht nur für  
106 Betroffene, sondern auch für Angehörige und Freund\*innen.
- 107 9) Mehr wissenschaftliche Studien, die spezifische Belastungen von Betroffenen  
108 und ihren Familien über einen längeren Zeitraum beobachten, um sie besser  
109 einschätzen und angemessen darauf reagieren zu können.
- 110 10) Flächendeckend mehr niederschwellige psychiatrische Krisendienste für Kinder  
111 und Jugendliche.
- 112 Ziel muss sein: Psychische Erkrankungen und Belastungen bei Kindern und  
113 Jugendlichen früh zu erkennen, schnell zu therapieren und eine  
114 Entstigmatisierung in der Gesellschaft voran zu treiben. Niemand soll sich mehr

115 wegen einer psychischen Erkrankung schämen, sich zurückziehen und zu lange ohne  
116 Hilfe bleiben müssen.

## **A7 Gleiche Startchancen für alle Kinder - für eine verlässliche und bedarfsgerechte Kindergrundsicherung**

Antragsteller\*in: Ekin Deligöz (KV Neu-Ulm)  
Tagesordnungspunkt: 8 Anträge

### **Antragstext**

1 *Ob Vater-Mutter-Kind-Familien, Alleinerziehende, Patchwork- oder*  
2 *Regenbogenfamilien, Adoptiv- oder Pflegefamilien: Wir GRÜNE schaffen die*  
3 *Voraussetzungen, um alle Familien stark zu machen – von der Geburt bis zum*  
4 *Lebensabend. Wir wollen Familien mit geringem Einkommen besser unterstützen. Wir*  
5 *fordern deshalb eine Kindergrundsicherung, die den tatsächlichen Bedarf jedes*  
6 *Kindes abdeckt und das Nebeneinander vieler familienpolitischer Maßnahmen*  
7 *beendet. Daher fordern wir die Bayerische Staatsregierung dazu auf, eine*  
8 *Bundesratsinitiative Kindergrundsicherung zu starten.*

9 *Kinderarmut anhaltend hoch*

10 Seit Jahren verharrt die Armut von Kindern in Deutschland auf hohem Niveau. Ein  
11 Fünftel der Kinder ist arm und in seinen Teilhabechancen eingeschränkt. Das sind  
12 rund zwei Millionen Kinder, für die viele normale Dinge aus dem Alltag anderer  
13 Kinder kaum noch erschwinglich sind. Können die Klamotten noch aus dem Second-  
14 Hand-Laden sein, wird es bei Kino, Schwimmbad oder gar einem Restaurantbesuch  
15 schon eng. Es ist keine Selbstverständlichkeit für diese Kinder, den Sportverein  
16 oder Musikunterricht besuchen zu können.

17 Besonders drastisch ist die Lage von Alleinerziehenden und deren Kindern – hier  
18 liegt die Armutsquote bei über einem Drittel. Viele von ihnen arbeiten,  
19 jonglieren sich die Vereinbarkeit irgendwie zurecht und müssen gleichzeitig  
20 mitansehen, wie knapp es am Monatsende wieder mit der Haushaltskasse geworden  
21 ist. Und dann gibt es auch noch viele Familien, die aus Überlastung, aus  
22 Unwissenheit oder auch aus Stolz manche ihnen zustehende Leistungen gar nicht in  
23 Anspruch nehmen. Diese verdeckte Armut wollen wir mit unserer  
24 Kindergrundsicherung eindämmen.

25 *Fördersysteme brauchen ein Update*

26 Eine Reihe kleinteiliger Verbesserungen des Transfer- und Fördersystems führten  
27 in den letzten Jahren zu keiner Trendwende. Hier eine Antragserleichterung beim  
28 Teilhabepaket, dort an den Stellschrauben vom Kinderzuschlag gedreht: Die Große  
29 Koalition hat auch nach Jahren nicht die entscheidende Trendwende bei der  
30 Kinderarmut hinbekommen. Diese ‚gezielten‘ Leistungen erreichen nicht genügend  
31 Kinder zielgenau. Zudem decken sie nicht die Bedarfe, die fair und gut für die  
32 Kinder wären.

33 Gleichzeitig leistet sich die Bundesregierung andere, teure Maßnahmen wie das  
34 Baukindergeld oder Freibetragserhöhungen, die aber von vornherein faktisch  
35 keinen Beitrag zur Armutsbekämpfung leisten. Im Gegenteil, hier werden vielfach  
36 Familien entlastet, die in Bezug auf ihre Kinder vom geltenden Steuersystem  
37 ohnehin schon besser gestellt werden als kleine und mittlere Einkommen.

38 *Gleiche Startchancen für alle Kinder ermöglichen*

39 Abertausende von Kindern drohen dauerhaft abgehängt zu werden, weil sie  
40 unzureichende Startchancen haben. Weil Zugang zu Kultur eben auch Geld kostet,  
41 weil das Wohnumfeld entwicklungsbelastend sein kann oder einfach weil man bei  
42 normalen Unternehmungen anderer Kinder nicht dabei sein kann. Diese und ähnliche  
43 Faktoren prägen die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen.

44 Dieser Mangel an Fairness ist den Kindern gegenüber nicht in Ordnung. Und es ist  
45 für die Gesellschaft als Ganze eine schwere Bürde. Die Bundesregierung hat es  
46 jahrelang versäumt, einen großen Reformschritt bei der Förderung von Kindern zu  
47 machen. Eine Politik der kleinen Schritte kann erfolgreich sein. Wir haben aber  
48 gelernt, dass sie zur Bekämpfung von Kinderarmut nur wenig taugt: zum einen sind  
49 die Fallstricke der Fördersysteme zu vielfältig, zum anderen wählte die  
50 Bundesregierung stets vergleichsweise kostengünstige Reformvarianten. Wir  
51 hingegen sind fest überzeugt, dass an den Kindern sparen heißt, definitiv an der  
52 falschen Stelle zu sparen. Mit der Einführung einer grünen, eigenständigen  
53 Kindergrundsicherung wollen wir eine Verschiebung der Prioritäten zu mehr  
54 Gerechtigkeit und mehr Zukunftschancen für Kinder. Es braucht großen Einsatz, um  
55 den gordischen Knoten Kinderarmut endlich zu durchschlagen.

56 *Kindergrundsicherung: verlässlich und bedarfsgerecht*

57 Wir wollen eine Kindergrundsicherung, die Familien das Leben leichter macht und  
58 allen Kindern das garantiert, was sie zum Leben brauchen. Sie soll automatisch  
59 und ohne kompliziertes Antragsverfahren ausgezahlt werden. Die grüne  
60 Kindergrundsicherung besteht aus einem Garantie-Betrag für jedes Kind in Höhe  
61 von 280 Euro und einem ergänzenden und variablen GarantiePlus-Betrag für  
62 Bedürftige oder nur über geringes Einkommen verfügende Familien. Der  
63 GarantiePlus-Betrag geht mit einer Neubestimmung der Kinderregelsätze einher und  
64 soll – nach Altersstufen gestaffelt - bis zu 223 Euro betragen. Zusammengenommen  
65 ergibt das eine auskömmliche Kindergrundsicherungsleistung von bis zu 503 Euro  
66 pro Kind und Monat. Bislang wird der Kinderregelsatz schlicht von –  
67 kleingerechneten - Erwachsenenbedarfen abgeleitet. Maßstab ist dabei das  
68 Einkommensende.

69 Wir wollen das ändern und uns dazu stärker an den Bedarfen ‚durchschnittlicher‘  
70 Familien orientieren. Das bildet realitätsgerechter ab, was Kinder für ein gutes  
71 Aufwachsen in unserem Land brauchen. Außerdem soll für jedes Kind ein  
72 eigenständiger Anspruch auf diese Leistung bestehen, der nicht durch  
73 ‚Verrechnungen‘ mit der Grundsicherung geschmälert wird. Der GarantiePlus-Betrag  
74 schmilzt langsam ab, sodass sich (mehr) Arbeit für die Eltern rechnet. Denn  
75 natürlich gilt weiterhin, dass gute Erwerbstätigkeit Armut verhindert und vor  
76 Ausgrenzung schützt.

77 *Bündelung von Leistungen*

78 Kinder, die den GarantiePlus-Betrag bekommen, sollen zudem spezifische  
79 Mehrbedarfe gewährt bekommen wie zum Beispiel ein Schulstarterpaket oder Kosten  
80 von Klassenreisen und -ausflügen. Insgesamt gehen in der Kindergrundsicherung  
81 das Sozialgeld für Kinder (im sog. Hartz IV), der Kinderzuschlag, Teile des  
82 Bildungs- und Teilhabepakets, das Kindergeld und die Kinderfreibeträge auf. Hohe  
83 Wohnkosten werden durch einen Zuschlag oder den Bezug von Wohngeld abgedeckt.  
84 Das Ganze ist mit einem einmaligen, gradlinigen Leistungszugang für jede Familie  
85 verknüpft, um verdeckte Armut vollständig zu eliminieren: Zur Geburt des Kindes  
86 wird die Kindergrundsicherung einmalig beantragt. Dabei können die Eltern  
87 einwilligen, dass für sie automatisch geprüft wird, ob und in welcher Höhe ihnen  
88 neben dem Garantie-Betrag, der GarantiePlus-Betrag der Kindergrundsicherung  
89 zusteht.

90 Der Kosten dieser Kindergrundsicherung sind mit jährlich zusätzlich 10  
91 Milliarden Euro erheblich. Wir sind aber bereit, diese Herausforderung zu  
92 stemmen. Wir wollen im Kern die heutige Familienförderung vom Kopf auf die Füße  
93 stellen. Wir wollen und können so endlich Kinderarmut wirksam verhindern und  
94 gleichzeitig alle Familien fair unterstützen. Den Willen dazu haben die letzten  
95 Koalitionen im Bund nicht aufgebracht; gleichwohl haben sie in vergleichbarem  
96 Milliardenumfang Mittel für die sog. Mütterrente oder das Baukindergeld  
97 bereitgestellt.

98 *Bundesratsinitiative Kindergrundsicherung auf den Weg bringen*

99 Wir fordern die Bayerische Staatsregierung auf, eine Bundesratsinitiative  
100 Kindergrundsicherung mit den oben skizzierten Eckpunkten auf den Weg zu bringen.  
101 Verschiedene Bundesländer hatten schon sehr reserviert auf das sogenannte  
102 Familienstärkungsgesetz der Bundesregierung reagiert und ihrerseits für eine  
103 Kindergrundsicherung plädiert. Bayern sollte sich ihnen anschließen um endlich  
104 einen Durchbruch beim Kampf gegen Kinderarmut und für eine faire  
105 Familienförderung zu schaffen. Damit jedes Kind in Deutschland gerecht teilhaben  
106 kann, unabhängig von den individuellen Startchancen und Möglichkeiten.

## **A8 Die Bahn zurück in die Fläche holen – Reaktivierung und Ausbau von Bahnstrecken als Chance für die Verkehrswende in Bayern nutzen**

Antragsteller\*in: Manuela Rottmann (KV Bad Kissingen)  
Tagesordnungspunkt: 8 Anträge

### **Antragstext**

#### **1 Keine Verkehrswende ohne Bahninfrastruktur**

2 In Bayern wurden in den letzten Jahren nur wenige Bahnstrecken ausgebaut und  
3 fast keine brachliegenden Strecken reaktiviert. Die zweite Hälfte des 20.  
4 Jahrhunderts gehörte- gerade bei uns- dem Auto. Doch wir brauchen eine neue Form  
5 der Mobilität: Eine, die uns klimaschonend, sicher und bezahlbar dorthin bringt,  
6 wo wir wollen. Auch wenn wir sehr alt sind oder zu jung für den Führerschein.

7 Das kann das Auto, dem in den vergangenen Jahrzehnten viel Fläche geopfert  
8 worden ist, nicht mehr alleine leisten. Die Verkehrswende bedeutet mehr, als  
9 Verbrennungsmotoren durch andere Antriebe zu ersetzen. Das Verkehrsangebot der  
10 Zukunft muss eine Antwort auf die Zunahme hochbetagter Menschen geben, muss für  
11 gleichwertige Lebensverhältnisse für Kinder, Jugendliche, Pendlerinnen und  
12 Pendler in der Stadt und auf dem Land sorgen, muss für alle bezahlbar sein und  
13 mehr Verkehrssicherheit mit weniger Treibhausgasemissionen verbinden.

14 Das Auto wird auf dem Land auch in Zukunft eine Rolle spielen. Neue  
15 Mobilitätsangebote wie Leihsysteme für Auto, Rad, Mitfahrangebote und Rufsysteme  
16 müssen ausgebaut werden. Aber das Rückgrat dieser Verkehrswende wird die Bahn  
17 sein. Nur ein Ausbau der Bahn in der Fläche kann den öffentlichen Nahverkehr  
18 insgesamt so beschleunigen, dass er zur attraktiven Alternative zum Auto wird.

19 Die Reaktivierung und der Ausbau vorhandener Bahnstrecken ist gegenüber jeder  
20 Neuplanung deutlich schneller zu realisieren. Jede frühere Bahnstrecke in  
21 Bayern, die noch nicht entwidmet oder noch nicht wieder bebaut ist, birgt  
22 grundsätzlich eine Chance für eine schnelle Verbesserung des Verkehrsangebots in  
23 der Fläche, ebenso die Elektrifizierung und die Kapazitätserweiterung  
24 vorhandener Strecken. Bahnstrecken weiterhin zu entwidmen und die Grundstücke zu  
25 verkaufen wie in den achtziger und neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts  
26 zerschlägt für viele Jahre diese Chance auf eine moderne Mobilität, und damit  
27 Zukunftschancen des ländlichen Raums.

28 Das haben andere Bundesländer wie Hessen, Baden-Württemberg und Niedersachsen  
29 längst erkannt. Dort wird seit mehreren Jahren erfolgreich eine aktive  
30 Reaktivierungs- und Ausbaupolitik in der Fläche betrieben. Die deutlich bessere  
31 Erschließung des ländlichen Raums durch den Öffentlichen Personennahverkehr ist  
32 nicht zuletzt auf diese aktive Bahnpolitik zurück zu führen. Die Unterschiede  
33 beginnen schon bei der Bewertung des Reaktivierungspotenzials: Während die

34 Kriterien der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG) in erster Linie aus der  
35 Auslastung der konkreten Strecke bis zum Endpunkt – und zweitrangig aus dem  
36 Anschlusspotential bestehen - legt das Land Hessen seiner Einschätzung eine  
37 Kriterienmatrix zu Grunde, die die Effekte einer neuen Zubringerstrecke für die  
38 Auslastung vorhandener Strecken deutlich stärker berücksichtigt. Hessen ist  
39 damit erfolgreich. Sämtliche Reaktivierungen der vergangenen Jahre haben die  
40 Erwartungen übertroffen, die Nachfrage war überall größer als im Voraus  
41 angenommen. In Baden-Württemberg hat das Land 41 Strecken zur potentiellen  
42 Reaktivierung identifiziert, die bis 2020 geprüft werden. Zwischen 1994 und 2019  
43 wurden in Baden-Württemberg 144 km Strecke reaktiviert, in Bayern waren es im  
44 selben Zeitraum nur 80 km. Beide Länder finanzieren nicht nur die Planung von  
45 Reaktivierungen, sondern beteiligen sich auch an den erforderlichen baulichen  
46 Investitionen, an der Verbesserung der Attraktivität der Bahnhöfe und an der  
47 Entwicklung von Angeboten vom Bahnhof nach Hause, sei es über den Bus oder über  
48 andere Formen der Mobilität.

49 Auch in Bayern liegen stillgelegte, grundsätzlich nutzbare und teils nicht  
50 entwidmete Strecken brach, alte Linienführungen können wieder aufgegriffen  
51 werden. Wir brauchen jetzt eine schnelle und sorgfältige Prüfung von  
52 Reaktivierungsmöglichkeiten als Startpunkt für die Verkehrswende. Zur Stärkung  
53 der Mobilität im ländlichen Raum bedarf es nach einer erfolgreichen  
54 Reaktivierung zudem ergänzender Angebote für "die letzte Meile" Car- bzw  
55 Bikesharing-Angebote, Rufsysteme und, eine systematische Vernetzung mit dem  
56 Busverkehr und eine Ausweitung der Kapazitäten bei der Fahrradmitnahme.

57 So reduzieren wir den Bedarf an individuellem Kraftwagenverkehr und ermöglichen  
58 den Bürgerinnen und Bürgern eigenständige Mobilität unabhängig von der  
59 individuellen Lebenssituation und den finanziellen Möglichkeiten, von Haustür zu  
60 Haustür, schaffen gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land und entlasten  
61 so auch die Ballungsräume von weiterem Zuzug.

62 Deswegen ist es jetzt höchste Zeit, das Potenzial der Bahn in Bayern neu zu  
63 bewerten und zu heben. Wer dabei alleine aus den Erfahrungen des zwanzigsten  
64 Jahrhunderts auf die Chancen der Bahn in der Zukunft schließen will, der springt  
65 zu kurz. Denn es hat sich viel verändert, was dafür spricht, in Bayern auch in  
66 der Fläche auf die Bahn zu setzen:

- 67 • Mit der Inbetriebnahme der Schnellfahrstrecke Nürnberg-Erfurt ist die  
68 Fernverkehrsanbindung von Nordbayern nach Süden und Norden deutlich besser  
69 geworden. Städte wie Bamberg, Coburg und das benachbarte Erfurt bieten  
70 jetzt schnelle Verbindungen nach Nürnberg, München und Berlin. Wer also in  
71 den Nahverkehrszug steigt, kommt heute viel schneller viel weiter als vor  
72 wenigen Jahren.
  
- 73 • Die Digitalisierung ermöglicht die einfache Verknüpfung von  
74 unterschiedlichen Verkehrsträgern zu einem durchgängigen Angebot von  
75 Haustür zu Haustür, wie es bisher nur das Auto bieten konnte.
  
- 76 • Neue Antriebstechnologien wie Wasserstoffzüge ermöglichen  
77 klimafreundlichen Verkehr auf Nebenstrecken auch ohne Elektrifizierung.  
78 Moderne Bahnen können verschiedene Strecken nutzen und die  
79 Verkehrsbedürfnisse auch innerhalb von kleinen Städten genauso gut  
80 erfüllen wie die Anbindung von Regionen. Sie sind deutlich leiser als die



81 Bahn des vergangenen Jahrhunderts, flexibler und raumverträglicher, weil  
82 die Schienenwege die Ortschaften nicht mehr durchschneiden, sondern sich  
83 in den Straßenraum integrieren lassen.

84 • Doppelverdienerehen, die Qualifizierung der Arbeitsplätze und ein Rückzug  
85 der gesundheitlichen Grundversorgung und vieler sozialer und  
86 Bildungsangebote aus der Fläche lassen den Bedarf nach Mobilität überall  
87 steigen, gerade aber auf dem Land.

88 • Bahnanschlüsse sind ein Standortvorteil: Damit das Land im Wettbewerb um  
89 Arbeitskräfte und Innovation nicht abgehängt wird, muss die Bahn in die  
90 Fläche zurück.

91 Jetzt die Verkehrswende einzuleiten, ist schon alleine aufgrund der drohenden  
92 Klimakatastrophe eine Aufgabe, die wir nicht mehr aufschieben können. Vor diesem  
93 Hintergrund ist es fahrlässig, die noch vorhandenen Bahnlinien in Bayern zu  
94 vernachlässigen oder zu verscherbeln. Im Gegenteil: Jetzt brauchen wir sie  
95 wieder. Jetzt können sie zum Grundnetz der Verkehrswende werden.

96 Doch die Bayerische Staatsregierung bleibt passiv. Anstatt, wie Hessen oder  
97 Baden-Württemberg von Landesseite aktiv die Potenziale noch vorhandener Strecken  
98 zu ermitteln und Planungen – auch auf Vorrat - voranzutreiben, wird diese  
99 Aufgabe allein den Kommunen überlassen. Dabei sind aufwändige, Kreis- und  
100 Bezirksgrenzen überschreitende Gutachten gerade für Kommunen in  
101 strukturschwachen Räumen schwer zu stemmen. Auch für Investitionen zur  
102 Wiederinbetriebnahme von Eisenbahninfrastruktur fühlt sich das Land nicht  
103 zuständig. Dafür will die Koalition aus CSU und Freien Wählern keinen Cent  
104 ausgeben. Die Verkehrswende in Bayern wird von der Staatsregierung als Do-it-  
105 yourself-Projekt behandelt, in dem die Kommunen und ehrenamtliche Fördervereine  
106 leisten und finanzieren sollen, was im Bereich des Straßenbaus allein Sache der  
107 Steuerzahler und der staatlichen Bauverwaltung ist. Das kann nicht  
108 funktionieren. Das ist ein Schlag ins Gesicht der Menschen im ländlichen Raum,  
109 die einen Verfassungsanspruch auf gleichwertige Lebensverhältnisse auch im  
110 Bereich der Mobilität haben. Auch der Ausbau vorhandener Strecken kommt in  
111 Bayern nicht voran. Von der Elektrifizierungsstrategie des Freistaats hat man  
112 seit April 2018 nichts mehr gehört. Die sichtbare Aktivität der Staatsregierung  
113 beschränkt sich darauf, Strecken zur Elektrifizierung an das  
114 Bundesverkehrsministerium für das im Bund angekündigte Programm zu melden. Da  
115 das ebenfalls CSU-geführte Verkehrsministerium im Bund genauso wie das in Bayern  
116 nach wie vor dem Straßenbau den Vorrang einräumt, kommt das der Verlegung vom  
117 Landesablagestapel auf den Ablagestapel im Bund gleich. Richtiger wäre es, nicht  
118 auf den Bund zu warten, sondern – wie es Bayern seit langem im Straßenbau tut –  
119 auch bei der Bahninfrastruktur endlich „auf Vorrat“ zu planen, um so mit  
120 fertigen Konzepten erfolgreich um Bundesmittel werben zu können.

121 **Reaktivierungspotentiale prüfen, laufende**  
122 **Entwidmungsverfahren stoppen, ganzheitliche**  
123 **Mobilitätskonzepte fördern**

124 Wir Grüne fordern eine aktive Bahninfrastrukturpolitik in Bayern. Dazu gehört:

- 125 • Systematisch und flächendeckend alle potenziellen Reaktivierungen und  
126 Verbesserungen (Elektrifizierung, Schaffung von Überholmöglichkeiten) der  
127 noch vorhandenen Nahverkehrsstrecken und auch bereits entwidmeter  
128 Strecken, die noch nicht bebaut sind (zum Beispiel Bahnradwege) in Bayern  
129 unter Berücksichtigung ihres Fahrgastpotenzials, der Möglichkeit eines  
130 wirtschaftlichen Betriebs, ihrer Auswirkungen auf die regionale  
131 wirtschaftliche Entwicklung und ihres Potenzials zur Reduktion des  
132 Treibhausgasausstoßes durch unabhängige, vom Land finanzierte Gutachten zu  
133 prüfen. Dabei sind mögliche Wechselwirkungen auf die Nachfrage im  
134 Gesamtnetz bei Wiederinbetriebnahme einzelner Strecken einzubeziehen,
  
- 135 • auf Grundlage dieser Gutachten eine langfristige  
136 Bahninfrastrukturstrategie für ganz Bayern zu entwickeln, die die  
137 Investitionen in den Ausbau und die Reaktivierung von Nahverkehrsstrecken  
138 mindestens für die nächsten zehn Jahre verbindlich priorisiert (**Masterplan**  
139 **Bahninfrastruktur Bayern 2030**) und damit das langfristige  
140 Verkehrsinteresse des Freistaats an Bahninfrastruktur neu bewertet,
  
- 141 • die weitere Entwidmung von Bahnstrecken in Bayern bis zur Vorlage der  
142 genannten Gutachten zurück zu stellen,
  
- 143 • den weiteren Verkauf von Bahngrundstücken und -immobilien im bayerischen  
144 Bahnnetz bis zur Vorlage der genannten Gutachten über alle vorhandenen  
145 Strecken und damit über das Bahnnetz der nächsten Zukunft zu stoppen,
  
- 146 • gemeinsam mit den Kommunen und den Infrastrukturbetreibern auf  
147 Bezirksebene detailliert kleine Maßnahmen zur Verbesserung der  
148 Infrastruktur zu prüfen und zu planen, etwa Elektrifizierungen, Schaffung  
149 von Ausweichgleisen und Durchrutschwegen, Weichenbau etc.,
  
- 150 • gemeinsam mit den Kommunen ein Bahnhofs- und Haltestellensanierungskonzept  
151 vorzulegen, um die Attraktivität von Bahnhöfen und Haltepunkte zu fördern  
152 und Barrierefreiheit im Schienenverkehr zu verbessern,
  
- 153 • Anschlussoptionen an Ballungsräume und den Fernverkehr zu fördern,
  
- 154 • die Einstellung ausreichender Haushaltsmittel zur Finanzierung von  
155 notwendigen Planungen und Investitionen für die Reaktivierung und den  
156 Ausbau von Strecken sowie attraktive Bahnhöfe und Haltestellen. Hierfür  
157 müssen Mittel aus den Straßenbauetats von Bund und Freistaat zugunsten der  
158 Schiene umgeschichtet werden,
  
- 159 • die Landkreise deutlich besser mit Nahverkehrsmitteln auszustatten, um  
160 zügig in allen Landkreisen ein klimaschonendes und bezahlbares,  
161 verknüpftes Angebot zwischen Schiene, Bus und anderen Mobilitätsangeboten  
162 herzustellen und so ganzheitliche Mobilitätskonzepte vom Schienenverkehr  
163 bis hin zur Überwindung der „letzten Meile“ zu entwickeln.

## **A9 Sichere Unterkünfte für queere Geflüchtete**

Antragsteller\*in: Tessa Ganserer (KV Nürnberg-Stadt)

Tagesordnungspunkt: 8 Anträge

### **Antragstext**

1 Ungeachtet der am 17. Juni 2011 vom Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen in  
2 Genf verabschiedeten Resolution 17/19 über „Menschenrechte, sexuelle  
3 Orientierung und Geschlechteridentität“ ist Homosexualität in vielen Ländern  
4 noch verboten. Auch wenn nach jahrzehntelangem Engagement der Lesben- und  
5 Schwulenbewegung in vielen Ländern in Sachen rechtlicher Gleichstellung von  
6 gleichgeschlechtlichen Lebensweisen große Erfolge erzielt werden konnten, werden  
7 Schwule und Lesben in vielen Ländern dieser Erde gesellschaftlich stigmatisiert.

8 Die Vertragsstaaten und somit auch Deutschland haben sich dazu verpflichtet, die  
9 Menschenrechte von LSBTIQ\* zu achten, zu schützen und zu gewährleisten. Viele  
10 Menschen, die aus ihrer Heimat, vor der Gesellschaft und der Polizei, aber oft  
11 auch vor ihren Freund\*innen und Familien fliehen, weil sie lesbisch, schwul,  
12 bisexuell, inter- oder trans\* Personen sind, kommen daher in der Hoffnung auf  
13 ein sicheres Leben nach Deutschland. Queere Geflüchtete brauchen deshalb unsere  
14 volle Unterstützung.

15 AnKER-Einrichtungen und andere Gemeinschaftsunterkünften sind jedoch keine  
16 sicheren Orte. Hier treffen diese Personen fast immer auf homo- und trans\*phobe  
17 Menschen, deretwegen sie einst aus ihrer Heimat geflohen sind. Sie verstecken  
18 sich, versuchen ihre Persönlichkeit zu verheimlichen, um psychischer und  
19 physischer Gewalt zu entgehen. Oft ist dieses Versteckspiel aber hinderlich im  
20 Asylprozess, wie Jurist\*innen bestätigen: wer versteckt lebt, kann das auch in  
21 seiner Heimat tun – so argumentieren BAMF-Entscheider\*innen und Richter\*innen  
22 mitunter. Damit ist die sexuelle Orientierung oder Identität eine Zwickmühle für  
23 queere Geflüchtete: wer sich outet, riskiert als ohnehin meist schwer  
24 traumatisierter Mensch weitere Repressalien, Drohungen, Mobbing und Gewalt zu  
25 erfahren. Wer sich versteckt, riskiert eine Ablehnung des Asylantrags.

26 Dieser Umstand ist für uns als menschenrechtspolitische Partei nicht tragbar.  
27 Wir kämpfen auf vielen politischen Ebenen gegen Regierungen, die die besondere  
28 Schutzbedürftigkeit queerer Geflüchteter ignorieren, obwohl diese in den EU-  
29 Asyl-Richtlinien explizit genannt ist.

30 Aktuell können in Fällen von psychischer und physischer Gewalt nur  
31 Einzelfallentscheidungen getroffen werden, und in der Regel nicht präventiv. Die  
32 Umverteilung erfolgt in andere Gemeinschaftsunterkünfte, wo das „Spiel“  
33 potentiell von vorne beginnt.

34 Dieser Umstand macht es diesen Menschen nicht möglich, zur Ruhe zu kommen, zu  
35 schlafen, sich mit der Bewältigung des Erlebten auseinander zu setzen, und sich

36 auf ihr Asylverfahren zu konzentrieren. Dieser Umstand macht es, je nach  
37 Örtlichkeit, unmöglich, wichtige Kontakte zu queeren Beratungsstellen zu knüpfen  
38 und zu halten, sich mit anderen Queers auszutauschen und für die Integration  
39 wichtige Freundschaften zu bilden.

### 40 **Wir fordern daher:**

- 41 1. In allen sieben bayerischen Regierungsbezirken müssen in den jeweils  
42 größten Städten mit der mutmaßlich besten LGBTIQ\*-Infrastruktur zentrale  
43 und/oder dezentrale Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen werden für  
44 queere Geflüchtete. Diese müssen in ausreichender Zahl eingerichtet  
45 werden, bei Bedarf aufgestockt und ausschließlich queeren Geflüchteten  
46 vorbehalten bleiben, um eine sofortige Umverteilung aus  
47 Gemeinschaftsunterkünften so schnell wie möglich zu gewährleisten, wenn  
48 Bedarf besteht.
- 49 2. In Beratungsbüros des BAMF und der Einrichtungen muss deutlich sichtbar  
50 und mehrsprachig als Aushang, aber auch im Gespräch darauf hingewiesen  
51 werden, dass sich Geflüchtete gegenüber ihren Berater\*innen und den  
52 Behörden in Bayern nicht verstecken müssen und ihre sexuelle Orientierung  
53 oder Identität als Fluchtgrund ohne Bedenken äußern können, dass diese  
54 Information früh bekannt sein muss, um den Asylprozess nicht zu gefährden  
55 und dass diese Informationen streng vertraulich behandelt werden und nur  
56 mit dem Einverständnis und im Sinne der betreffenden Personen  
57 weitergeleitet werden.
- 58 3. Queere Geflüchtete, die sich gegenüber Berater\*innen oder dem BAMF als  
59 solche zu erkennen geben, müssen umgehend über die Möglichkeit einer  
60 Umverteilung informiert werden, bzw. in die oben genannten Einrichtungen  
61 proaktiv umverteilt werden.
- 62 4. Die Einrichtungen sollen kooperativ mit queeren zivilgesellschaftlichen  
63 Einrichtungen betrieben werden, beziehungsweise eine Zusammenarbeit mit  
64 diesen grundsätzlich ermöglichen. Die Einrichtungen sollen grundsätzlich  
65 Zugang zu psychosozialer Beratung ermöglichen und die Untergebrachten  
66 ermutigen, diese anzunehmen.
- 67 5. Die Bezirksregierungen werden über Belegung und Auslastung der  
68 Einrichtungen informiert und leiten diese Daten ihrerseits an das  
69 Bayerische Innenministerium weiter.

### **Begründung**

Wir sehen diese Maßnahmen als unabdinglich für einen fairen Asylbewerbsprozess, die Stabilisierung der Gesundheit der betreffenden Personen und als Basis für eine gelingende Integration.

Kommunen können hier nur proaktiv mit gutem Beispiel voran gehen. Wir betrachten es als vorrangig, Menschen zu helfen. Wir brauchen Kommunen und Bezirke, die mit gutem Beispiel voran gehen, die den von der Bayerischen Regierung ignorierten Bedarf, die missachtete Notwendigkeit belegen und so Druck auf andere Kommunen, Bezirke und die Staatsregierung aufbauen und diese zum Handeln drängen, die Finanzierung zu übernehmen und bis dahin entstandene Kosten zu erstatten.

## **A10 Fleischfreies Catering auf LDKs**

Gremium: LAG Ökologie T.U.N. (Tiere – Umwelt – Natur)  
Beschlussdatum: 27.07.2019  
Tagesordnungspunkt: 8 Anträge

### **Antragstext**

1 Auf Landesdelegiertenkonferenzen des Landesverbandes Bayern wird ab 2020 nur  
2 noch vegetarisches und veganes Catering angeboten, tierische Produkte  
3 ausnahmslos, pflanzliche nach Möglichkeit aus ökologischem Landbau. Zu den  
4 vegetarischen Angeboten soll es vegane Alternativen geben.

5 Des Weiteren wirkt der Landesvorstand darauf hin, diese Regelung zum Catering  
6 auch auf Bezirksversammlungen in Bayern und BDKs zur Anwendung zu bringen. Zudem  
7 wirbt er dafür, auch auf Kreisversammlungen auf Fleischkonsum zu verzichten.

### **Begründung**

Der Pro-Kopf-Verbrauch an Fleisch liegt in Deutschland aktuell bei 88 kg/Jahr, der Konsum bei 60 kg/Jahr. Nachweislich hat die Produktion tierischer Erzeugnisse einen enormen Anteil am weltweiten Klimaschaden. Der Agrarflächenverbrauch für den Futtermittelanbau liegt weltweit bei über 30%. Wir versorgen und konsumieren global 60 Milliarden Tiere jährlich, während eine knappe Milliarde Menschen Hunger leidet, viele weitere Hundert Millionen mangelernährt sind.

Die konventionelle, tierhaltende Landwirtschaft ist der Hauptgrund für die Bildung multiresistenter Keime, die in unsere Gewässer gelangen.

Seit geraumer Zeit fordern wir mehr Radikalität in Sachen Umwelt- und Klimaschutz, daher ist ein Verzicht auf Fleisch und eine Erhöhung des Anteils rein pflanzlicher Lebensmittel bei Parteiveranstaltungen eine Frage von Glaubwürdigkeit. Mehrere Studien und Berechnungen, auch aktuelle aus 2018, legen eindeutig dar, dass Einschränkungen und Verzicht beim Konsum tierischer Lebensmittel einen enormen und quasi sofortigen Effekt auf die Klimabilanz haben. Im Beisein von Presse und Rundfunkmedien sollten wir diesen wichtigen Schritt machen und das vorleben, was wir uns von der Gesellschaft wünschen: Bewusstsein im Konsum.

Wir wollen Vorbild sein, statt in Klimafragen immer nur auf Verkehr und Energie zu verweisen. Unsere Ernährung ist die dritte Säule im Kampf gegen den Klimawandel.

Bei der kommenden BDK in Bielefeld wird das Catering ausschließlich vegetarisch und vegan sein. Bereits in acht Bundesländer bieten Grüne bei ihren Parteiveranstaltungen ausschließlich vegetarisch und vegan an. Die Grüne Jugend becatert auf ihren Bundeskongressen vegan. Der Kreisverband Nürnberg finanziert seit 2009 nur noch vegetarisch/veganes Catering auf seinen Versammlungen, der KV München hat 2018 beschlossen, künftig auf Fleisch bei seinen Stadtparteitagen zu verzichten. Diese und andere Beispiele sind wertvolle Schritte in Sachen Glaubwürdigkeit beim Klima-, Wasser-, Boden- und Tierschutz. Die Parteiversammlungen in Bayern sollten diesem Beispiel folgen.

## **A11 Für nachhaltigen Sport in den Kommunen - sportpolitisches Positionspapier zur Kommunalwahl 2020**

Gremium: LAG Sport  
Beschlussdatum: 17.09.2019  
Tagesordnungspunkt: 8 Anträge

### **Antragstext**

1 Wer über gesellschaftlichen Zusammenhalt, Identität und Teilhabe spricht, muss  
2 auch über Sport sprechen. Sport hält nicht nur fit und gesund, ermöglicht  
3 Wettkampf und schafft Rekorde, er bringt vor allem Menschen zusammen, schafft  
4 Gemeinsamkeiten und begründet Gemeinschaften. Beim Sport ist es nebensächlich,  
5 was wir verdienen, woher wir kommen, welche Sprache wir sprechen, welches  
6 Geschlecht oder welche sexuelle Orientierung wir haben. „Was zählt, ist auf dem  
7 Platz“, heißt es im Fußballjargon und dort geschieht das meiste spielerisch –  
8 auch ohne Worte. Gerade zum Gelingen von Integration und Inklusion kann der  
9 Sport einen wichtigen Beitrag leisten, nicht zuletzt dank seiner hohen Relevanz  
10 mit mehr als fünf Millionen Sporttreibenden alleine in Bayern.

11 Damit dies gelingen kann, muss aber die Politik auch die Rahmenbedingungen dafür  
12 schaffen, dass Sportangebote auch in kleinen Kommunen erhalten bleiben und nicht  
13 nur wenige profitieren. Durch unseren 10-Punkte Plan setzen wir daher die  
14 Rahmenbedingungen für eine faire und nachhaltige Gestaltung von Sportangeboten  
15 in Kommunen, an denen alle teilhaben können. Wir Grüne wollen Sport für alle  
16 statt reine Spitzensportförderung.

#### **17 1. Sport für alle statt reine Spitzensportförderung**

18 Wir wollen Sportangebote für alle, unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft  
19 und Einkommen. Wer Sport treiben möchte, sollte das tun. Daher sollen Kommunen  
20 günstige Angebote finanzieren, die es auch einkommensschwachen Personen  
21 ermöglichen, an sportlichen Aktivitäten teilzunehmen.

22 Leistung darf nicht das Kriterium sein, das ausschlaggebend ist, ob Sport  
23 betrieben wird. Daher wollen wir diversifizierte Breitensportangebote. Der  
24 Spitzensport sollte allen exemplarisch zeigen, wie es richtig geht. Er muss  
25 transparent sein, muss Doping und Betrug verurteilen und für einen fairen Umgang  
26 miteinander werben. Fairplay beginnt bereits im Sportverein vor Ort! Bei den  
27 Vergaberichtlinien für Großveranstaltungen schauen wir Grüne weiter genau hin  
28 und wollen beweisen, dass auch ökologisch nachhaltige Sportgroßveranstaltungen  
29 möglich sind. Gleichzeitig muss der Fokus kommunaler Sportpolitik auf dem  
30 Breiten- und Amateursport liegen. Die Ausrichtung der Nachwuchsförderung mit  
31 erhöhtem Leistungsdruck auf Kinder und Jugendliche im Vereinssport lehnen wir  
32 ab.

33 **2. Integration durch Sport erleichtern**

34 Sport schweißt Menschen zusammen – egal woher sie kommen und kann deswegen ein  
35 entscheidender Faktor für gelungene Integration sein. Zugezogenen oder  
36 geflüchteten Menschen möchten wir daher noch leichteren Zugang zum organisierten  
37 (Vereins-)Sport ermöglichen. Deswegen unterstützen wir Vereine und Verbände  
38 darin, dass Sportlerinnen und Sportler aus dem Ausland schnell und  
39 unbürokratisch ihr Spielrecht erhalten. Übungsleiter\*innen und Trainer\*innen  
40 sollen gezielt im interkulturellen Bereich gefördert werden. Daneben wollen wir  
41 Projekte für interkulturelles Training im organisierten Sport mit möglichst  
42 vielen teilnehmenden Vereinen und in Kooperation mit den Sportverbänden starten.

43 **3. Barrierefreiheit schaffen**

44 Bewegung und die Freude an Bewegung sind etwas sehr Positives, das allen  
45 Menschen offenstehen sollte. Oftmals scheitert dieser Ansatz jedoch an baulichen  
46 Rahmenbedingungen wie etwa fehlenden Toilettenanlagen und Aufzügen für  
47 Rollstuhlfahrer\*innen, zu steilen Rampen oder fehlenden Leitsystemen. Wir wollen  
48 die Liste der Hindernisse für sportbegeisterte Menschen mit Behinderung  
49 systematisch und nachhaltig beheben. Grundsätzlich braucht der Handicap-Sport  
50 eine größere Bühne. Wir machen uns stark für Wettkämpfe an prominenten  
51 öffentlichen Plätzen, damit Sportlerinnen und Sportler mit Behinderung die  
52 Anerkennung erhalten, die sie verdienen.

53 **4. Sportförderung gendersensibel gestalten**

54 Wir wollen gendergerechte Sportanlagen! Sport wird von allen Menschen ausgeübt,  
55 egal ob jung oder alt, und egal welchen Geschlechts. Grüne Sportpolitik stellt  
56 sicher, dass Sportangebote Anforderungen der unterschiedlichen Nutzergruppen  
57 ausreichend berücksichtigt. Gelder für Sportangebote sollen so verteilt werden,  
58 dass insbesondere auch Angebote, die sich dezidiert an Frauen\* richten,  
59 besonders gefördert werden. Sportanlagen sollen so gestaltet werden, dass sich  
60 Frauen\* darin gut und sicher fühlen und Angsträume vermieden werden. Das beginnt  
61 bei der Situierung der Umkleieräume und endet bei der Gestaltung der  
62 Gaststätte.

63 **5. Null Toleranz für Diskriminierung**

64 Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass der Sport ein Ort für Toleranz und  
65 Gleichstellung sind. Wir treten jeder Form von Diskriminierung, sei es  
66 Frauenfeindlichkeit, Homophobie, Rassismus, Diskriminierung von Menschen mit  
67 Behinderungen oder andere Erscheinungsformen von Diskriminierung entschieden  
68 entgegen. In der kommunalen Sportpolitik machen wir zur Leitlinie für  
69 Förderrichtlinien, dass sich alle Sportvereine, Fanorganisationen und  
70 Sporttreibenden als Vorbilder gelebter Toleranz und Integration verhalten. Ziel  
71 muss es sein, Vorurteile, wie beispielsweise gegen queere Menschen im Sport und  
72 Geflüchtete, in der Breite weiter abzubauen.

73 **6. Sport im Bildungsbereich neu denken**

74 Die Schule kann ein wichtiger Baustein sein, um Kindern Spaß am Sport zu

75 vermitteln, was ein wichtiger Faktor für ein gesundes Leben ist. Im Zentrum des  
76 Sportangebots in der Schule soll dabei die Freude an der Bewegung stehen und die  
77 Wertschätzung aller Körper, nicht die Bewertung von Leistung. Schulhöfe sollen  
78 daher so gestaltet werden, dass sie zur Bewegung einladen. Ergänzend zum Angebot  
79 durch das Lehrpersonal der Ausbildungseinrichtungen sollen enge Kooperationen  
80 mit außerschulischen Sportvereinen gepflegt werden.

## 81 **7. Ausreichend Infrastruktur schaffen und Bewegung im öffentlichen Raum** 82 **verankern**

83 Basis des Sports in den Kommunen sind die Sportvereine genauso wie die nicht  
84 organisierten Sportmöglichkeiten. Beide Säulen sind wichtig für ein vielfältiges  
85 und umfassendes Angebot.

86 Die Sportinfrastruktur mit ausreichend Sportstätten hinkt in vielen Kommunen der  
87 wachsenden Nachfrage hinterher. Das wollen wir ändern. Wir sprechen uns für  
88 kommunale Sportstätten-Investitionsprogramme aus und bringen  
89 Sportentwicklungsplanungen für alle sportinteressierten Bürger\*innen in den  
90 Kommunen auf den Weg. Wir werden mehr öffentliche Sportplätze und Sportangebote  
91 wie Bolzplätze, Tischtennisanlagen oder Fitnessparcours schaffen. Eine  
92 nachhaltige Sportpolitik, wie wir Grüne sie wollen, plant dabei die  
93 Sportinfrastruktur so, dass Sporteinrichtungen bequem per Rad, zu Fuß oder mit  
94 öffentlichen Nahverkehrsmitteln erreicht werden können und über ausreichend  
95 überdachte Möglichkeiten zum Abstellen von Fahrrädern verfügen.

96 Wir setzen uns neben dem Bau klassischer Sportanlagen dafür ein, dass  
97 niedrigschwellige, nicht kommerzielle Angebote im öffentlichen Raum geschaffen  
98 werden, die zu Bewegung einladen. So können abends ungenutzte Pausenhöfe  
99 geöffnet und begrünte Plätze genutzt werden, um wohnortnahe, konsumzwangfreie  
100 Orte zu schaffen, an denen niedrigschwellige Anreize zur Bewegung stattfinden  
101 können. Bei der Stadtteilentwicklung soll die Sportflächenentwicklungsplanung  
102 bereits immer mitgedacht werden und integriert sein.

103 Immer muss unser Augenmerk auch auf neue – oder zumindest bei uns neue –  
104 Sportentwicklungen gerichtet sein. Ob Parcouring oder Isarsurfen, Slackline oder  
105 Bouldern – gerade junge Menschen suchen neue Formen Sport zu treiben und  
106 brauchen dafür ausreichend Platz im öffentlichen Raum. Auch sollten wir Vereine  
107 ermuntern ihre Anlagen auch jenseits der traditionellen Angebote zu öffnen.

108 Kommunale Sportpolitik wird sich in vielerlei Hinsicht, u. a. bei  
109 Sportinfrastruktur und Bildung auch mit der Entwicklung virtueller eSport-  
110 Angebote auseinandersetzen und dafür Antworten finden müssen.

## 111 **8. Schwimloffensive starten**

112 Schwimmen ist nicht nur eine Form des Sports, sondern Basis für weitere  
113 vielfältige Freizeitmöglichkeiten im und am Wasser. Wer nicht schwimmen kann,  
114 ist nicht nur außen vor, sondern vor allem akut durch Badeunfälle gefährdet.  
115 Eine ausreichende Anzahl von Schwimmstätten und flächendeckender  
116 Schwimmunterricht in Bayern Leben retten. Wir wollen die Kommunen beim Bau,  
117 Erhalt und Unterhalt ihrer Bäder und Seen unkomplizierter, umfangreicher und



118 nachhaltiger unterstützen. Kommunen brauchen außerdem mehr Mittel zur  
119 Finanzierung von Aufsichtspersonal. Nur ausreichend viele und gut qualifizierte  
120 Bademeisterinnen und Bademeistern ermöglichen einen sicheren Badebetrieb sowie  
121 ein attraktives Angebot an Schwimmkursen.

122 In Zusammenhang mit dem Schulsport setzen wir uns dafür ein, dass tatsächlich  
123 alle Schülerinnen und Schüler in der Grundschule schwimmen lernen. Dies soll  
124 durch die verbindliche Vorgabe, dass alle Kinder das „Jugendschwimmabzeichen in  
125 Bronze“ erwerben müssen, erreicht werden. Insbesondere an Grundschulen muss der  
126 Freistaat entsprechend geschultes Lehrpersonal in ausreichender Zahl zur  
127 Verfügung stellen. Die Inhalte der Lehreraus- und -fortbildung für das Fach  
128 Sport als Didaktikfach, Unterrichtsfach und vertieftes Fach für die Sportart  
129 Schwimmen sind dementsprechend anzupassen sowie ausreichend Mittel für  
130 Nachqualifizierungsmaßnahmen bereitzustellen.

### 131 **9. Ehrenamtliche fördern**

132 Klebstoff unseres Breitensports ist das Ehrenamt. Ohne Helfer\*innen, die meist  
133 ohne jegliche finanzielle Entschädigung Mannschaften trainieren, Hallen  
134 reinigen, Rasen mähen, Trikots waschen oder den Klub organisieren, gäbe es kaum  
135 mehr lebendigen Vereinssport. Diese Arbeit verdient mehr Anerkennung. Wir wollen  
136 daher attraktive Ehrenamtskarten, die beispielsweise ein vergünstigtes Nutzen  
137 des ÖPNVs erlauben.

### 138 **10. Nachhaltigere Sportstätten schaffen**

139 Grüne Sportpolitik in den Kommunen ist vor allem nachhaltig. Die Kommunen sollen  
140 durch geeignete Programme Energieeffizienz, Wassermanagement und Grünflächen an  
141 Sportanlagen in allen öffentlichen und privaten Sportstätten fördern. Die  
142 Kommunen sollen alle bisher installierten Kunstrasenplätze auf deren genaue  
143 Zusammensetzung und auf mögliche Umweltrisiken hin überprüfen und gegebenenfalls  
144 ersetzen. Wir fordern zudem ein nachhaltiges Konzept für den alpinen Sport, das  
145 gemeinsam mit dem BUND und Deutschem Alpenverein für die Zuständigkeit der  
146 Kommunen entwickelt werden sollte.

## **Begründung**

erfolgt mündlich

**Ä1 zu A11: Für nachhaltigen Sport in den Kommunen - sportpolitisches Positionspapier zur Kommunalwahl 2020**

Antragsteller\*innen      Karim Belkacem (KV Regensburg-Stadt)

**Antragstext**

**In Zeile 24:**

Spitzensport sollte ~~allen exemplarisch~~ zeigen, ~~wie es richtig geht~~ was unter Ausreizung der physiologischen und technischen Grenzen möglich ist. Er muss

**Begründung**

Der Spitzensport ist oftmals keine gesunde Weise Sport zu betreiben. Der Spitzensport sollte lediglich zeigen, wie weit ein Mensch gehen kann und wie weit die Grenzen des Machbaren ausgelotet werden können.

Das Ziel sollte nicht sein, Spitzensportler\*innen nachzueifern, sondern Spaß am Sport zu haben.

Zusätzlich hängt die Leistungsmöglichkeit eines Menschen in einer bestimmten Sportart oftmals von Genetik ab (Schwimmsport ----> Körpergröße, Marathon ----> Sauerstoffumsatz, etc.).

## **A12 Verkehrswende schafft Arbeitsplätze: Bayerns Fahrzeugindustrie zukunftssicher machen**

Antragsteller\*in: Lisa Badum, MdB (KV Forchheim), Markus  
Büchler, MdL (KV München-Land), Barbara  
Fuchs, MdL (KV Fürth-Stadt)  
Tagesordnungspunkt: 8 Anträge

### **Antragstext**

1 Wir starten eine wirksame, grüne Verkehrswende, weg vom Auto, hin zum  
2 Umweltverbund aus Bus, Bahn, Rad, Fuß und emissionsfreien Fahrzeugen. Denn ein  
3 großer Teil aller klimaschädlichen Emissionen in unseren Städten entstehen durch  
4 den Verkehr. Gleichzeitig sichern wir die Arbeits- und Ausbildungsplätze sowie  
5 die wirtschaftliche Wertschöpfung und die Steuerkraft der bayerischen  
6 Fahrzeugindustrie, indem wir einen klaren politischen Rahmen setzen und bei der  
7 Transformation zur Herstellung sauberer Autos, LKW, Schienenfahrzeugen,  
8 Elektrobussen oder E-Bikes sowie Schiffsantrieben unterstützen. Damit machen wir  
9 Bayerns Fahrzeugindustrie zukunftssicher. Grüne Wirtschaftspolitik steht für  
10 klare Zielvorgaben, die richtigen finanziellen Anreize und deutliche rechtliche  
11 Leitplanken. Damit geben wir den bayerischen Unternehmen Planungssicherheit.

### **12 Grüne Verkehrswende notwendig und erwünscht**

13 Wirksamer Klimaschutz muss rasch umgesetzt werden. Dazu gehört wesentlich die  
14 grüne Verkehrswende. Nirgends verfehlen Deutschland und damit der Freistaat  
15 Bayern ihre Klimaschutzverpflichtungen so krachend wie beim Verkehr. So kann und  
16 darf es nicht weitergehen. Nicht zuletzt zumal die EU die CO<sub>2</sub>-Flottengrenzwerte  
17 für Auto- und LKW-Hersteller verschärft hat. Ab 2020 muss die Bundesregierung  
18 und damit anteilig auch Bayern schon Verschmutzungsrechte für 300 Millionen Euro  
19 zukaufen, weil sie die europäischen Klimaziele verfehlen. 2022 bis 2030 können  
20 es dann bis zu 60 Milliarden werden. Das ist nicht nur ökonomisch unsinnig,  
21 sondern eine Hypothek auf die Zukunft unserer Kinder.

22 Zudem ist die bayerische Automobilindustrie stark exportabhängig. Und der  
23 Weltmarkt hat entschieden: gegen den fossilen Verbrenner. Bereits 2040 will  
24 Frankreich keine neuen Verbrennungsmotoren zulassen. In den Niederlanden wird  
25 2035 Ende der Neuzulassungen sein. Norwegen hat im Parlament ein Gesetz  
26 verabschiedete, das die Zulassung von Autos mit Verbrennungsmotoren ab 2025  
27 verbietet und Großbritannien und Dänemark planen in den 2030iger Jahren das Ende  
28 der fossilen Antriebsformen. Nicht nur der Europäische Markt wandelt sich, auch  
29 die globale Nachfrage nach E-Mobilität steigt. In China und den USA – als die  
30 größten Absatzmärkte – wurden allein 2018 knapp 1,5 Millionen E-Autos verkauft.  
31 Tendenz steigend.

32 Ferner sind die Menschen mit der Luftqualität und der Verkehrssituation in den  
33 Städten sowie dem mangelnden ÖPNV-Angebot auf dem Land nicht zufrieden. Die

34 Mehrzahl wünscht sich Alternativen zum wachsenden Straßenverkehr: fuß- und  
35 fahrradgerechte Orte sowie attraktive und bezahlbare Busse und Bahnen. Das  
36 belegen die erfolgreichen Radentscheide in Bamberg und München, denen weitere  
37 Städte folgen wollen. Immer mehr Menschen steigen um auf Bus, Bahn und Fahrrad.  
38 Der öffentliche Nahverkehr erreicht neue Fahrgastrekorde trotz komplizierter  
39 Tarife und oftmals unzuverlässigem Angebot. Fahrradfahren und der Verkauf von E-  
40 Bikes boomen. Carsharing meldet immer höhere Nutzer\*innenzahlen. Die Menschen  
41 stimmen „mit den Füßen“ ab und trotzen den oft noch widrigen Zuständen.

### 42 **Schlüsselindustrie unter Druck**

43 Bayern ist ein wichtiger Automobilstandort. Jedes vierte in Deutschland  
44 hergestellte Auto stammt aus Bayern. Über 400.000 Beschäftigte sind in der  
45 bayerischen Automobilindustrie tätig. In Bayern sind sowohl Produktionsanlagen  
46 in Südbayern (BMW-Werk Dingolfing, BMW-Werk München, BMW-Werk Regensburg, Audi-  
47 Werk Ingolstadt) als auch in Franken zahlreiche Zulieferer zuhause wie etwa  
48 Schaeffler in Herzogenaurach, Bosch in Bamberg, Brose in Coburg, die Leoni AG in  
49 Nürnberg oder SKF in Schweinfurt. Dazu kommen unzählige viele kleine und  
50 mittelständische Unternehmen. Sie sind wesentlicher Teil der Produktions- und  
51 Wertschöpfungskette. Ferner ist Bayern ein traditionsreicher und wichtiger  
52 Standort der Nutzfahrzeugfertigung zum Beispiel die beiden MAN-Werke in München  
53 und Nürnberg oder dem Lokomotivenwerk von Siemens in München. Bayerns  
54 Fahrzeugwirtschaft ist eine wichtige industriepolitische Schlüsselindustrie.

55 In jüngster Zeit sind die Beschäftigten völlig zurecht verunsichert. Denn wegen  
56 der absichtlichen Betrügereien der Automobilkonzerne ist die Nachfrage nach  
57 Diesel-Autos zurückgegangen. Bei Bosch in Bamberg zum Beispiel ist die  
58 zurückgegangene Auslastung bereits spürbar. Bei den kleinen und  
59 mittelständischen Unternehmen zeichnet sich ein deutlich spürbarer  
60 Umsatzrückgang ab. Sie sind die ersten, die aufgrund des zurückgehenden Absatzes  
61 keine oder nur noch reduzierte Aufträge erhalten. Dies ist besonders  
62 problematisch, weil diese Unternehmen oft nur über geringe Rücklagen verfügen,  
63 nachdem die Automobilkonzerne seit Jahren die Preise und vor allem die Margen  
64 diktieren. Dementsprechend brauchen vor allem die kleinen und mittelständischen  
65 Unternehmen in Zeiten des Wandels Unterstützung und Aufmerksamkeit, zumal sie  
66 überdurchschnittlich ausbilden und oft familienfreundliche Arbeitsbedingungen  
67 bieten. Auch im Nutzfahrzeugbereich macht sich Verunsicherung breit. Vorgaben  
68 der EU für LKW-Flottengrenzwerte können nur eingehalten werden, wenn Anreize für  
69 den Absatz neuer, emissionsfreier LKW geschaffen werden. Gleichzeitig schreitet  
70 die technische Entwicklung bei Mitbewerbern aus Asien rasant voran. Die  
71 Schienenfahrzeugindustrie wurde in den letzten Jahrzehnten abgebaut anstatt  
72 unterstützt. Nun fehlen nötige Kapazitäten infolge der dauernd aufgeschobenen  
73 Verkehrsverlagerung von der Straße auf die Schiene, aufgrund der fehlenden  
74 Elektrifizierung, Digitalisierung und Modernisierung des Schienenverkehrs.

### 75 **Verkehrswende anpacken**

76 Wir packen die Verkehrswende an, indem wir ein zukunftsfähiges und vielfältiges  
77 Mobilitätsangebot schaffen. Dieses besteht aus einem intelligent aufeinander  
78 abgestimmten Mix aus elektromobilen Bahnen und Bussen, Rad- und Fußverkehr sowie  
79 emissionsfreien Autos. Wir beenden die einseitige Orientierung auf den  
80 Straßenbau und leiten das dafür vorgesehene Geld in den Umweltverbund aus Bus,  
81 Bahn, Rad und Fußverkehr um. Unser Ziel sind flächendeckende Verkehrsverbünde in

82 ganz Bayern mit attraktiven Tarifen sowie ein deutlich verbessertes Angebot an  
83 Bussen und Bahnen. Auf dem Land wollen wir die Mobilitätsgarantie: ÖPNV im  
84 Stundentakt von 5 bis 24 Uhr täglich. Bahnstrecken sollen elektrifiziert und  
85 stillgelegte Strecken weitgehend reaktiviert werden. In den Ballungsräumen wird  
86 der massive Ausbau von Radschnellwegen, Expressbussen, in einzelnen Fällen  
87 Seilbahnen beziehungsweise S-, U- und Straßenbahnen dazu führen, dass immer mehr  
88 Menschen sich für den ÖPNV entscheiden. Das macht die Straßen frei für den  
89 Wirtschaftsverkehr und für Menschen, die tatsächlich auf ein Kraftfahrzeug  
90 angewiesen sind, und schafft saubere Luft, Ruhe und Lebensqualität für alle.

91 Wir sorgen für Planungssicherheit, indem wir festlegen, dass bis spätestens 2030  
92 nur noch emissionsfreie Autos zugelassen werden. Eine CO<sub>2</sub>-Abgabe schafft zudem  
93 Wettbewerbsgleichheit zwischen fossilen und erneuerbaren Treibstoffen. Außerdem  
94 beenden wir bis 2025 schrittweise den Bundesfernstraßenneubau und stellen die  
95 finanziellen Mittel zur Verfügung, um den „Deutschland-Takt“ zu realisieren und  
96 das Bahnnetz zu modernisieren. Wir legen ein Programm für Radschnellwege sowie  
97 neue Programme für Fahrradparkhäuser und Lastenräder auf. Wir führen einen  
98 MobilPass ein. Mit diesem können alle Angebote des öffentlichen Verkehrs, wie  
99 Busse, Bahnen sowie Car- und Bike-Sharing mit einer einzigen App oder Karte  
100 schnell, einfach und bequem genutzt werden.

101 Bei einer sinnvollen Einbindung in den Mobilitätsmix und der richtigen  
102 Verknüpfung mit anderen Verkehrsmitteln können Elektrokleinstfahrzeuge, wie E-  
103 Scooter, gerade für Pendler\*innen ein interessantes Fahrzeug für die „letzte  
104 Meile“ sein.

### 105 **Wandel gestalten, ökologisch und sozial**

106 Bei einer konsequenten Verkehrswende werden der motorisierte Individualverkehr  
107 sowie der Gütertransport auf der Straße an Bedeutung verlieren. Aber sie werden  
108 nicht überflüssig. Wir wollen die Transformation nachhaltig, ökologisch und  
109 sozial gestalten und uns an die Spitze der weltweiten Entwicklung  
110 klimafreundlicher Technologien wie Elektromobilität, Brennstoffzelle und andere  
111 saubere Antriebe setzen, die neue Jobs schaffen. Bei der emissionsfreien  
112 Mobilität setzen wir auf Technologieoffenheit. Klar ist für uns: Das saubere,  
113 emissionsfreie Fahrzeug von morgen soll auch aus Bayern kommen!

114 Dass der Wandel gestaltbar ist und gelingen kann, zeigt das Beispiel des  
115 Automobilzulieferers Mahle aus Stuttgart. Dieser war vor Jahren noch zu 80  
116 Prozent vom Verbrennungsmotor abhängig, jetzt ist er es nur noch zu 40 Prozent.  
117 Bosch als großer Elektronik-Zulieferer beispielsweise könnte zum Gewinner der  
118 Transformation des Verkehrssektors werden. Auch die Entwicklung sauberer  
119 Lastkraftwagen macht große Fortschritte. Und so gibt es viele positive Beispiele  
120 aus der Wirtschaft, dass die Transformation der Fahrzeugindustrie gelingen kann,  
121 ökologisch und sozial.

122 Gemeinsam können wir den Wandel gestalten. Wir wollen, dass Bayerns Wirtschaft  
123 innovativ bleibt. Wir wollen zusammen mit Arbeitgeber\*innen, Gewerkschaften und  
124 mit den Beschäftigten eine Zukunftsvision für den Fahrzeugbau in Bayern  
125 entwickeln. Gewerkschaften und Beschäftigte müssen Träger\*innen der Entwicklung  
126 sein.

127 Gleichzeitig mit der Verkehrswende reagieren wir auf die zu erwartenden Folgen  
128 der Digitalisierung. Diese wird viele Helfer\*innen- und Fachkraftberufe durch  
129 Maschinen ersetzen. Daher fördern wir Aus- und Weiterbildung, um die  
130 Mitarbeiter\*innen adäquat zu qualifizieren. Um Beschäftigten frühzeitig Angebote  
131 zu machen, noch bevor es zur Arbeitslosigkeit kommt, entwickeln wir die  
132 Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung. Eine solche Versicherung  
133 für Arbeit beinhaltet Qualifizierung, Weiterbildungen und Umschulungsangebote.  
134 Wir stehen für das Recht auf Weiterbildung für alle. Auch die bestehenden  
135 Ausbildungsberufsbilder müssen modernisiert und für neue Technologien erweitert  
136 und angepasst werden.

137 Darüber hinaus sind wir offen für erleichterte Bedingungen für Kurzarbeit für  
138 einen begrenzten Zeitraum wie in der Krise 2008/2009, damit die kleinen und  
139 mittelständischen Unternehmen die Möglichkeit haben, ihr Personal zu halten und  
140 gemeinsam die Transformation und Entwicklung in neue Produkte und Märkte zu  
141 schaffen. Wir begleiten den Mittelstand professionell und effektiv. Die Hände  
142 jetzt in den Schoß zu legen, wird keinen einzigen Arbeitsplatz retten. Deshalb  
143 nehmen wir die großen Herausforderungen an, die auf uns zukommen.

#### 144 **Innovationen fördern**

145 Damit Bayern ein Vorzeigeland für die passenden Komponenten für das  
146 emissionsfreie Auto wird fördern wir Firmen, die jetzt schon auf erneuerbare  
147 Technologien setzen. Zwar werden für die Herstellung von Motor und Getriebe  
148 eines Autos weniger Arbeitsschritte anfallen. Aber Elektrifizierung,  
149 Digitalisierung und Automatisierung bieten neben den Herausforderungen große  
150 Chancen. So könnten laut einer Studie der European Climate Foundation bis 2030  
151 in der Mobilitätsindustrie sogar insgesamt mehr Arbeitsplätze entstehen als  
152 wegfallen.

153 Insbesondere kleine, mittelständische und stark spezialisierte Unternehmen  
154 brauchen dabei Anschubhilfe. Deshalb verbessern wir den Zugang zu  
155 Förderprogrammen und bauen bürokratische Hürden ab, zum Beispiel durch ein  
156 „Lotsensystem“, das zeigt, wofür welche Förderung bei welcher Stelle beantragt  
157 werden kann. So profitieren auch kleine Betriebe, die sonst weder über die  
158 Kapazitäten noch das Wissen für die Bearbeitung der notwendigen Unterlagen  
159 verfügen.

160 Momentan ist die Batterietechnik die am weitesten ausgereifte und  
161 aussichtsreichste Antriebstechnik für Autos und leichte Nutzfahrzeuge. Damit  
162 diese Fahrzeuge auch gekauft werden, braucht es die nötige Infrastruktur.  
163 Deshalb wollen wir den Aufbau einer zuverlässigen und einfach zu bedienenden  
164 Ladeinfrastruktur. Um die Herausforderungen bei der Produktion und Entsorgung  
165 der Batterien zu lösen, setzen wir uns auf Bundesebene für ein  
166 Lieferkettengesetz ein, das ökologische, soziale und menschenrechtliche  
167 Standards besonders beim Rohstoffabbau garantiert. Außerdem fördern wir  
168 Recycling- und Kreislaufösungen. Für andere alternative Antriebe wie  
169 Wasserstoff und dessen erneuerbare Erzeugung wollen wir Forschung und  
170 Entwicklung stimulieren, damit unsere Unternehmen in Bayern international  
171 mithalten und führende Positionen einnehmen können.

172 Die Entwicklung sauberer Lastkraftwagen macht große Fortschritte. Um diese zu  
173 forcieren, preisen wir externe Kosten fossil betriebener LKW stärker ein, heben

174 die LKW-Maut an und weiten sie aus. Zufahrtsbeschränkungen für laute LKW mit  
175 Verbrennungsmotoren im nächtlichen Lieferverkehr in Städten können leisen,  
176 emissionsfreien Fahrzeugen einen Absatzvorteil schaffen.

177 Für den Schienenfahrzeugbau schaffen wir durch die Ausweitung, Elektrifizierung  
178 und Digitalisierung des Schienenverkehrs neue Perspektiven. Bei  
179 Schienenfahrzeugen fordern und fördern wir die Einführung von Hybrid-  
180 beziehungsweise Wasserstoff-Zügen bei nicht beziehungsweise teil-  
181 elektrifizierten Strecken, um den dortigen massiven Investitionsstau  
182 abzumildern. Als Beitrag zu Klimaschutz und emissionsfreier Mobilität, begleitet  
183 vom raschen Ausbau der erneuerbaren Energiequellen, geben wir dem vorhandenen  
184 Cluster „Bahntechnik Bayern“ neue Impulse und eröffnen ihm neue Möglichkeiten.  
185 Darüber hinaus fördern wir saubere Schiffsmotoren, die auch in Bayern entwickelt  
186 und hergestellt werden.

187 Die Mobilität von morgen verlangt den Dreiklang „Verkehr vermeiden, verlagern  
188 und vernetzen. Der ÖPNV wird ebenso wie Sharing-Systeme und das automatisierte  
189 Fahren ein Wachstumssektor der Zukunft mit großer Nachfrage an innovativen,  
190 leisen, energieeffizienten und digital vernetzten Fahrzeugen werden. Dies und  
191 der damit verbundene Ausbau der physischen und digitalen Infrastruktur werden  
192 zukunftssträchtige, interessante Arbeitsplätze erhalten und schaffen. Neue Start-  
193 Ups entstehen, die als Pionier für grüne Mobilität voranschreiten, sei es für  
194 Carsharing-Konzepte oder für den Radverkehr. Eine neue Stadt- und  
195 Verkehrsplanung schafft Raum für Visionäre. Der „Green Startup Monitor“ zeigt,  
196 dass in Bayern bei den grünen Betriebsgründungen noch viel Potenzial nach oben  
197 besteht.

198 Schließlich streben wir einen umfassenden bayerischen Fahrzeuggipfel an. Das  
199 aktuelle „Zukunftsforum Automobil“ der bayerischen Staatsregierung muss  
200 weiterentwickelt werden. Wir gehen weiter und wollen einen bayerischen  
201 Mobilitätsgipfel, mit allen Beteiligten. Hier muss der Startschuss für eine  
202 strategische Industriepolitik in Bayern fallen, indem ein Fahrplan für die  
203 ökologische und soziale Transformation der bayerischen Fahrzeugindustrie  
204 erarbeitet wird.

205 Wir wollen, dass klimafreundliche Produkte aus Bayern auch in Zukunft auf dem  
206 Weltmarkt bestehen können und somit Arbeitsplätze bei uns sichern. Für eine  
207 innovative, ökologische, wettbewerbsfähige und zukunftssichere Fahrzeugindustrie  
208 in Bayern.

209 Wir GRÜNE in Bayern sehen die Notwendigkeit des Klimaschutzes, die  
210 wirtschaftliche Bedeutung der Fahrzeugindustrie und den Wunsch nach Alternativen  
211 zum Straßenverkehr. Deshalb werden wir:

- 212 • die Verkehrswende hin zum Umweltverbund (Bahn, Bus, Rad, Fuß) starten und  
213 attraktive Alternativen zum motorisierten Individualverkehr  
214 (Straßenverkehr) schaffen.
- 215 • die Arbeitsplätze in der Fahrzeugindustrie und ihrer Zulieferer sichern  
216 und weiterentwickeln.

- 217  
218  
219
- die Transformation der Fahrzeugindustrie und Zulieferer begleiten, sodass in Zukunft in Bayern emissionsfreie und weltmarktfähige Fahrzeuge produziert werden.
- 220  
221
- mit der grünen Verkehrswende, der Transformation in der Fahrzeugproduktion und der Digitalisierung der Mobilität neue Jobs schaffen.
- 222  
223
- mit einem umfassenden Mobilitätsgipfel eine zielgerichtete, strategische Industriepolitik für Bayern in Zeiten der Verkehrswende gestalten.



## **A13 Energiewende mit System**

Antragsteller\*in: Jens Backert (KV Lichtenfels)

Tagesordnungspunkt: 8 Anträge

### **Antragstext**

- 1 Es ist höchste Zeit, dass nicht nur über Wasserstoff gesprochen wird, sondern  
2 die politischen Rahmenbedingungen den Aufbruch in die nächste Phase der  
3 Energiewende ermöglichen und anschieben.
- 4 • Eine nachhaltige und volkswirtschaftlich auch international tragbare  
5 Energiewende muss den Mobilitäts-, Wärme- und Stromsektor als ein  
6 integriertes Ganzes betrachten.
- 7 • Wasserstoff, der aus erneuerbaren Energien gewonnen wird, verknüpft  
8 Stromwelt und Kraftstoffwelt – die Voraussetzung für die Erreichung der  
9 Klimaziele und die wirtschaftlich effiziente Umsetzung der Energiewende.
- 10 • Die Klimaschutzziele im Mobilitätssektor können nur auf Basis von  
11 Elektromobilität (Batterie- und Brennstoffzellenfahrzeuge) erreicht  
12 werden. Der Großteil des Verkehrswesens wird früher oder später auf einen  
13 Wasserstoffantrieb angewiesen sein.
- 14 • Nur grüner Wasserstoff als strombasierter Kraftstoff ermöglicht den  
15 Übergang in eine hocheffiziente Brennstoffzellenmobilität und das bei  
16 gleichen Kosten für den gefahrenen Kilometer ohne Feinstaub-, CO<sub>2</sub>- und  
17 Geräuschemission.
- 18 Dazu fordern wir zur Umsetzung der Energiewende mit System folgende politische  
19 Weichenstellungen:
- 20 • **Regenerative Energien nutzen statt abschalten**
- 21 Bei einem hohen Anteil fluktuierender Stromerzeugung aus Solar- und  
22 Windenergieanlagen fallen große Mengen an erneuerbarem Strom an, die vom  
23 Stromnetz nicht aufgenommen und transportiert werden können. Bereits heute  
24 werden in Norddeutschland zunehmend erneuerbare Energieanlagen abgeschaltet.  
25 Ein weiterer Ausbau erneuerbarer Stromerzeugung wird gebremst. Zielführender  
26 wäre es, die Anlagen nicht abzuschalten und den Strom für die Produktion von  
27 Wasserstoff zu nutzen. Wir wollen, dass dieser grüne Strom den Betreibern von  
28 Wasserstoff-Anlagen kostengünstig zur Verfügung gestellt wird, anstatt ihn gar  
29 nicht zu produzieren.
- 30 • **Ausbau der Erneuerbaren Energien**

31 Der massive Ausbau der erneuerbaren Energien ist eine zentrale Säule der  
32 Energiewende. Deshalb muss es u.a. eine Aufhebung der Deckelung für  
33 Photovoltaikanlagen und eine Zahlung einer vorhersehbaren und auskömmlichen  
34 Marktprämie für Windprojekte geben.

35 Insbesondere die Errichtung zusätzlicher Kapazitäten für die  
36 Wasserstoffherstellung ist ein wichtiger Beitrag. Dabei könnten Solar-  
37 Freiflächen in Kombination mit Wasserstoff eine interessante Rolle spielen, da  
38 durch die hohen Erzeugungsspitzen und Gleichzeitigkeit von Solarproduktion  
39 Speicherbarkeit hier besonders zentral ist.

#### 40 • **Förderprogramm zum Ausbau der Elektrolysetechnik**

41 Es ist notwendig „schon heute“ ein Förderprogramm zum Ausbau der  
42 Elektrolysetechnik einzuführen, um die notwendigen Kosten- und Effizienzziele zu  
43 erreichen. So wird die grüne Wasserstoffherzeugung wirtschaftlich und  
44 konkurrenzfähig.

#### 45 • **Ausbau der H2-Infrastruktur**

46 Wasserstoff lässt sich wie Benzin oder Diesel an der Zapfsäule tanken. Für die  
47 nötige Infrastruktur müssen zügig H2-Tankstellen in Deutschland entstehen. Nur  
48 so ist ein flächendeckender Einsatz der mobilen Wasserstofftechnik möglich.

#### 49 • **Langfristspeicher Gasinfrastruktur**

50 In einer vollständig regenerativen Stromwirtschaft werden bei hohen Anteilen  
51 variabler Erzeuger wie Wind- und Solarstrom zusätzliche Langfristspeicher zum  
52 Ausgleich benötigt. Wir wollen dass die bestehende Erdgasinfrastruktur für die  
53 energieeffiziente und kostengünstige Speicherung und Verteilung des grünen  
54 Wasserstoffes genutzt wird, wo dies technisch möglich ist.

#### 55 • **EEG Regelung**

56 Energiewandler-/ Energiespeicheranlagen, die ausschließlich erneuerbaren Strom  
57 zur Umwandlung von Wasser zu Wasserstoff aufnehmen und damit die Voraussetzung  
58 für eine zeitlich verzögerte energetische Nutzung wieder zur Verfügung stellen,  
59 sind durch das EEG speziell zu fördern.

#### 60 • **Wasserstoffzüge**

61 Auf der Schiene sollte Strom direkt genutzt werden, wo immer dies möglich ist.  
62 Aber überall dort wo heute noch klimaschädliche Dieselloks fahren müssen diese  
63 durch Wasserstoffzüge ersetzt werden.

#### 64 • **Emissionsfreie häusliche Wärmeerzeugung**

65 Bei der häuslichen Wärmeerzeugung wird der grüne Wasserstoff ebenfalls mittels  
66 Brennstoffzelle einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Wir wollen der

67 Brennstoffzellentechnik in diesem Bereich zum Durchbruch verhelfen.

68 • **Dekarbonisierung der Industrie**

69 Großes Potenzial für die Nutzung von grünem Wasserstoff besteht vor allem auch  
70 in der Industrie. Der in verschiedenen Industrieprozessen benötigte Wasserstoff  
71 wird derzeit oft aus Erdgas gewonnen. Mit dem aus Ökostrom hergestelltem  
72 Wasserstoff gäbe es auch hier eine klimafreundliche Alternative.

73 Für uns Grüne ermöglicht Wasserstoff die intelligente Vernetzung der Bereiche  
74 Elektrizität, Wärmeversorgung und Verkehr. Synergieeffekte machen ihn zum  
75 wertvollen Energieträger eines energieeffizienten Gesamtsystems – **ganz ohne**  
76 **fossile Energiequellen.**

### **Begründung**

erfolgt mündlich

**A14 Kein Zentimeter den Rechtsextremisten und Rassisten - Entschiedenenes Vorgehen gegen Rechtsextremismus und breite Bündnisse gegen Rechtspopulismus.**

Antragsteller\*in: Katharina Schulze, MdL (KV München),  
Cemal Bozo?lu, MdL (KV Augsburg)  
Tagesordnungspunkt: 8 Anträge

**Antragstext**

1 Der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke im Juni 2019 ist eine  
2 Zäsur für unser Land. Erstmals seit 1945 wurde ein amtierender Politiker durch  
3 einen Rechtsradikalen umgebracht. Förmlich reflexartig wurde durch einige Kreise  
4 infolgedessen auch die These verfochten, dass es sich um die Tat eines  
5 Einzeltäters oder einer isolierten Zelle handeln könnte. Dass dieser  
6 Gedankengang realitätsfern ist, wissen wir seit dem NSU. Die  
7 nationalsozialistische Terrorgruppe hatte deutlich gemacht, mit welchem braunen  
8 Sumpf wir konfrontiert sind und wie gefährlich die rechte Szene ist. Fünf der  
9 zehn NSU-Mordopfer kamen aus Bayern. Rechtsextreme Straf- und Gewalttaten  
10 steigen seit Jahren an.

11 Mittlerweile sitzt eine rassistische und in erheblichen Teilen rechtsextreme  
12 Partei im Deutschen Bundestag und auch im Bayerischen Landtag. Bei den jüngsten  
13 Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg ist sie sogar jeweils auf dem zweiten  
14 Platz gelandet. Im Vergleich zur Europawahl hat sie in beiden Bundesländern  
15 zugelegt. Wenn mehr als ein Viertel der Bevölkerung nun eine solche Partei  
16 wählen kann, zeigt uns diese Entwicklung die Brisanz dieses Themas. Die Gefahr  
17 von rechts wird größer. Die AfD fungiert als parlamentarischer Arm der  
18 rechtsextremistischen Szene und schafft zusammen mit unseriösen Pseudomedien ein  
19 brandgefährliches Klima. Es hat darüber hinaus eine Diskursverschiebung nach  
20 rechts in unserer Gesellschaft stattgefunden. Auch online wird gehetzt – und  
21 irgendwann kommt es dann von den Worten zur Tat. Wir sehen nur zu genau: Die  
22 Personen in den diversen rechten Strukturen kennen sich, tauschen sich aus,  
23 stacheln sich an und bejubeln sich nach ihren widerwertigen Taten. Unser Land  
24 steht vor einer großen Herausforderung, welche wir GRÜNE sehr ernst nehmen. Die  
25 Verharmlosung des Rechtsradikalismus ist eine Gefahr, der wir entschieden  
26 begegnen werden.

27  
28 Die Grüne Landtagsfraktion macht jedes Jahr ein Lagebild Rechtsextremismus in  
29 Bayern. Das aktuelle von 2018 gibt erneut Anlass zur Sorge. Im vergangenen Jahr  
30 ereigneten sich jeden Tag statistisch gesehen durchschnittlich fünf  
31 rechtsextremistisch motivierte Straftaten in Bayern, die fremdenfeindliche  
32 Kriminalität hat sich auf einem viel zu hohen Niveau stabilisiert und die Anzahl  
33 der antisemitischen Straftaten und die Hasskriminalität im Internet sind sogar  
34 sprunghaft angestiegen. Die rechtsextreme und die sogenannte Reichsbürger\*innen-  
35 Szene in Bayern agieren heute zunehmend vernetzter und radikaler und haben  
36 Anschluss an eine breite rechte Bewegung.

37 In Bayern gibt es laut Auskunft des Innenministeriums rund 1.200 gewaltbereite  
38 Rechtsextreme. Zahlreiche mit Haftbefehl gesuchte bayerische Neonazis sind  
39 untergetaucht. Neonazis fahren regelmäßig zu Schießtrainings ins Ausland,  
40 organisieren Kampfsportevents und Konzerte für die militante Szene. Diese  
41 Tendenzen zeigen, dass nach wie vor ein erhebliches Gefährdungspotenzial von der  
42 rechtsextremen Szene ausgeht.

43  
44 Der Umgang mit dem NSU-Terrorismus hat uns weiterhin gezeigt, dass die  
45 staatlichen Sicherheitsapparate große Schwächen bei der Bekämpfung der  
46 rechtsextremistischen Gewalt hatten. Diese Defizite sind bis heute nicht  
47 vollständig behoben - eine tiefgehende Verbesserung muss endlich erfolgen!

48 Die Asylpolitik der Staatsregierung verschärft die Situation zusätzlich. Sie  
49 nimmt Menschen Perspektiven, erschwert ihre Integration und sorgt bei  
50 Betroffenen für seelische Belastungen. Ein solches Agieren ist Wasser auf den  
51 Mühlen der Rechtspopulist\*innen, die hilfeschuchende Menschen als Belastung oder  
52 Gefahr für unsere Gesellschaft darstellen wollen.

53 All dem muss von Anfang an Einhalt geboten werden. Rechter Hetze, Rassismus und  
54 Gewalt muss mit allen geeigneten rechtsstaatlichen und gesellschaftspolitischen  
55 Mitteln entgegengetreten werden. Es geht darum, Demokratie und  
56 Rechtsstaatlichkeit in Deutschland zu verteidigen, Toleranz und Solidarität zu  
57 verstärken, gewalttätige Neonazis hinter Gitter zu bringen und die geistigen  
58 Brandstifter\*innen der AfD als Stichwortgeber für den braunen Terror zu  
59 entlarven.

60 Auch der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit aus Teilen der migrantischen  
61 Communities sagt Grüne Politik entschieden die rote Karte. Re-Ethnisierung,  
62 religiöse Radikalisierung, gesellschaftliche Segregation, Feindlichkeit  
63 gegenüber Minderheitengruppen, antisemitische Tendenzen und auch die Propaganda  
64 antidemokratischer Staatsführer wie Erdoğan oder Putin auf Kosten des  
65 harmonischen Zusammenlebens in Deutschland sind nicht hinnehmbar. Unser Grünes  
66 Bayern ist auch der Kontrast hierzu.

67 Insbesondere Internet und soziale Netzwerke sind vielfach von Hass und Hetze  
68 geprägt. Dort werden immer öfter Personen, soziale Gruppen oder ganze  
69 Berufsstände wie Journalist\*innen beleidigt und bedroht, wenn sie sich für  
70 Toleranz und Demokratie einsetzen oder Rechtspopulismus und Rechtsextremismus  
71 als Bedrohung benennen. Wir GRÜNE stellen uns mit aller Entschiedenheit gegen  
72 jede Form und Androhung rechtsextrem bzw. rassistisch motivierter Gewalt. Wir  
73 sprechen all jenen Personen, die aufgrund ihrer ethnischen Herkunft, ihres  
74 Geschlechts, ihrer Religion oder Weltanschauung, aufgrund ihrer sexuellen  
75 Identität oder ihres politischen bzw. humanitären Engagements von rechtsextremer  
76 bzw. rassistischer Gewalt bedroht werden, unsere volle Solidarität aus.

77 Die Bekämpfung des wachsenden Rechtsextremismus und des rechten Terrors hat bei  
78 uns hohe Priorität. Wir verurteilen die rechtsextreme und rassistische Hetze  
79 aufs Schärfste. Dass rechtsextreme Gruppierungen zudem an historisch besetzten  
80 Orten wie dem Reichsparteitagsgelände in Nürnberg Fackelmärsche inszenieren  
81 können ist ein Unding. Ebenso, dass sich die Bayerische Staatsregierung nicht  
82 eindeutig für ein Verbot der rechtsterroristischen Vereinigung ‚Combat 18‘  
83 einsetzt oder Menschen, deren Namen auf sogenannten „Feindeslisten“ rechter  
84 Gruppierungen auftauchen, hierüber nicht informiert. Menschen und Institutionen

85 haben das Recht es zu erfahren, wenn sie im Visier von rechtem Terror sind.

86

87 Es erfordert unser gemeinsames, entschiedenes Engagement, damit es niemand  
88 schafft, das friedliche Zusammenleben in Bayern zu sabotieren. Das ist unsere  
89 Grüne Grundüberzeugung. Bayern ist und bleibt bunt. Unsere Vielfalt ist unsere  
90 Stärke.

91

92 Vielerorts stellen sich zivilgesellschaftliche Initiativen, viele engagierte  
93 Menschen in Kommunen, Behörden, Parteien, Vereinen, Verbänden, Religions- und  
94 Weltanschauungsgemeinschaften, Jugendverbänden oder  
95 Migrant\*innenselbstorganisationen dem Hass entgegen und leisten unschätzbar  
96 wertvolle Arbeit für unsere Demokratie. Ihren Einsatz zur Stärkung unserer  
97 Demokratie unterstützen wir ausdrücklich und sagen Danke. Dieser Einsatz muss  
98 auch strukturell gefördert werden. Diesen Einsatz für eine offene und tolerante  
99 Gesellschaft gilt es gemeinsam zu unterstützen, um damit unsere Demokratie zu  
100 stärken. Wir wissen, die beste Antwort auf die rechte und rassistische Gesinnung  
101 ist eine weltoffene Grundeinstellung und ein Umgang, bei dem jedem Menschen  
102 vorurteilsfrei und solidarisch begegnet wird. Humanität statt Hass; das ist  
103 integraler Bestandteil Grüner Politik.

104

105

106 Wir Grüne fordern deswegen:

107 • die CSU-FW-Regierung auf, alle ihr möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um  
108 ein Verbot der militanten neonazistischen Gruppierungen „Die Rechte“, „Der  
109 III. Weg“, Combat 18 und Ku-Klux-Klan durchzusetzen;

110 • die Schaffung einer landesweiten Antidiskriminierungsstelle, wie sie  
111 bereits in mehreren Bundesländern Realität ist. Diese soll kommunale  
112 Initiativen in Bayern vernetzen und unterstützen;

113 • die Einrichtung einer landesweit zentralen Beratungsstruktur für Opfer  
114 rechtsextremer, antisemitischer und rassistischer Gewalt in Bayern;

115 • die Bekämpfung des wachsenden Rechtsextremismus mit zur obersten Priorität  
116 der bayerischen Sicherheitsbehörden zu machen;

117 • eine bessere länderübergreifende Zusammenarbeit der Bundes- und  
118 Landeskriminalämter sowie der Verfassungsschutzbehörden, um Aktivitäten  
119 von rechtsextremistischen Gruppierungen besser und früher erkennen und  
120 verhindern zu können; im Rahmen einer Aufgabenkritik die Ressourcen der  
121 Polizei neu zu verteilen, um den Fahndung- und Ermittlungsdruck auf die  
122 rechte Szene zu verstärken, um damit die bereits begangenen Taten  
123 schneller aufzuklären und potenzielle Nachahmer\*innen abzuschrecken;

124 • den Verfassungsschutz zu reformieren und umzustrukturieren: Die  
125 nachrichtendienstlichen Tätigkeiten wollen wir auf ein Minimum reduzieren  
126 und die neue Behörde wird enger mit Wissenschaft sowie der  
127 Zivilgesellschaft zusammenarbeiten;

128 • wachsam bzgl. rechtsradikal motivierter Personen innerhalb der staatlichen  
129 Sicherheitsapparate zu sein und mehr demokratiefördernde und

- 130 rassismuskritische Inhalte in der Polizeiausbildung zu verankern;
- 131 • Konsequenzen aus der NSU-Aufklärung beim Verfassungsschutz und den  
132 Ermittlungsbehörden zu ziehen: Einsetzung einer NSU-Kommission im  
133 Bayerischen Landtag zur Implementierung der Konsequenzen aus dem NSU-  
134 Untersuchungsausschuss;
- 135 • den wirksamen Schutz von bedrohten Einrichtungen, wie  
136 Flüchtlingsunterkünften, Synagogen oder Moscheen;
- 137 • eine strenge Kontrolle des Einsatzes privater Sicherheitsdienste in  
138 Geflüchtetenunterkünften, um zu verhindern, dass dort Personen aus der  
139 rechten Szene eingesetzt werden, sowie klare Vorgaben zur Qualifizierung  
140 des Personals und zur Einhaltung von umfangreichen Qualitätsstandards;
- 141 • eine Bildungsoffensive gegen Rechtsextremismus und Rassismus sowie für die  
142 interkulturelle Bildung. Demokratische und politische Bildung muss früh  
143 beginnen: In den Stundentafeln des bayerischen Schulsystems, aber auch im  
144 Bereich von Kitas und Kindergärten besteht erheblicher Nachholbedarf,  
145 ebenso in der Ausbildung der Lehrer\*innen, Erzieher\*innen und weiterer  
146 pädagogischer Fachkräfte;
- 147 • Prävention und politische Bildung sind nicht Aufgabe des  
148 Verfassungsschutzes, weswegen wir ihm diese Zuständigkeiten entziehen  
149 wollen;
- 150 • ein enges Unterstützungs- und Beratungsangebot zum Umgang mit Rassismus  
151 und rechter Ideologie in Bildungseinrichtungen, staatlichen Behörden und  
152 Verwaltungen sowie im breiten Verbands- und Vereinsleben;
- 153 • dass Anbieter von Internetforen und sozialen Netzwerken strafbaren „Hate  
154 Speech“ schnell prüfen und unverzüglich löschen müssen. Urheber\*innen  
155 müssen stärker als bislang ermittelt und ihre Kommentare zur Anzeige  
156 gebracht und geahndet werden können;
- 157 • Eine virtuelle Polizeiwache für Bayern, bei der Menschen ‚Hate-Speech‘ im  
158 Netz schnell und unkompliziert anzeigen können;
- 159 • das bayerische Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus – unter  
160 Einbeziehung von Wissenschaft und Zivilgesellschaft – zu evaluieren und  
161 weiterzuentwickeln;
- 162 • ein bayerisches Förder- und Aktionsprogramm zur Unterstützung  
163 zivilgesellschaftlicher Initiativen aufzulegen, die sich gegen  
164 Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus oder andere Formen  
165 Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit engagieren.

## **A15 Unterstützung von Anträgen nach deren Einreichung in Antragsgrün ermöglichen**

Antragsteller\*in: Jens Backert (KV Lichtenfels)  
Tagesordnungspunkt: 8 Anträge

### **Antragstext**

- 1 Die LDK spricht sich dafür aus, die Unterstützung von Anträgen auch nach deren
- 2 Einreichung in Antragsgrün zu ermöglichen.

### **Begründung**

Im Moment ist es nicht möglich Anträge nach deren Einreichung in Antragsgrün zu unterstützen.

Dies sollte geändert werden, damit eine breitere Unterstützerbasis gefunden werden kann.



## **A16 Eine Gesundheitsversorgung, auf die man sich überall verlassen kann, braucht einen Systemwechsel**

Antragsteller\*in: Manuela Rottmann (KV Bad Kissingen)  
Tagesordnungspunkt: 8 Anträge

### **Antragstext**

1 In Deutschland sind alle Bürger\*innen verpflichtet, Mitglied in einer  
2 Krankenkasse zu sein. Der Pflicht sich zu versichern, steht jedoch keine  
3 verlässlich geregelte, einklagbare Gegenleistung gegenüber und der Träger dieser  
4 Pflicht ist als Ansprechpartner weder sichtbar noch erreichbar. Um die  
5 Gesundheitsversorgung in der Fläche – insbesondere auf dem Land - verlässlich zu  
6 gestalten, fordern wir einen Systemwechsel im Gesundheitswesen.

7 Die medizinische Versorgung auf dem Land ist auf dem Rückzug. Das gilt für die  
8 ambulante und für die stationäre Versorgung. Das hat zwei Gründe: Der eine Grund  
9 liegt in der demografischen Auseinanderentwicklung der Räume in Deutschland.  
10 Während die Ballungsräume stark wachsen und sich verjüngen, geht die Bevölkerung  
11 auf dem Land überdurchschnittlich stark zurück, bei steigendem  
12 Altersdurchschnitt. Dadurch nimmt vielerorts auch das Angebot an öffentlich  
13 bereit gestellter Mobilität ab. Entfernungen werden größer und sind ohne eigenes  
14 Auto schwerer zu überwinden.

15 Diese demografische Entwicklung trifft auf eine Finanzierung im  
16 Gesundheitswesen, die heute vor allem von der Menge der Leistungen abhängt: Das  
17 gilt für die Apotheken, deren Einnahmen ganz überwiegend von der Menge der  
18 abgegebenen Medikamente abhängen. Das gilt auch für Krankenhäuser, die darauf  
19 angewiesen sind, viele Fallpauschalen mit möglichst hohem Schweregrad  
20 abzurechnen und so ein im Voraus mit den Kassen vereinbartes Budget möglichst  
21 genau zu treffen. Technisch aufwändige Komplexmedizin wird besser vergütet als  
22 die Grund- und Notfallversorgung. Haus- und Fachärzte profitieren überdies  
23 davon, möglichst viele Privatpatienten in ihrem Patientenstamm zu halten.  
24 Allerdings finden sich Privatpatienten vor allem in den Ballungsräumen. Auf dem  
25 Land ist der ältere, das heißt behandlungsintensive, gesetzlich Versicherte der  
26 Normalpatient.

27 Wo das Krankenhaus schließt oder sich als privatisiertes Haus auf gut vergütete  
28 Medizin beschränkt und aus der Grundversorgung zurück zieht, hat das auch Folgen  
29 für die weitere Versorgung: Die Abdeckung des notärztlichen Dienstes wird  
30 schwieriger. Vor- und Nachsorgehebammen, die vorher Teilzeit in der  
31 Geburtsklinik gearbeitet haben, verschwinden aus der Region. Die Rekrutierung  
32 von Praxisnachfolgerinnen und -nachfolgern aus den Krankenhausärztinnen und -  
33 ärzten ist nicht mehr möglich. Wenn die Hausarztpraxen schließen, folgen die  
34 Apotheken. Vor allem aber: Die Fahrtzeiten zur Akut- und Notfallversorgung  
35 werden immer länger, die Kosten und die Belastung der Patientinnen und Patienten  
36 durch den Transport steigen.

37 Die fallzahlunabhängige Vorhaltung von Leistungen, d. h. die Tatsache, dass eine  
38 Einrichtung einfach vorhanden ist und geöffnet hat, etwa eine Notfallambulanz im  
39 Krankenhaus mit der erforderlichen Personalausstattung und Technik, wird nicht  
40 vergütet. Ebenso wenig das, was medizinisch überall sinnvoll sein kann, nämlich  
41 Gespräche ohne Verordnung. Auch die Überwindung von Entfernungen wird nicht  
42 ausreichend finanziert. Hausbesuche sind schlecht vergütet und werden daher  
43 immer weniger angeboten. Über die räumliche Lage anderer Angebote, etwa die  
44 Verteilung des Bereitschaftsdienstes der Apotheken oder Ort von zentralisierten  
45 Bereitschaftspraxen entscheiden die Selbstverwaltungen, also die  
46 Apothekerkammern oder die Kassenärztliche Vereinigung. Gesetzlich definiert ist  
47 sie nicht.

48 Die aktuelle Gesundheitspolitik im Bund und in Bayern scheitert daran, den  
49 Pflichtversicherten auf dem Land ein verlässliches Grundangebot zu  
50 gewährleisten. Wenn der Hausarzt keinen Nachfolger findet, wenn die  
51 Geburtsklinik schließt, bleiben die Patientinnen und Patienten mit ihren Sorgen  
52 alleine. Die nunmehr benannten bundesweit 120 Krankenhäuser, die vom Gemeinsamen  
53 Bundesausschuss als bedarfsnotwendige ländliche Krankenhäuser identifiziert  
54 wurden, erhalten zukünftig aus dem Topf der Krankenkassen einen  
55 Sicherstellungszuschlag von 400.000 Euro pro Jahr. Angesichts der  
56 Millionendefizite in den meisten Kliniken in Bayern ist klar, dass solche  
57 Pauschalbeträge die Standorte nicht langfristig sichern werden. Die bayerische  
58 Staatsregierung hat einen sogenannten Rettungsschirm für kleine Krankenhäuser  
59 angekündigt: Dort sollen begrenzt auf fünf Jahre bis zu 85 Prozent des Defizits  
60 von Kliniken aus Steuermitteln übernommen werden (maximal jedoch eine Million  
61 Euro, bei Kooperationen zwei Millionen Euro), unter der Voraussetzung, dass die  
62 Krankenhäuser in dieser Zeit ein Konzept entwickeln, wie sie in Zukunft  
63 wirtschaftlich werden. Beide Programme stellen jedoch nicht die Systematik der  
64 Leistungsfinanzierung durch Fallpauschalen in Frage und auch nicht die  
65 unzureichende Investitionsfinanzierung durch den Freistaat, und damit die  
66 Ursachen dafür, dass seit Jahren knapp die Hälfte aller bayerischen  
67 Krankenhäuser Defizite erwirtschaftet. Gleichzeitig steht mit der Reform der  
68 Vergütung der Notfallambulanzen ein weiterer unsystematischer Abbau in der  
69 stationären Akutversorgung bevor, vor allem auf dem Land. Denn kleine Häuser  
70 werden die nötigen Investitionen in Personal und Ausstattung nicht leisten und  
71 auch mit den (zum Glück) wenigen Notfällen in ihrem Einzugsbereich nicht  
72 refinanzieren können. Auch die Zahl der Krankenhäuser, die  
73 Schlaganfallkomplexbehandlungen abrechnen können, wird drastisch sinken, obwohl  
74 die dafür vorgeschriebene Ausstattung nur für eine Minderheit der  
75 Schlaganfallpatientinnen und -patienten erforderlich ist, um sie rechtzeitig gut  
76 zu versorgen. All diese Menschen werden auf weiter entfernte Zentren mit höherer  
77 Ausstattung verwiesen werden. Für die Frage, ob die Rettungsdienste solche  
78 weiter entfernt liegenden Zentren dann werden erreichen können, fühlt sich  
79 niemand zuständig. Die von Bund und Land verteilten Mittel bekämpfen also  
80 allenfalls auf Zeit Symptome. Gleichzeitig schreitet der Abbau von  
81 Versorgungskapazität auf dem Land mit großen Schritten voran.

82 Wir Grüne sind der Auffassung, dass wir die Art und Weise der Finanzierung und  
83 der Entscheidungsfindung im Gesundheitswesen grundlegend reformieren müssen.  
84 Dass die Politik ihre Verantwortung für ein verlässliches Grundangebot für alle  
85 Versicherten in Bayern, egal wo sie leben, endlich wahrnehmen muss, anstatt  
86 Placebos zu verteilen.

87 Für eine verlässliche Gesundheitsversorgung vor Ort braucht Bayern eine

88 brauchbare planerische Grundlage – eine Krankenhausplanung, die Erreichbarkeit,  
89 Qualität und Effizienz etwa durch verbindliche Vorgaben für die Ausstattung und  
90 die Öffnungszeiten von Notfallambulanzen räumlich definiert und durchsetzt und  
91 die regionale Versorgung nicht dem Zufall der Leistungsfähigkeit und  
92 Leistungsbereitschaft des jeweiligen Krankenhausträgers überlässt. Die Frage,  
93 wie Patientinnen und Patienten zu ihrer Versorgung kommen, darf nicht länger ihr  
94 Privatproblem bleiben – gerade in Bayern, wo das Nahverkehrsangebot gerade in  
95 der Fläche bundesweit besonders schlecht ist.

96 Für eine verlässliche Gesundheitsversorgung vor Ort muss die  
97 Leistungsfinanzierung umgestellt werden. Planerisch definierte  
98 Vorhalteleistungen müssen ausreichend aus dem Budget der Krankenkassen  
99 finanziert werden. Es kann nicht sein, dass bundesweit kaum eine Kinderklinik  
100 kostendeckend arbeiten kann. Es kann nicht sein, dass Krankenhäuser dazu  
101 gedrängt werden, unnötige, aber gut finanzierte Operationen durchzuführen, um  
102 aus den Erträgen die Geburtsklinik oder die Öffnungszeiten der Notaufnahme  
103 finanzieren zu können. Und es kann nicht sein, dass die wohnortnahe Versorgung  
104 davon abhängt, wie das Steueraufkommen vor Ort ist, obwohl die Versicherten  
105 überall dieselben Beitragspflichten haben. Gerade in strukturschwachen Regionen  
106 ist das örtliche Steueraufkommen oft so niedrig, dass Kommunen besonders große  
107 Schwierigkeiten haben, die Defizite aus der Aufrechterhaltung der schlecht  
108 vergüteten Grund- und Akutversorgung zu tragen. Gerade dort, wo niedergelassene  
109 Ärztinnen und Ärzte fehlen, fällt es den Kommunen oft besonders schwer, mit  
110 eigenen Investitionen in Ärztehäuser diese Lücke zu füllen.

111 Um den ländlichen Raum nicht in den absehbaren Ärztemangel laufen zu lassen,  
112 müssen jetzt durch den Bund realistische Bedarfszahlen festgesetzt werden, die  
113 das Alter der noch praktizierenden Ärztinnen und Ärzte bei der Zulassung neuer  
114 Arztsitze und die tatsächlichen Bedarfe durch eine vor allem auf dem Land älter  
115 werdende Bevölkerung und den gestiegenen Untersuchungs-, Impf- und  
116 Behandlungsbedarf von Kindern berücksichtigen.

117 Schließlich wollen wir die organisierte Unverantwortlichkeit im  
118 Gesundheitssystem beenden, indem wir die Entscheidungen über die Grundversorgung  
119 in einer Region wieder zu den Menschen und zu den von ihnen gewählten kommunalen  
120 Vertretern bringen. Wir wollen die Landkreise aus der Rolle der faktisch  
121 hilflosen Träger der Gewährleistungsverantwortung für die stationäre Versorgung  
122 befreien: Heute sind die Landkreise entweder dazu verdammt, die durch  
123 Entscheidungen auf Bundesebene entstehenden Defizite auszugleichen, um die  
124 Grund- und Akutversorgung in ihrem Landkreis zu retten, oder – wo die  
125 Krankenhäuser privatisiert sind – haben sie überhaupt keine  
126 Handlungsmöglichkeiten mehr. Wir wollen Gesundheitsregionen schaffen, in denen  
127 Selbstverwaltung, Krankenkassen und zuständige Kommunen an einem Tisch sitzen  
128 und gemeinsam die Grundversorgung gestalten und dafür auch Mittel von den Kassen  
129 erhalten. Vor Ort, nah bei den Menschen können demokratisch legitimierte  
130 Vertreter der Bevölkerung die Verantwortung für die Gestaltung der  
131 Grundversorgung innerhalb des bundes- und landesplanerisch vorgegebenen Rahmens  
132 am besten wahrnehmen. Vor Ort ist klar, wo die Nahverkehrsverbindungen  
133 ausreichend sind und wo die Mobilität der Patientinnen und Patienten zum Arzt  
134 auf andere Weise sichergestellt werden muss. Vor Ort ist auch die nötige  
135 Verzahnung mit den Rettungsdiensten und anderen Mobilitätsangeboten möglich, für  
136 die Bund und Land derzeit keine Verantwortung übernehmen.

137 1. Die Versorgung wollen wir aus der Sicht der Patientinnen und Patienten

- 138 planen: Dazu wollen wir **bundesgesetzlich festschreiben, welche**  
139 **Maximalentfernungen vom Wohnort für die Grund- und Akutversorgung in der**  
140 **Regel und im ganzen Land einzuhalten sind.** Jeder Versicherte muss sich  
141 darauf verlassen können, dass eine Schlaganfallversorgung für ihn oder sie  
142 rechtzeitig erreichbar ist, egal ob er im Ballungsraum wohnt oder auf dem  
143 Land.
- 144 2. Die wohnortnahe Bereitstellung von stationärer Grund- und Akutversorgung  
145 ist im System der Fallpauschalen nicht kostendeckend möglich. Gleichzeitig  
146 setzt dieses System zu viele Fehlanreize und führt so zu  
147 Mittelverschwendung. Es unterstützt die weitere Privatisierung des  
148 Gesundheitswesens und benachteiligt öffentliche Träger, die sich der  
149 Daseinsvorsorge für die Bevölkerung verpflichtet fühlen. **Wir wollen**  
150 **stattdessen eine Finanzierung der Leistungen durch die Krankenkassen, die**  
151 **auch die Vorhaltung der stationären Grund- und Akutversorgung in der**  
152 **Fläche auskömmlich finanziert und Budgetgrenzen überwindet.** Die  
153 systematische Unterfinanzierung von Notfallambulanzen, Geburtskliniken und  
154 Grundversorgungsabteilungen und der Zwang zur Quersubventionierung durch  
155 hochtechnisierte, elektive Medizin müssen beendet werden. Wir wollen eine  
156 Leistungsfinanzierung, die es wieder erlaubt, das medizinisch Notwendige  
157 zu verordnen, und nicht vorwiegend das Abrechenbare. **Der ländliche Raum**  
158 **soll dabei eine Vorreiterrolle für eine neue Abrechnungssystematik und**  
159 **eine finanzielle Verknüpfung von ambulanter und stationärer Versorgung**  
160 **übernehmen.**
- 161 3. Wir wollen **eine verbindliche Krankenhausplanung durch den Freistaat**  
162 **Bayern,** die die nach dem bundesgesetzlichen Mindestversorgungsstandard  
163 notwendigen Kapazitäten für die Grund- und Akutversorgung in der Fläche  
164 definiert. Der Krankenhausplan muss das verbindliche Versorgungsprogramm  
165 enthalten, auf das sich die Versicherten überall in Bayern verlassen  
166 können.
- 167 4. Wir wollen, dass **der Freistaat Bayern die Investitionsbedarfe der im**  
168 **Krankenhausplan vorgesehenen Krankenhäuser vollständig aus Steuermitteln**  
169 finanziert. Nach jahrelangen Kürzungen ist der Investitionsstau enorm. Die  
170 hierfür vorgesehenen Mittelerhöhungen sind nicht ausreichend. Wenn ein  
171 erheblicher Teil der bayerischen Krankenhäuser dauerhaft Defizite  
172 schreibt, so liegt dies auch daran, dass die Krankenhäuser gezwungen sind,  
173 Eigenmittel zu investieren, die eigentlich für die Versorgung der  
174 Patientinnen und Patienten vorgesehen sind. Investitionsmittel sind heute  
175 in Bayern zu gering, und sie werden nicht nach planerischen Kriterien,  
176 sondern mit der Gießkanne verteilt.
- 177 5. Die Schließung von Krankenhäusern oder einzelnen Abteilungen darf nicht  
178 mehr allein davon abhängig gemacht werden, ob der zuständige Träger weiter  
179 finanziell in der Lage und willens ist, das Angebot aufrecht zu erhalten.  
180 **Wir wollen, dass das Land am Maßstab der verbindlichen Krankenhausplanung**  
181 **vorab prüft, ob das zur Disposition stehende Angebot aus Sicht der**  
182 **Patientinnen und Patienten verzichtbar oder ersetzbar ist durch ein**  
183 **Angebot an anderer Stelle oder in einer anderen Versorgungsstufe.** Dabei  
184 ist auch zu prüfen, ob die Kapazitäten in anderen, erreichbaren  
185 Krankenhäusern ausreichen, um die von der Schließung betroffene  
186 Bevölkerung mitzuversorgen.

- 187 6. Im niedergelassenen Bereich wollen wir, dass der Bund zügig **die**  
188 **Bedarfsermittlung für Haus- und Kinderärztinnen und -ärzte an die**  
189 **Wirklichkeit anpasst**. Die reale Bevölkerungszusammensetzung und -  
190 entwicklung sowie das tatsächliche Alter der bereits niedergelassenen  
191 Ärztinnen und Ärzte müssen dabei berücksichtigt werden. So wollen wir  
192 verhindern, dass Regionen weiterhin für Neuzulassungen gesperrt werden, in  
193 denen ein Versorgungsmangel tatsächlich bereits besteht oder absehbar ist.
- 194 7. Wir wollen die **unterschiedliche Vergütung von Leistungen für privat und**  
195 **gesetzlich Versicherte durch den Wechsel zu einer Bürgerversicherung für**  
196 **alle beenden**. Denn die unterschiedliche Vergütung fördert die Abwanderung  
197 des Angebots aus der Fläche.
- 198 8. Wir wollen, dass verlässliche Vorgaben für die Versorgungsstandards und  
199 eine ausreichende Finanzierung durch Bund und Land einhergehen mit einer  
200 **Stärkung der Rolle der Kommunen für die Umsetzung der verlässlichen**  
201 **Versorgung für ihre Bevölkerung vor Ort**. Mittelfristig wollen wir die  
202 flächendeckende **Gründung von echten Gesundheitsregionen**, in denen die  
203 zuständige kommunale Ebene, die Krankenkassen und die Selbstverwaltung der  
204 Ärztinnen und Ärzte, Apothekerinnen und Apotheker sowie weiterer  
205 medizinischer Berufe in enger Verzahnung mit weiteren Akteuren wie den  
206 Rettungszweckverbänden die regionale Sicherstellung des  
207 Mindestversorgungsstandards gemeinsam verabreden. Dazu muss die zuständige  
208 kommunale Ebene die erforderliche dauerhafte Ausstattung mit kompetentem  
209 Personal erhalten. Aus den Versicherungsbeiträgen müssen insbesondere  
210 ländlichen Gesundheitsregionen Mittel zur selbständigen Schließung von  
211 Versorgungslücken zur Verfügung gestellt werden. Wenn die  
212 Sicherstellungsverantwortung für die ambulante Versorgung von den heute  
213 zuständigen Selbstverwaltungen nicht wahrgenommen wird, muss die  
214 Zuständigkeit auf die Gesundheitsregionen übergehen.
- 215 9. Qualitätsmessungen auf Bundesebene für Krankenhäuser, die nur die  
216 Versorgungsqualität ab der Krankenhausschwelle einbeziehen, ignorieren die  
217 Risiken, die für Patientinnen und Patienten durch immer weitere Wege  
218 entstehen. Eine top ausgestattete Abteilung, die oft nur für einen  
219 geringen Teil der Fälle erforderlich ist, nützt den Patientinnen und  
220 Patienten nichts, wenn sie diese nicht mehr rechtzeitig erreichen können.  
221 Wir fordern, dass die **Nachteile aus schlechterer Erreichbarkeit und**  
222 **Aufwand und Belastung aus Transport und Verlegung von Patientinnen und**  
223 **Patienten mit in die Qualitätsbewertung einbezogen** werden.  
224 Versorgungsstandards, die nur für einen geringen Anteil der Menschen einer  
225 bestimmten Diagnose erforderlich sind, dürfen nicht zur Voraussetzung für  
226 die Vergütung sämtlicher Diagnosen für Menschen mit dieser Diagnose  
227 definiert werden.

## **A17 5G als Chance für die digitale Zukunft in Stadt und Land**

Antragsteller\*in: Landesvorstand, Benjamin Adjei MdL (KV  
München-Land)  
Tagesordnungspunkt: 8 Anträge

### **Antragstext**

1 Wir GRÜNE in Bayern setzen uns dafür ein, dass technischer Fortschritt gefördert  
2 wird. Wir wollen den digitalen Wandel gestalten, die Chancen der Digitalisierung  
3 nutzen und gleichzeitig die Risiken minimieren. Ein schneller und  
4 flächendeckender Ausbau der digitalen Infrastruktur ist dabei entscheidend für  
5 die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft Bayerns und bringt neue  
6 Lösungen und Möglichkeiten zur Bewältigung der Klimakrise. Dafür wollen wir die  
7 Rahmenbedingungen setzen.

8 5G ist Mobilfunk der nächsten – der fünften – Generation und ein entscheidender  
9 Baustein für eine erfolgreiche Digitalisierung. Mit ihm lassen sich deutlich  
10 schneller und mit reduzierter Latenz Daten übertragen, sozusagen in Echtzeit.  
11 Diese Echtzeitdaten brauchen etwa vernetzte Mobilität und intelligente  
12 Stromnetze und auch telemedizinische Angebote auf dem Land. Gerade im ländlichen  
13 Raum setzen wir uns für ein flächendeckendes Mobilfunknetz ein, damit die  
14 Potentiale für Innovation, wirtschaftliche Entwicklung und eine vernetzte  
15 Gesellschaft genutzt und gleichwertige Lebensverhältnisse gefördert werden. Nur  
16 mit modernster Infrastruktur können wir verhindern, dass ganze Landstriche  
17 abgehängt werden, und unseren Lebenswandel von einem immer weiter steigenden  
18 Ressourcenverbrauch entkoppeln.

19 Wir setzen uns für einen flächendeckenden Ausbau von LTE und 5G ein. Denn nur  
20 mit Mobilfunkempfang an jeder Milchkanne wird kein Ort abgehängt und bleiben  
21 Lebensqualität und Wirtschaftskraft überall erhalten. Statt die Milliarden Erlöse  
22 der Frequenzversteigerung in bislang ungenutzte Breitbandfördertöpfe zu stecken,  
23 müssen die Gelder direkt in den Ausbau des Mobilfunknetzes in ländlichen und  
24 schlecht ausgebauten Bereichen investiert werden. Nur so gelingt es, den  
25 schleppenden Ausbau voranzutreiben. Darüber hinaus wollen wir, die bisher für  
26 die Industrie reservierten Frequenzbereiche, schnellstmöglich für Unternehmen,  
27 die ihre Werksgelände mit 5G ausstatten wollen, nutzbar machen. Die bayerische  
28 Industrie braucht 5G und soll als Partnerin für den zügigen Ausbau gewonnen  
29 werden.

30 Um ein leistungsfähiges 5G-Netz aufzubauen, brauchen wir zudem eine  
31 flächendeckende Glasfaserinfrastruktur bis zu jedem Gebäude (FTTB), denn  
32 schneller Mobilfunk funktioniert nur, wenn die Daten genauso schnell  
33 weiterlaufen. Wir stellen uns dabei gegen einen Ausbau mit Vectoring, der nur  
34 Tuning von veralteten Kupferkabeln ist. Zudem darf ein funktionierendes 5G-Netz  
35 kein Ersatz für den Anschluss von Ortschaften ans Glasfasernetz sein.

36 Gleichzeitig wollen wir den Ausbau von Mobilfunk auch kritisch begleiten,  
37 politisch gestalten und für soziale und ökologische Ziele nutzen. Auch wenn  
38 bisherige Forschungsergebnisse in großer Mehrheit die medizinische  
39 Unbedenklichkeit von Mobilfunk allgemein und 5G im Speziellen bestätigen, werden  
40 wir uns weiter für die wissenschaftliche Begleitung des Ausbaus einsetzen. Viele  
41 Erfahrungen aus den bisherigen Mobilfunkstandards lassen sich auf 5G übertragen,  
42 gleichzeitig muss 5G auch speziell Gegenstand der Forschung sein. Die  
43 Langzeitfolgen von 5G müssen aufmerksam beobachtet werden. Gleichermaßen müssen  
44 auch die Auswirkungen auf Natur und Umwelt geprüft und durch umsichtigen Ausbau  
45 reduziert werden. Statt immer neue freistehende Mobilfunkmasten zu bauen und  
46 hierbei Flächen zu versiegeln und Rohstoffe zu verbrauchen, wollen wir  
47 bestehende Infrastruktur, also etwa bereits errichtete Mobilfunkmasten, Gebäude,  
48 Ampeln oder Laternen, nutzen, um möglichst ressourcen- und flächensparend  
49 vorzugehen.

50 Darüber hinaus muss 5G höchste Sicherheitsstandards erfüllen. Gerade wenn  
51 kritische Infrastruktur wie Verkehr und Energie auf das 5G-Netz zurückgreift,  
52 muss der höchste Sicherheitsstandard gelten. Wir setzen uns darum für eine  
53 umfangreiche und fortwährende Überprüfung möglicher Technologieanbieter und  
54 Betreiber durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI)  
55 ein.

56 Um eine Mehrbelastung der Bevölkerung mit Mobilfunkstrahlung zu vermeiden,  
57 setzen wir uns für verpflichtende Roaming-Regelungen und Infrastruktursharing  
58 ein. Durch die Förderung der Zusammenlegung oder gemeinsamen Nutzung der Netze  
59 wollen wir die Strahlungsbelastung und die Sendemastdichte reduzieren. Ebenso  
60 wollen wir moderne Sendetechnologien wie das Beamforming, also effizienten  
61 Richtfunk im Mobilfunk, nutzen, um die Leistungsfähigkeit des 5G-Netzes zu  
62 steigern und die Strahlenbelastung zu senken.

63 Wir fordern deshalb:

64 • Eine Strategie für das Land Bayern zu einem flächendeckenden Ausbau des  
65 5G- und des LTE-Netzes. Diese Strategie soll auch den Glasfaserausbau als  
66 Grundlage für schnellen Mobilfunk sowie die Förderung von 5G-Campusnetzen  
67 umfassen.

68 • Der Freistaat Bayern soll sich auf Bundesebene dafür einsetzen, die  
69 Einnahmen der Frequenzversteigerung in den Ausbau des Mobilfunknetzes und  
70 die Schließung von Funklöchern zu investieren.

71 • Der Ausbau der Netze muss ökologisch verträglich stattfinden und darf nur  
72 ein Minimum an Ressourcen und Fläche verbrauchen.

73 ◦ Dafür soll ein System zur Optimierung von Sendemastendichte und  
74 Strahlungsleistung erstellt werden.

75 ◦ Soweit möglich soll vorhandene Infrastruktur (wie Strommasten,  
76 Windkraftanlagen, Laternen usw.) genutzt werden. Unterstützend  
77 sollen bürokratische Hemmnisse, die eine solche Mitnutzung  
78 erschweren, gelockert werden.

- 79  
80  
81  
82
- Der Ausbau des 5G-Netzes muss fortlaufend wissenschaftlich begleitet werden. Neben gesundheitlichen Aspekten müssen auch Auswirkungen auf Natur und Umwelt umfassend geprüft und sicherheitsrelevante Fragestellungen betrachtet werden.

### **Begründung**

Der digitale Wandel bietet großes Potential für den ländlichen Raum und den ökologischen Umbau der Gesellschaft. Die fortschreitende Vernetzung der Gesellschaft ermöglicht es zunehmend von jedem Ort aus arbeiten zu können. Nicht mehr die Nähe und Anbindung zu einem Zentrum, sondern die Geschwindigkeit und Zuverlässigkeit der Internetverbindung werden immer entscheidender für den wirtschaftlichen Erfolg von insbesondere unserer mittelständischen bayerischen Wirtschaft. Niedrigere Immobilienpreise und ein naturnahes Umfeld sind echte Standortvorteile, die wir für den ländlichen Raum nutzbar machen wollen. Gleichzeitig können wir durch die Vernetzung von Prozessen unsere Umwelt besser verstehen und Abläufe ressourcenoptimiert gestalten. Ein intelligent gesteuertes Rufbussystem ist zum Beispiel in der Lage, das Mobilitätsbedürfnis der Menschen im ländlichen Raum passgenau zu bedienen und sowohl weniger energieintensiv als auch kostengünstiger zu sein als Linienverkehr oder Individualverkehr. Durch die Vernetzung kleiner Erzeugereinheiten für Solar- oder Windstrom können wir die Stromeinspeisung als auch den -verbrauch optimieren und unser Energiesystem fitmachen für die dezentrale CO<sub>2</sub>-neutrale Erzeugung.

Eine vernetzte und digitale Welt braucht jedoch ein gut ausgebautes und schnelles Mobilfunknetz. Hier hinken Bayern und Deutschland den meisten Ländern noch meilenweit hinterher. Statt Skype-Telefonat im Zug ist Funkloch-Hopping angesagt und von einer vernetzten und intelligenten Verkehrssteuerung kann noch lange nicht die Rede sein. Um die ökologischen und gesellschaftlichen Chancen der Digitalisierung voll nutzen zu können brauchen wir endlich ein leistungsfähiges und modernes Mobilfunknetz mit LTE und 5G.



## **A18 Steigerung der akademisierten Pflege in Bayern**

Antragsteller\*in: Andreas Krahl (MdL, KV Garmisch-Partenkirchen)  
Tagesordnungspunkt: 8 Anträge

### **Antragstext**

1 Die drei großen gesellschaftlichen Fragen unserer Zeit sind: wie werden wir in  
2 Zukunft arbeiten, wo werden wir in Zukunft wohnen und wer wird uns in Zukunft  
3 wie pflegen?  
4 Wir alle wollen in Krankheit, Alter und Beeinträchtigung bestens gepflegt werden  
5 und wünschen uns das auch für unsere An- und Zugehörigen. Qualitativ hochwertige  
6 professionelle Pflege richtet sich heute nach neuesten pflegewissenschaftlichen  
7 Erkenntnissen, hat den Erhalt und die Wiedererlangung der  
8 Selbstpflegekompetenzen zum Ziel und geht individuell auf die Bedürfnisse von  
9 Multimorbidität und Menschen mit mehrfachen Einschränkungen ein: professionelle  
10 Pflege steht also in den Diensten unserer Selbstbestimmtheit. Mit unseren  
11 individuellen Ansprüchen und dem medizinisch Machbaren wachsen auch die  
12 Herausforderungen an moderne und evidenzbasierte Pflege: das Beste für die  
13 Patient\*innen, Bewohner\*innen und Klient\*innen.  
14  
15 Dabei steuern wir längst nicht mehr auf einen Pflegemangel zu, wir befinden uns  
16 bereits mitten in einem Pflegenotstand. Die Berufsbilder in der professionellen  
17 Pflege sind unattraktiv (besonders für Menschen mit höherer Bildung), die  
18 Arbeitsbedingungen mehr als verbesserungswürdig und zudem ist die Bezahlung  
19 schlecht.  
20  
21 Daher muss professionelle Pflege auch in Bayern zusätzlich zu den bestehenden  
22 dreijährigen Ausbildungssystem attraktiver werden und sich als eigenständige  
23 Profession behaupten. Mehr berufliche Perspektiven steigern die Attraktivität  
24 der professionellen Pflege und holen sie aus dem Assistenz-Image der Ärzteschaft  
25 heraus. Professionelle Pflege nach neuesten pflegewissenschaftlichen  
26 Erkenntnissen ist essenziell für unser spezialisiertes Gesundheitssystem. Neben  
27 der Verbesserung und Aufwertung der 2- und 3-jährigen Fachausbildung ist das  
28 Etablieren eines Hochschulstudiums unerlässlich.  
29 Die „Konzertierte Aktion Pflege“ hat daher eine Steigerung der  
30 Akademisierungsquote in der professionellen Pflege auf 10% beschlossen. Der  
31 momentane Akademisierungsgrad liegt bei 0,5%. Damit gehören wir auch in Bayern  
32 zu den Schlusslichtern im gesamten europäischen Vergleich.  
33 Studienergebnisse belegen den Zusammenhang von Qualifikation und Pflegequalität,  
34 der Wissenschaftsrat empfiehlt sogar einen Akademisierungsgrad von bis zu 20% in  
35 der Patientenversorgung, nicht in der Verwaltung. Dies wäre ein erster Schritt  
36 in die Richtung einer weltweiten Vergleichbarkeit hinsichtlich des  
37 Stellungswertes der professionellen Pflege und der Qualität der Ausbildung.  
38  
39 Bei der Steigerung der Attraktivität durch eine Erhöhung der  
40 Akademisierungsquote, wollen wir vor allem die Menschen mitnehmen, die in den  
41 Berufsbildern der professionellen Pflege ganz überwiegend arbeiten. Vor allem

42 die Frauen in der Pflege müssen an den angestrebten Verbesserungen partizipieren  
43 und zu den Nutznießerinnen der Neuregelungen gehören. Ihre Belange müssen wir  
44 durch gezielte Förderung in den Fokus nehmen, um den Bereich der  
45 „Besserverdienenden“ nicht wie so oft zur Männerdomäne zu machen.

46  
47 Zur Verbesserung der Qualität der Pflege, zur Steigerung der Attraktivität der  
48 Pflegeberufe für alle professionell Pflegenden und für die Konkurrenzfähigkeit  
49 der Pflege in Bayern im europäischen Vergleich fordern wir deshalb:

- 50 1. Drei universitäre Fakultäten für Pflegewissenschaften in Bayern, deren  
51 Standorte möglichst breit über den Freistaat verteilt sind, um vielen  
52 Studierenden den Zugang zu ermöglichen.
  
- 53 2. Eine auskömmliche finanzielle Unterfütterung der Universitätskliniken, um  
54 den Studierenden der Pflegewissenschaften ebenso herausragende  
55 Ausbildungsbedingungen zu bieten, wie unseren angehenden Ärzt\*innen.
  
- 56 3. Drei universitäre Fakultäten mit angeschlossenen Praxisbereichen  
57 (Universitätskliniken) für Pflegepädagogik, um den Ausbildungsstandard in  
58 allen Berufsbildern der professionellen Pflege zu erhöhen oder  
59 gleichbleibend qualitativ hochwertig zu erhalten.
  
- 60 4. Ein Sofortprogramm zur Schaffung von 1000 Studienplätzen für die Bereiche  
61 Pflegewissenschaft und Pflegepädagogik.
  
- 62 5. Ein Förderprogramm für Pflegewissenschaft an allen Bayerischen Fakultäten  
63 für Pflegestudiengänge aller Ausrichtungen
  
- 64 6. Alle Lehrkrankenhäuser der Medizin in Bayern sollen verpflichtend mit  
65 Stabsstellen der angewandten Pflegewissenschaft ausgestattet werden. Auch  
66 dies dient der Qualität der Ausbildung und stärkt die Profession Pflege  
67 auf allen Ebenen und in allen Berufsbildern.
  
- 68 7. Zur besseren Vernetzung aller professionell Pflegenden in Bayern fordern  
69 wir ein Austauschprogramm für Studierende der Pflegewissenschaften mit den  
70 Fakultäten der Universitäten im Raum der Europäischen Union.
  
- 71 8. Um professionell Pflegenden, die heute bereits auf unseren Stationen  
72 arbeiten, eine Partizipation zu erleichtern fordern wir eine gezielte  
73 Förderung dualer Studienmöglichkeiten, die es auch beispielsweise  
74 Alleinerziehenden ermöglicht, ihre Karriere voran zu treiben.
  
- 75 9. Wir wollen in Bayern interessierten Menschen die Möglichkeit bieten, einen  
76 Master-Abschluss in Advanced-Practice-Nursing zu erringen. Absolvent\*innen  
77 dieses Studienganges sind als hochqualifizierte Fachkräfte in der Lage der  
78 Schlüssel zur Linderung des Pflegenotstandes zu werden: als gemeindliche  
79 Gesundheits- und Krankenpflegerinnen können sie Menschen in nahezu allen  
80 Notlagen unterstützen und sind zudem die Fachleute für  
81 Gesundheitsprävention und ganzheitliche Unterstützung vor Ort.

## **A19 Einrichtung von Rechtsberatungsstellen für Menschen mit geringem Einkommen an allen bayerischen Amtsgerichten**

Antragsteller\*in: Katharina von Platen (KV Weilheim-Schongau)  
Tagesordnungspunkt: 8 Anträge

### **Antragstext**

1 Bündnis 90 / DIE GRÜNEN fordern die Einrichtung von Rechtsberatungsstellen für  
2 Menschen mit geringem Einkommen an allen bayerischen Amtsgerichten. Gleichzeitig  
3 muss dieses Angebot durch eine Informationskampagne allen Betroffenen zugänglich  
4 gemacht werden.

### **Begründung**

Viele Menschen fühlen sich, auch in Bayern, „abgehängt“ und nicht als Teil der Gesellschaft. Einer der Gründe ist der fehlende flächendeckende Zugang zu unserem Rechtssystem.

Armut ist auch in Bayern vor allem ein weibliches Problem. Gerade alleinerziehende Mütter haben oft nur ein geringes Einkommen zur Verfügung und sind daher oft Bezieherinnen von Sozialleistungen. Sei es ein Miet- oder Heizkostenzuschuss, Zuschüsse für Mittagessen in der KiTa oder für Musikunterricht. Nicht immer werden die berechtigten Sozialleistungen reibungslos und in der richtigen Höhe ausbezahlt. Hinzu kommen Probleme mit Arbeitgeber\*innen und Vermieter\*innen. Care-Arbeit wird nach wie vor nicht honoriert mit der Folge, dass auch vor allem Frauen, die lebenslang wegen der Pflege von Angehörigen nur in Teilzeit berufstätig waren, von einer geringen Rente leben müssen. Gerade dann entsteht aber ein erhöhter Beratungsbedarf rund um die Themen Pflege, Vorsorge und Betreuung.

Geld für eine Rechtsschutzversicherung, die die Kosten einer anwaltlichen Beratung oder Vertretung tragen würde, fehlt. Auch das Instrument der Beratungshilfe führt in der Praxis nicht dazu, dass diese Menschen auch qualifizierten Rechtsrat erhalten. Rechtsmittel gegen fehlerhafte Bescheide, Kündigungen oder Sonstiges sind immer fristgebunden. Gleichzeitig ist es schwierig, eine\* passende\*n Rechtsbeistand vor Ort zu finden, die / der wirtschaftlich nicht rentable Beratungshilfemandate auch annehmen kann und will.

Hier sind wir gefordert, diese Menschen zur ermächtigen, sich um die Angelegenheiten des täglichen Lebens zu kümmern und ihnen und ihren Familien die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Vereinzelt gibt es in Bayern in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Anwaltverein e.V. bzw. den örtlichen Anwaltvereinen bereits feste wöchentliche Beratungssprechstunden in den Amtsgerichten Augsburg, Dachau, Ebersberg, München und Wolfratshausen.

Die Ausweitung dieses Angebots ist unbedingt voranzutreiben, um zu gewährleisten, dass in ganz Bayern, in der Stadt und auf dem Land, alle Bürger\*innen, unabhängig von ihrem Wohnort, Bildungsgrad und Einkommen Zugang zu unserem Rechtssystem erhalten. Gleichwertiger Lebensverhältnisse gehören verstärkt in den

## A19 Einrichtung von Rechtsberatungsstellen für Menschen mit geringem Einkommen an allen bayerischen Amtsgerichten

---

Fokus unserer politischen Arbeit. Sie herzustellen fördert das Vertrauen in einen gerechten Rechtsstaat und die Demokratie.

Wir fordern:

1. Einrichtung von Rechtsberatungsstellen an allen Bayerischen Amtsgerichten mit juristisch ausgebildeten Beratungspersonen
2. Groß angelegte Informationskampagne in Ämtern, Beratungsstellen, KiTas, Schulen, (Sport-)Vereinen, öffentlichen Plätzen, sozialen Medien
3. Vernetzung mit den Anwaltvereinen und bereits bestehenden Beratungsstellen wie z.B. Pflegestützpunkte, Schuldnerberatungsstellen der caritativen Träger, Asylsozialberatungsstellen, Frauenhäusern

## **A20 Europa leben - Bodenseeregion grenzüberschreitend gestalten**

Antragsteller\*in: Florian Siekmann MdL (KV München-Stadt)

Tagesordnungspunkt: 8 Anträge

### **Antragstext**

1 Europa und die Europäische Union sind ein Versprechen auf Frieden, Freiheit,  
2 Demokratie, soziale Gerechtigkeit und den Schutz unserer natürlichen  
3 Lebensgrundlagen. Damit Europa dieses Versprechen nach innen wie außen einhalten  
4 kann, müssen seine Mitgliedsstaaten und Regionen stärker als bisher  
5 zusammenwachsen. Grenzregionen können als Katalysator für das Zusammenwachsen  
6 Europas dienen. Hier leben Menschen in unterschiedlichen Staaten und Regionen,  
7 teilweise über Sprachbarrieren hinweg, seit Jahrzehnten neben- und miteinander.  
8 Aus diesem Miteinander hat sich auf lokaler Ebene von persönlichen  
9 Freundschaften bis hin zu Städtepartnerschaften ein vielfältiger Zusammenhalt  
10 über Grenzen hinweg gebildet.

11 Die Bodenseeregion ist eine dieser Grenzregionen, die seit Jahren von einem  
12 starken Miteinander der Menschen geprägt ist. Europa muss dieses Potential  
13 nutzen und zeigen, dass es auch über den Binnenmarkt hinaus das Leben der  
14 Menschen grenzüberschreitend gestalten kann. Nicht nur Waren, sondern vor allem  
15 Menschen passieren die Grenze zwischen Deutschland, Österreich und der Schweiz.  
16 Sie pendeln zur Arbeit, studieren oder absolvieren ihre Ausbildung im  
17 Nachbarland oder pflegen grenzüberschreitende Beziehungen. Sie alle sind dabei  
18 auf grenzüberschreitende Mobilität, gesundheitliche Versorgung und soziale  
19 Einrichtungen wie KiTas und Schulen angewiesen. Hier kann und muss Europa seine  
20 Stärken ausspielen und auf die Bedürfnisse der Menschen reagieren.

21 Ziel der europäischen Integration muss es sein, dass Grenzen nicht als  
22 Hindernis, sondern als Chance für eine intensivere europäische Zusammenarbeit  
23 zum Wohl der Bürger\*innen gesehen werden. Die Grenzregionen bieten die Chance  
24 neue Formen der Zusammenarbeit zu erproben und Europa so langfristig  
25 weiterzuentwickeln. Hier ist sind nicht nur die europäische Ebene und die  
26 beteiligten Staaten, sondern insbesondere der Freistaat Bayern als angrenzende  
27 Region gefordert.

### **28 Grenzenlose Mobilität**

29 Vom Schlagbaum bis zur Reisefreiheit hat Europa einen weiten Weg zurückgelegt.  
30 Während das Auto die meisten Grenzen innerhalb Europas unbemerkt passieren kann,  
31 sind sie im öffentlichen Verkehr nach wie vor spürbar. Die seit langem  
32 geforderte und viel zu spät umgesetzte Elektrifizierung der Strecke zwischen  
33 München und Lindau ist ein Beispiel für den zaghafte Umgang der CSU geführten  
34 Staatsregierungen mit den Chancen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

35 Wir wollen dichtere ÖPNV und Fernverkehrsverbindungen in der Bodenseeregion

36 etablieren. Als Alternative zum Flugverkehr streben wir einen Anschluss der  
37 wichtigen Fernverkehrsverbindungen an ein europäisches Nachtzugnetz an. Auch im  
38 Güterverkehr wollen wir eine deutliche Verlagerung zugunsten der Schiene  
39 erreichen. Das bereits bestehende Bodenseeticket sehen wir als guten  
40 Ausgangspunkt, um den Übergang zwischen unterschiedlichen Verkehrsverbänden und  
41 Tarifsystemen weiter zu verbessern, insbesondere für Pendler\*innen und  
42 Vielfahrer\*innen.

#### 43 **Gesundheit grenzüberschreitend denken**

44 Bereits bestehende Kooperationen im Rettungswesen nehmen wir zum Anlass, die  
45 Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich zu intensivieren. Hierzu zählen  
46 insbesondere verbesserte Abkommen zwischen den Krankenkassen und  
47 Versicherungsträgern der unterschiedlichen Staaten, damit Patient\*innen  
48 möglichst unkompliziert Hilfe zukommt. Unser Ziel ist eine durchgehende  
49 Mobilität von Gesundheitsdienstleistungen, die sich an den Bedürfnissen der  
50 Patient\*innen und nicht an den Gebietsgrenzen der Staaten orientiert.

#### 51 **Klimaschutz gemeinsam voranbringen**

52 Die Klimakrise kennt keine Grenzen. Am Bodensee wird dies besonders deutlich,  
53 hier hat die oberflächennahe Wassertemperatur in den letzten 50 Jahren im Mittel  
54 um rund 1°C zugelegt mit Folgen für das gesamte Ökosystem. Wir müssen die  
55 Klimakrise deshalb in der Bodenseeregion gemeinsam eindämmen. Einen wichtigen  
56 Beitrag liefert ein attraktiver ÖPNV als Alternative zum Auto im  
57 grenzüberschreitenden Verkehr. Darüber hinaus müssen lokale und nachhaltige  
58 Wirtschaftskreisläufe auch grenzüberschreitend Wirkung entfalten. Im Bereich der  
59 Wirtschaftsförderung und Innovation muss der Erhalt unserer natürlichen  
60 Lebensgrundlagen zum Kernziel werden.

#### 61 **Territoriale Zusammenarbeit stärken**

62 Damit grenzüberschreitende Zusammenarbeit gelingt, braucht es eine rege  
63 Beteiligung und Bereitschaft aller Akteure. Wir werden uns aktiv in die  
64 Gestaltung der Bodenseeregion einbringen und als zweitstärkste Kraft im  
65 Freistaat Bayern Verantwortung für deren nachhaltige Entwicklung zum Wohl der  
66 Bürger\*innen übernehmen. Ein zentrales Instrument ist für uns die Zusammenarbeit  
67 in der Internationalen Parlamentarischen Bodenseekonferenz (IPBK).

68 Im Rahmen der kommenden Förderperiode der EU-Regionalpolitik setzen wir uns für  
69 eine Aufstockung des Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und insbesondere des  
70 Förderbereichs der territorialen Zusammenarbeit ein. Die Ziele der Förderung  
71 sollen noch stärker als bisher auf die Bedürfnisse der Menschen und den Erhalt  
72 unserer natürlichen Lebensgrundlagen ausgerichtet werden.

## **A21 Gemeinsam gegen den Hass**

Gremium: LAG Demokratie und Recht, LAG  
Gesundheit und Soziales  
Beschlussdatum: 18.05.2019  
Tagesordnungspunkt: 8 Anträge

### **Antragstext**

- 1 Die LDK bittet den Landesvorstand:
- 2 1. in der Landesgeschäftsstelle eine Stelle zu schaffen zur Beratung und  
3 Betreuung von (ehrenamtlichen) GRÜNEN, die von Shitstorms, Bedrohung, Sexismus  
4 und/oder Rassismus angegriffen sind und
- 5 2. sich in den Gremien des Bundesverbandes dafür einzusetzen, dass in der  
6 Bundesgeschäftsstelle ebenfalls eine derartige Stelle geschaffen wird und den  
7 entsprechenden hessischen Antrag zu unterstützen.

### **Begründung**

Die Landesmitgliederversammlung des Landesverbandes BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN Hessen hat am 19. Juni 2018 den Beschluss „Gemeinsam gegen den Hass“ gefasst. Hier heißt es: „Unsere Grüne Politik ist ein Bollwerk gegen den Faschismus. Ausgrenzung, Diskriminierung und Verfolgung entgegenen wir Solidarität, Menschlichkeit und Rechtsstaatlichkeit. Unser Engagement in den Parlamenten, auf der Straße und den sozialen Netzwerken macht uns zum Lieblingsfeind rechtsextremer Bewegungen. Immer wieder schlägt uns, Ehrenamtlichen wie Hauptamtlichen, deswegen der geballte Hass entgegen. Immer wieder sind wir konfrontiert mit rechter Gewalt, Drohungen, Beleidigungen und Verleumdungen. So sehr diese Angriffe ein erbärmliches Armutszeugnis für die Täter\*innen und ihre menschenverachtende Ideologie sind, so sehr es beweist, dass unser leidenschaftlicher Einsatz wirkt, so sehr gehen mit den Angriffen extreme psychische und physische Belastungen für die Betroffenen einher. Mit allen Betroffenen erklären wir uns solidarisch. Wir stehen gemeinsam gegen den Hass. Die Hetze zerschellt an unserem Zusammenhalt.“

Warme Worte allein reichen nicht. Wir wollen Betroffenen in Notlagen noch besser helfen. Darum setzt sich der Landesverband beim Bundesverband dafür ein, dass eine hauptamtliche Stelle in der Bundesgeschäftsstelle fürpsychologische und juristische Unterstützung für Opfer rechter Gewalt geschaffen wird. Diese Stelle soll dazu dienen, dass Betroffene in Akutsituationen schnelle Hilfe bekommen, um sich selbst und ihre Familie zu schützen und alle notwendigen rechtlichen und sonstigen Schrittegegen rechte Gewalt und Hass im Netz und im realen Leben vornehmen zukönnen.“

(Quelle:<https://www.gruene-hessen.de/partei/beschluss/gemeinsam-gegen-den-hass/>)

Wir wollen diese Initiative auf Bundesebene unterstützen. Doch reicht das nicht aus, daher schaffen wir auch auf Landesebene eine solche Stelle. 2018 ist unser Landesverband Bayern um mehr als 24 % gewachsen. Im

Februar 2019 haben wir die 12.000 Mitglieder-Marke geknackt und gehören zu den größten Landesverbänden unserer Partei. Gleichzeitig wächst aber auch der Hass, der uns entgegenschlägt. So heißt es im Lagebild Rechtsextremismus der Grünen Landtagsfraktion: „Im vergangenen Jahr ereigneten sich jeden Tag statistisch gesehen fünf rechtsextremistisch motivierte Straftaten in Bayern. (...) In der Untergruppe der Straftaten der so genannten Hasskriminalität, bei denen das Motiv konkret der rechtsradikale Hass gegen andere Menschen ist, haben die Fallzahlen im Vergleich zum Vorjahr zugenommen.“

(Quelle:<https://www.gruene-fraktion-bayern.de/themen/gegen-rechtsextremismus/2019/lagebild-rechtsextremismus/>).

Wir erleben jeden Tag Hasskommentare, Beleidigungen und Fake News. In besonders schlimmen Fällen richtet sich der Shitstorm gegen einzelne Personen, die sich für unsere Demokratie und für Grüne Politik einsetzen. Einige Mitglieder unseres Landesverbandes, insbesondere junge Frauen, mussten diese Erfahrung im letzten Landtagswahlkampf machen. Die Angst vor Angriffen im Netz und im realen Leben hält Menschen davon ab, sich offen gegen rechts zu positionieren und sich politisch zu engagieren. Dieser Angst lässt sich dadurch entgegenwirken, dass engagierte Mitglieder unserer Partei eine Stelle haben, an die sie sich wenden können, sollte der Notfall eintreten. Sie werden von ihrem Landesverband, für den sie sich engagieren, nicht im Stich gelassen. Die Stelle soll zum einen für akute Notfälle, insbesondere für vom Shitstorm betroffene Einzelpersonen, da sein und koordinierend eingreifen können, aber auch juristisch und psychologisch unterstützen. Zum anderen soll diese Stelle aber auch aktuelle Strategien entwickeln und Workshops zu häufig vorkommenden Problemen und auftretenden Fragestellungen entwickeln, die dann in einer Art Schneeball-System gerade auch in kleinere Kreisverbände weitergetragen werden können. Themen für solche Workshops könnten beispielsweise sein: „Wie stoppen wir Fake News, die unseren Kreisverband betreffen, effektiv?“, „Was tun bei Störer\*innen auf Veranstaltungen?“. Außerdem wäre die Erstellung eines regelmäßigen Newsletters zu neuen Strategien, Erkenntnissen sowie aktuell auftretenden Angriffen wünschenswert, um einen direkten Kommunikationsweg zwischen dem Landesverband und den Kreisverbänden zu schaffen, der sich explizit diesem Themenkomplex widmet.

Wir stellen uns gemeinsam gegen den Hass.



## **A22 Das unerträgliche Leid der Tiere bei Transporten beenden**

Antragsteller\*in: Marie-Luise Thierauf (KV Berchtesgadener  
Land)  
Tagesordnungspunkt: 8 Anträge

### **Antragstext**

1 Wir Grüne fordern, das Leid der Tiere bei Tiertransporten zu beenden. Die  
2 derzeitigen tierschutzwidrigen Umstände bei Tiertransporten im In- und Ausland  
3 und insbesondere bei Langstreckentransporten in Drittstaaten sind nicht weiter  
4 hinnehmbar.

5 In jüngster Zeit hat sich daher eine zunehmende Anzahl an Amtsveterinär\*innen  
6 geweigert, Transportgenehmigungen bzw. Vorzeugnisse für Tiertransporte in  
7 Drittstaaten auszustellen, da sie die begründete Befürchtung sahen, dass die  
8 Vorgaben der EU-Tiertransportverordnung nicht während des gesamten Transports  
9 eingehalten oder die Tiere im Drittstaat unter tierschutzwidrigen Bedingungen  
10 geschlachtet werden.

11 Um den Tierschutz beim Transport zu verbessern, bedarf es wirkungsvoller  
12 konkreter Maßnahmen. Auf Landesebene setzen wir uns ein für:

13 1. einen Erlass des bayerischen Landwirtschaftsministeriums (nach  
14 dem Vorbild Sachsen-Anhalts), der die Veterinärbehörden anweist, eine Art.  
15 14 Genehmigung zum Transport oder ein Vorzeugnis dazu nur dann zu  
16 erteilen, wenn bei Langstreckentransporten die Existenz und Ausstattung  
17 der angegebenen Versorgungsstellen bzw. der nach Unionsrecht  
18 gleichwertigen Stellen nachgewiesen worden sind und zwar durch eine in  
19 englischer Sprache abgefasste Bescheinigung der am Ort der  
20 Versorgungsstelle zuständigen Behörde. Dieser Erlass muss auch konkret  
21 regeln, wie der Nachweis auszusehen hat bzw. wie genau die Prüfung des  
22 Transports durch die Amtsveterinärin oder den Amtsveterinär zu erfolgen  
23 hat (in Form einer Arbeitsanweisung)

24 2. die Förderung der mobilen Schlachtung

25 3. die Einrichtung einer zentralen staatlichen bayerischen  
26 Prüfbehörde zur Plausibilitätsprüfung nach Art. 14 VO (EG) 1/2005

27 4. Die Einrichtung mehrerer dezentraler Notversorgungsstellen in Bayern, wo  
28 Tiere bei Feststellung von Verstößen erforderlichenfalls  
29 untergebracht werden können und eine entsprechende Abstimmung von Bayern

30 mit umliegenden Bundesländern

31 5. eine strenge Überprüfung der Einhaltung der VO (EG) 561/2006 („Lenk- und  
32 RuhezeitenVO“)

33 6. eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung der Veterinärämter

34 7. Gemeinsame Schulungen von Amtsveterinären, Polizei und zuständigen  
35 Staatsanwälten im Bereich Tiertransporte (sog. Taskforces)

36 Diese Maßnahmen werden dazu beitragen, die Situation der Tiere beim Transport zu  
37 verbessern. Ferner brauchen wir weitere tiefgreifender Maßnahmen auf Bundes- und  
38 europäischer Ebene. Langfristig ist es erforderlich, die Agrarwende einzuleiten  
39 und regionale landwirtschaftliche Strukturen zu fördern, um die Zahl der  
40 Tiertransporte insgesamt deutlich zu reduzieren.

### **Begründung**

Täglich werden allein in Deutschland im Schnitt 3,6 Millionen Tiere transportiert. Die Transportzahlen sind steigend. Im Jahr 2016 exportierte Deutschland rund 350 Millionen lebende Tiere in andere EU-Länder und importierte 216 Millionen Tiere aus anderen EU-Mitgliedsstaaten. Innerhalb der Europäischen Union werden jährlich 1,4 Milliarden Tiere transportiert.

Bei Tiertransporten in wirtschaftlicher Absicht innerhalb der EU und (laut Urteil des Europäischen Gerichtshofes in der Rechtssache C-424/13) auch bei Transporten aus der Europäischen Union bis zum ersten Entladeort im Bestimmungsdrittland ist die Tiertransport-Verordnung (VO (EG) Nr. 1/2005) anwendbar, die einen gewissen, wenn auch unzureichenden, Tierschutzstandard bietet. Für Deutschland werden diese EU-Vorgaben in der Tierschutztransportverordnung (TierSchTrV) konkretisiert. Die Vorgaben der EU-Tiertransportverordnung sind an vielen Stellen ungenügend und bieten oft einigen Auslegungsspielraum. So gibt es beispielsweise keine absolute Höchstgrenze für die Transportdauer und Tiere können unter bestimmten Bedingungen endlos lange transportiert werden.

Wir fordern daher auf Bundesebene die Überarbeitung der TierSchTrV und eine Begrenzung der innerdeutschen Transporte auf max. 4 Stunden (zzgl. 2 Stunden Ver- und Entladezeit) sowie die Aufnahme von Bußgeldvorschriften in die TierSchTrV, um Verstöße effektiver ahnden zu können.

Auf europäischer Ebene fordern wir die Überarbeitung der VO (EG) Nr. 1/2005. Es müssen strengere Regelungen insbesondere hinsichtlich der zulässigen Ladedichten, Transportdauer, Temperatur sowie hinsichtlich der Zulassung und Ausstattung der Transportmittel geschaffen werden. Die VO (EG) Nr. 1/2005 muss durchgehend präzise und vollstreckbare Regelungen enthalten, die keinen Auslegungsspielraum lassen. Des Weiteren muss die maximale Transportdauer auf 8 Stunden (incl. Ver- und Entladezeit) begrenzt werden.

Auch der Transport nicht entwöhnter Tiere ist ein großes Problem. Oft werden wenige Wochen alte Kälber

transportiert, die zuvor am Euter der Mutterkuh oder am Gummipippen einer Kübeltränke gesaugt haben. Im LKW finden sie Nippel aus Metall vor. Diese werden von den meisten Kälbern nicht als Tränke erkannt, an denen sie saugen können. Zudem wird daraus nur kaltes Wasser, aber keine Milch oder Milchersatz („Austauscher“) angeboten. In der Folge leiden die Kälber Durst, einige sterben sogar an Austrocknung. Deshalb muss der Transport nicht entwöhnter Tiere verboten werden.

Ein großer Teil aller männlichen Kälber wird exportiert (Baden-Württemberg exportiert z. B. 75 Prozent). Grund hierfür ist die Milchviehwirtschaft. Ein männliches Kalb ist für einen Milchviehbetrieb nicht mehr als ein Abfallprodukt, das Geld kostet. Das Kalb einer Milchviehrasse ist nicht so kräftig wie das einer Kuh, die zur Fleischproduktion gezüchtet wurde, und ist zur Mast daher weniger geeignet. Da die Aufzucht eines Kalbes für den Bauern mehr Geld kostet als das Tier einbringen würde, werden die Kälber in der Regel verkauft, meist ins Ausland.

Weiterhin besteht ein Vollzugsdefizit im Bereich der Tiertransportregelungen. Es wird zu wenig und nicht effektiv genug kontrolliert. Daneben reichen die zu erwartenden Strafen bei Weitem nicht aus, um eine abschreckende Wirkung zu entfalten.

Es bedarf daher auf Bundesebene der Implementierung eines bundeseinheitlichen, systematischen Kontrollsystems mit wirksamen bundeseinheitlichen Sanktionen.

Auch auf europäischer Ebene muss ein für alle Mitgliedstaaten obligates und wirksames risikobasiertes Kontrollsystem (für Transporte auf dem Land- sowie dem Seeweg) erarbeitet werden, das ein vergleichbares Niveau innerhalb der EU hinsichtlich Kontrolldichte und Sanktionen gewährleistet.

Wird bei einer Kontrolle ein Verstoß festgestellt, darf der LKW in der Regel weiterfahren, da häufig keine Möglichkeit besteht, die Tiere in der Nähe abzuladen. Daher muß deutschland- und europaweit eine ausreichende Anzahl an Notversorgungsstellen eingerichtet werden, wo die Tiere, sofern eine Behandlung oder Futter- und Tränkeversorgung notwendig ist, untergebracht werden können. Diese Notversorgungsstellen könnten in leerstehenden Stallungen entlang von Autobahnen eingerichtet werden.

Besonders erschreckend sind die Zustände bei Transporten über die EU-Grenzen hinweg.

Die EU-Mitgliedsstaaten transportieren jährlich 238 Millionen lebende Tiere in Drittstaaten. Die Tiere werden oft tausende Kilometer weit tagelang über die Straße oder den Seeweg transportiert, oft ohne Pause und ausreichende Wasserversorgung. Gerade in den Sommermonaten versterben zahlreiche Tiere bereits beim Transport. Da es auf den Routen oft keine oder unzureichend ausgestattete und (amtlich) zugelassene Versorgungsstationen („Kontrollstellen“) gibt, werden die nach europäischen Recht vorgeschriebenen 24-stündigen Ruhepausen häufig nicht eingehalten und die Tiere verbleiben während der Zeit auf dem LKW, wo ein Tränken und Füttern meist nicht möglich ist.

Wir fordern deshalb, dass Deutschland die bestehenden bilateralen Abkommen zu Lebendtiertransporten in Drittstaaten auflöst und keine neuen Abkommen schließt. Ein entsprechendes Verbot von Lebendtiertransporten in Drittstaaten brauchen wir auch auf EU-Ebene.

Der Export ins EU-Ausland erfolgt zum Teil zur Weitermast oder zur Schlachtung, zum Teil auch zur Zucht, mit dem Ziel, eine Tierpopulation in dem Drittstaat aufzubauen. Aus Deutschland werden ca. 81.000 als Zuchttiere deklarierte Tiere in Drittstaaten außerhalb Europas transportiert. Diese Zuchttiertransporte sind kritisch zu hinterfragen. Oft werden über Jahre hinweg Tiere angeblich zum Zwecke der Zucht in die Empfängerländer transportiert, ohne, dass dort ein Herdenaufbau nachgewiesen wird. Zudem sind die hiesigen sogenannten „Nutztierassen“ Hochleistungszüchtungen, die aufgrund klimatischer und anderer Umstände überhaupt nicht für den Aufbau einer Herde in diesen Ländern geeignet sind.

Bei einem Transport aus der EU in einen Drittstaat muss der Amtsveterinär des jeweiligen exportierenden EU-Landes prüfen, ob die Vorschriften der EU-Transportverordnung auf dem gesamten Transport eingehalten werden. Ist dies nicht gewährleistet, darf keine Transportgenehmigung bzw. auch kein Vorzeugnis dazu ausgestellt werden. Vor diesem Hintergrund haben sich in letzter Zeit Amtsveterinär\*innen in vielen Bundesländern zunehmend geweigert, Genehmigungen bzw. Vorzeugnisse für Langstreckentransporte in Drittländer auszustellen. Zum einen sahen sie es als nicht gewährleistet, dass während des Transports die Vorgaben der EU-Tiertransportverordnung eingehalten werden. Zum anderen sahen die Veterinär\*innen die begründete Befürchtung, dass die Tiere in den Drittstaaten unter tierschutzwidrigen Bedingungen geschlachtet werden. Nach Berichten von Journalisten, Tierschutz- und Tierrechtsorganisationen sind in vielen Ländern erschreckende Praktiken wie Durchtrennen der Achillessehnen und Ausstechen der Augen vor der Schlachtung an der Tagesordnung. In zahlreichen Ländern ist das Schächten ohne Betäubung des Tieres die gängige Schlachtmethode. Stellt eine Amtsveterinärin oder ein Amtsveterinär die Genehmigung bzw. ein Vorzeugnis für einen Tiertransport in einen Drittstaat aus, obwohl nicht gewährleistet ist, dass während des gesamten Transports sowie bei der Schlachtung bzw. den Vorbereitungshandlungen dazu geltende Tierschutzvorschriften der Europäischen Union eingehalten werden, können die Veterinär\*innen straf- sowie beamtenrechtliche Sanktionen erwarten. Um die Situation der zuständigen Amtstierärzt\*innen auf rechtssicheren Boden zu stellen, müssen die Bundesländer entsprechende Erlasse mit ermessensleitenden Vorgaben für die Veterinärbehörden herausgeben, wie dies beispielsweise schon in Sachsen-Anhalt (Runderlass des sachsen-anhaltischen Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft und Energie (MULE) vom 22. 5. 2019, Az. 75.3-42500/2.1.13) geschehen ist. Wir halten auch in Bayern einen solchen Erlass für notwendig.

## **A23 Kultur ins Grüne Grundsatzprogramm**

Antragsteller\*in: Erhard Grundl (KV Straubing-Bogen),  
Susanne Kurz (KV München-Stadt), Claudia  
Roth (KV Augsburg-Stadt), Sarah  
Hegenbart (KV München-Stadt), Paul  
Bauernschmid (KV München-Stadt)

Tagesordnungspunkt: 8 Anträge

### **Antragstext**

- 1 Kultur ist die Grundlage menschlichen Zusammenlebens und elementarer Bestandteil
- 2 der grünen politischen Idee.
  
- 3 Wir GRÜNE in Bayern fordern darum: Kultur muss im neuen grünen Grundsatzprogramm
- 4 einen gebührenden Stellenwert einnehmen. Die umfassende Bedeutung von Kultur als
- 5 Teil der grünen Identifikation gehört in die Präambel und in den Werteteil des
- 6 Grundsatzprogramms.
  
- 7 Kultur ist frei.
  
- 8 Kultur ist ein gemeinsames Gut und kulturelle Teilhabe ein Menschenrecht.
  
- 9 Kultur ist innovativ und vielfältig.
  
- 10 Kultur fördert nachhaltige Entwicklungen.
  
- 11 Kultur ist durch ihren kreativen und experimentellen Charakter Teil der
- 12 Demokratie.
  
- 13 Kultur wirkt auf regionaler und globaler Ebene identitätsstiftend und erneuernd.
  
- 14 Kultur baut Brücken.
  
- 15 Kultur überwindet Grenzen.
  
- 16 Kulturschaffende und Künstler\*innen müssen angemessen entlohnt werden.

### **Begründung**

#### **Kultur als Menschenrecht**

Kultur ist gemeinsames Gut und kulturelle Teilhabe ein allgemeines Menschenrecht. Um dieses Gut zu bewahren und neu zu bereichern, bedarf es der Aktivitäten öffentlicher Institutionen genauso wie des privaten Engagements. Kulturelle Bildung soll alle Menschen in unserer Gesellschaft erreichen. Kulturelle Teilhabe muss niedrigschwellig zugänglich sein und sich an der Frage orientieren, was ein Individuum benötigt, um kulturell teilhaben zu können. Kulturelle Teilhabe kann zukünftig auch mit der fortschreitenden Digitalisierung ermöglicht werden.

### **Vielfalt der Kulturen**

Unsere Kulturpolitik präsentiert sich zentral und dezentral, partizipatorisch und transparent. Widersprüche sind in der Kultur kein störendes, sondern ein belebendes Element. Wir stehen für eine vielfältige Kultur. Um sie zu stärken, empfehlen wir eine Kulturförderung, die sich auf Innovation, Teilhabe und Qualität konzentriert. Doch muss Kultur keinen Zweck erfüllen, denn Kunst und Kreativität sind frei.

Sparzwänge führen im kulturellen Bereich auch zu falschen Konzentrationsprozessen. Kultur muss in der Fläche erhalten bleiben. Regionale oder soziale Gefälle bezüglich der kulturellen Teilhabe dürfen keinen Bestand haben.

### **Kultur und Nachhaltigkeit**

Kultur und Kreativität sind erneuerbare Ressourcen der Gesellschaft. Kulturarbeit kann dazu beitragen, nachhaltige Wirtschaftsformen kreativ zu entwickeln - Kunst ist nachhaltige Wissenschaft und Forschung. Grüne Kulturpolitik ist eine Politik der Nachhaltigkeit.

### **Kultur, Demokratie und Werte**

Kultur hat mit ihrem kreativen Potenzial eine demokratische Funktion. Dazu muss sie riskant und experimentell sein dürfen. Kultur ist ein empathischer Begegnungsraum, der Grenzen sprengt bzw. keine Grenzen kennt. Politik verodet, wenn sie nicht konfrontiert wird mit dem, was über die vermeintlichen Grenzen hinausweist, innerhalb derer sie sich bewegt. Politik braucht die Erfahrung von Grenzüberschreitung, die Kultur schaffen kann. Kulturpolitik muss gerade auch das stärken, was scheitern kann und darf.

Kultureller Wandel ist immer auch ein Wertewandel. Kultur ist identitätsstiftend für Regionen und das Globale. Die kulturelle Vielfalt hat die Kraft, die Erneuerung beispielsweise der europäischen Gemeinschaft zu bewirken. Gleiches gilt für die internationale Gemeinschaft. Kultur schafft Brücken zwischen den Generationen, unterschiedlichen Gesellschaften und sozialen Gruppen. Sie setzt auf Produktionen und Interaktionen, die in der Lage sind, bestehende Distanzen und Fremdheiten aufzugreifen, diese in vielfältigen, kommunikativen Ausformungen zu bearbeiten und neue Blickweisen aufscheinen zu lassen.

### **Grüne Kulturpolitik**

Unsere Kulturpolitik will den einzelnen Menschen in die Lage versetzen, seine Zukunft und die der Gesellschaft aktiv und kreativ mitgestalten zu können. Dafür wollen wir eine vielfältige Kulturlandschaft mit angemessenen Rahmenbedingungen zukunftssicher aufstellen. Sie soll dazu anregen, Menschen, Situationen und Objekte aus verschiedenen Blickwinkeln zu erleben und auf Entwicklungen Einfluss zu nehmen. Zivilgesellschaftliche Strukturen müssen dabei gefördert werden.

Diese Kulturpolitik lässt sich von den Ideen des Humanismus, der Freiheit und der Nachhaltigkeit leiten. Unsere Kulturangebote fördern mehrdimensionales Wahrnehmen, Erkennen, Analysieren, Hinterfragen und die eigene Kreativität. Damit können sie die Verbesserung unserer Lebensqualität erreichen und durch sinnlich-

ästhetische Erfahrungen die emotionale Verankerung geistig-wissenschaftlicher Erkenntnisse ermöglichen. Eine werteorientierte Kulturpolitik unterstützt uns bei der Bewältigung der vielen großen Herausforderungen unserer Zeit. Sie führt zu einer Stärkung unseres demokratischen Zusammenlebens und sie ist Teil der aktuell notwendigen Fortschreibung der Aufklärung. Gegenwärtig, im Zeitalter des Anthropozäns, hat der Mensch mit seiner Kultur, als die Natur maßgeblich beeinflussender Faktor, eine besondere Verantwortung.

## **A24 FRAUEN\*.WAHL.KAMPF.**

Gremium: OV Fürstenfeldbruck  
Beschlussdatum: 19.09.2019  
Tagesordnungspunkt: 8 Anträge

### **Antragstext**

1 **Für mehr Frauen\* und Diversität in kommunalpolitischen Ämtern.**

2 **Für mehr Sichtbarkeit und Solidarität.**

3 **Für die Umsetzung unserer Verfassungsrechte.**

4 Weil alle Frauen\* von Diskriminierung betroffen sind, brauchen wir ein klares  
5 Zeichen für die Solidarisierung mit und unter allen Frauen\*. Wir müssen für  
6 Sichtbarkeit sorgen und die Probleme öffentlichkeitswirksam thematisieren.  
7 Bestehende Hürden können nur abgebaut werden, wenn die Bevölkerung sich dieser  
8 bewusst wird.

9 Lasst uns daher unsere Stimme erheben. Laut und bestimmt. Nachdrücklich und  
10 leidenschaftlich. Lasst uns mit gemeinsamen Aktionen auf die Straße gehen - in  
11 ganz Bayern - und für die faktische Umsetzung unserer Rechte kämpfen.

12 **Zu diesem Zweck rufen wir auf:**

13 **Zum bayernweiten Aktionstag „Frauen\*.Wahl.Kampf.“**

14 **am 8. März 2020**

15 \*\*\*\*\*

16 **Frauen\*.Wahl.Kampf.**

17 **Wofür kämpfen wir?**

18 Längst ist Feminismus als Haltung im politischen Mainstream angekommen und doch  
19 erleben wir gleichzeitig einen hochgefährlichen Backlash.

20 Die Anteile von Frauen\* in politischen Ämtern sind erschreckend gering. Vor  
21 allem in unseren Kommunen und deren Gremien haben Frauen bislang nur rein  
22 theoretisch die Hälfte der Macht. Faktisch sind hundert Jahre nach der



23 Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland die Anteile von Frauen in  
24 politischen Ämtern wieder sinkend. Die Quote liegt nun weit unter dem  
25 Bundesdurchschnitt. Nicht einmal jedes zehnte Rathaus wird von einer Frau  
26 geleitet. 8,5 Prozent der berufsmäßigen und 10 Prozent der ehrenamtlichen  
27 Bürgermeister\*innenämter besetzen Frauen. Noch weniger Frauen haben auf  
28 Landkreisebene das Sagen. Es gibt gerade einmal fünf Landrätinnen, hingegen 66  
29 Landräte. (Stand Juli 2018, Quelle:BR)

30 Die kommunalen Gremien sind damit kein Abbild unserer Gesellschaft, hier  
31 herrscht faktisch Männerpolitik. Diese geringe Frauen\*beteiligung bringt eine  
32 Ungleichheit, die die gesamte politische Landschaft der Kommunen prägt. Sie geht  
33 in männlich dominierte Vorschriften über und mündet in einer diversitätsarmen  
34 Gestaltung des gesellschaftlichen Miteinanders. Schlussendlich gehen die Frauen\*  
35 und ihre Rechte unter. Es gilt, diesen Teufelskreis zu durchbrechen. Wir dürfen  
36 nicht weiter zurückfallen und bereits Erreichtes aufs Spiel setzen.

37 **Wir GRÜNE fordern daher:**

- 38 • einen Stopp der strukturellen Benachteiligung und Diskriminierung von  
39 Frauen\* in der Politik
  
- 40 • kommunalpolitische Vertretungen, die die ganze Gesellschaft abbilden

41 **Hürden erkennen und sichtbar machen.**

42 Selbstredend ist das Interesse an Politik bei Frauen\* wie Männern gleich hoch.  
43 Doch selbst wir GRÜNEN, die wir den Einsatz für Frauen\*rechte und  
44 Gleichberechtigung in unserer DNA tragen, tun uns nicht immer leicht darin, die  
45 aussichtsreichen Listenplätze paritätisch voll besetzen zu können. Denn auch wir  
46 merken, dass Frauen\* zögerlicher zu Listenplätzen Ja sagen und um diese kämpfen  
47 und das Frauenstatut nicht immer eingehalten wird.

48 **Wir müssen uns daher** diesem faktisch bestehenden demokratischen Missstand  
49 annehmen, die Gründe beleuchten und ausmerzen. Wenn nicht wir, wer dann? Wann  
50 wenn nicht jetzt?

51 **Empowerment und Solidarität.**

52 Wir müssen die Frauen\* auf den Listen ebenso unterstützen, wie diejenigen, die  
53 den Wahlkampf im Hintergrund gestalten – und vor allem diejenigen, die gerade  
54 noch am Anfang stehen.

55 **Hierfür fordern wir:**

- 56 • mehr Unterstützung an der Basis und gezielte Förderprogramme
  
- 57 • intensiveren und überregionalen Austausch von (ehrenamtlichen)  
58 Mandatsträger\*innen

- 59       • gezieltere Vernetzung mit allen Frauen\*

60       **Gleicher Zugang für alle.**

61 Die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern ist immer auch eine soziale Frage.  
62 Frauen verdienen im Schnitt 22 Prozent weniger als Männer. Sie sind stärker von  
63 Altersarmut betroffen, arbeiten häufig in unterbezahlten sozialen Berufen wie  
64 der Pflege und leisten unbezahlte familiäre Sorgearbeit. Damit wir das ändern  
65 können, brauchen wir die Perspektiven und diese müssen bereits auf kommunaler  
66 Ebene geschaffen werden. Gleichsam stellen diese Ausgangslagen Hindernisse für  
67 den Zugang zu politischen Ämtern dar. Frauen\* nehmen immer noch mehr  
68 Verantwortung in der Familie wahr als Männer. Die Versorgung mit  
69 Kinderbetreuungen bspw. sind jedoch häufig schlecht. Frauen\* werden damit  
70 stärker daran gehindert, sich etwa bei politischen Stammtischen oder  
71 Gemeinderatssitzungen einzubringen.

72       **Das muss sich ändern!** Familie und Mandat müssen für alle gleichermaßen vereinbar  
73 sein. Sie darf ebenso wenig wie Herkunft oder Bildung ein Grund für Bevorzugung  
74 oder Benachteiligung sein. Denn das Private ist politisch und das Politische ist  
75 privat.

76       **Wir fordern:**

77 Die Ausgestaltung der politischen Arbeit muss flexibler werden, um den Zugang  
78 allen gleichermaßen zu gewähren.

79       **Gleichwertige Politik.**

80 Immer wieder erleben wir, dass Frauen\*beiträge in der Politik verfälscht,  
81 abgeschwächt oder reduziert wahrgenommen und wiedergegeben werden. Themen, mit  
82 denen Frauen häufig zu tun haben, werden in der männerdominierten Politik häufig  
83 als unwichtiger erachtet.

84       **Wir brauchen folgende Veränderung:**

85 Zum einen muss die Unterscheidung politischer Inhalte zwischen angeblichen  
86 Frauen\*- und Männerthemen endlich aufhören. Zum anderen muss die hierarchisch  
87 bewertende Unterscheidung zwischen „harten“ Themen wie Straßenbau und „weichen“  
88 sozialen Themen stark hinterfragt werden. Es bedarf beider, egal von wem, ob von  
89 Frau\* oder Mann.

90       **Sachorientierte Debattenkultur.**

91 Schluss mit Sexismus, Machoismus und verbaler Gewalt! Persönliche Angriffe,  
92 Reduzierung auf Klischees und sexistischer Umgang, wie wir sie allzu häufig in  
93 wie außerhalb von Kommunalparlamenten vorfinden, betreffen besonders häufig  
94 Frauen\*.

95       **Wir fordern:**

- 96 • das muss aufhören!
- 97 • eine breite und laute innerparteiliche wie öffentliche Debatte über diese  
98 strukturellen Probleme
- 99 • konkrete, effektive Maßnahmen dagegen und die Verbreitung dieser bis an  
100 die unterste Basis
- 101 • eine Politik der Themen, Inhalte und eine sachorientierte Debattenkultur

102 Wir müssen erkennen, dass Frauen\* gerade auch als Folge von Sexismuserfahrungen  
103 immer noch häufiger Unsicherheiten in Bezug auf Auftreten oder der Sprache  
104 verspüren als Männer. Das hindert sie erheblich stärker daran, sich auf  
105 Machtpositionen wählen zu lassen.

106 **Wir sagen:**

107 Schluss mit einer Politik, die von Frauen\* fordert, die besseren Männer sein zu  
108 müssen. Jede Frau\* muss politischer Betätigung ungehindert und ohne Angst  
109 nachkommen können. Jede Frau muss sich selbst treu bleiben dürfen.

110 **Wir sind der Meinung:**

- 111 • verbindlichen Quoten sind auch kommunal denkbar
- 112 • ein friedliches Miteinander kann nur aus einer gleichberechtigten  
113 Gesellschaft wachsen
- 114 • eine demokratische Gesellschaft bedarf der Gleichwertigkeit aller in der  
115 Politik

116 **Wir fordern:**

- 117 • auch den Landesvorstand auf, sich diesen bestehenden Problemen weiterhin  
118 und noch intensiver anzunehmen und die Entwicklung landesweit  
119 übergreifender Konzepte und Maßnahmen hiergegen bis in die unterste Basis  
120 hinein weiter zu fördern und auszubauen
- 121 • ALLE GRÜNEN auf, das Frauenstatut konsequenter zu leben

122 **Antragsverfasserin:** Johanna Mellentin (Rückfragen an: [johanna@mellent.in](mailto:johanna@mellent.in))

123 **Unterstützer\*innenliste:**

124 Nele Utermöhlen, KV München

- 125 Christine Ganzhorn, KV Fürstenfeldbruck
- 126 Karin Frank, KV Fürstenfeldbruck
- 127 Jutta Beuke, KV Landsberg am Lech
- 128 Barbara Helmers, KV Fürstenfeldbruck
- 129 Martina Neubauer, KV Starnberg
- 130 Ilse Baumgarten, KV Landsberg am Lech
- 131 Franziska Emmerling, KV Landsberg am Lech
- 132 Judith Bogner, KV Mühldorf
- 133 Gina Merkl, KV Fürstenfeldbruck
- 134 Heike v. Dahlern, KV Landsberg am Lech
- 135 Heidi Reiser, KV Landsberg am Lech
- 136 Daniela Groß, KV Landsberg am Lech
- 137 Kathrin Durach, KV Fürstenfeldbruck
- 138 Karin Geißler, KV Fürstenfeldbruck
- 139 Judith Schacherl, KV Fürstenfeldbruck
- 140 Sigrid Hofmann, KV Fürstenfeldbruck
- 141 Jan Halbauer, KV Fürstenfeldbruck
- 142 Thomas Schöttker-Königer, KV Fürstenfeldbruck
- 143 Andreas Birzele, KV Fürstenfeldbruck
- 144 Richard Olma, KV Fürstenfeldbruck
- 145 Matthias Weiss, KV Fürstenfeldbruck
- 146 Oliver Haas, KV München

147 Rolf Bakels, KV Fürstenfeldbruck

148 Dirk Spingler, KV Aschaffenburg

## **A25 OPTIMIERUNG EINER FREIEN UND INKLUSIVEN DIGITALEN ORGANISATIONSSTRUKTUR**

Gremium: OV Fürstenfeldbruck  
Beschlussdatum: 19.09.2019  
Tagesordnungspunkt: 8 Anträge

### **Antragstext**

#### **1 Hintergrund:**

2 Wir GRÜNE verfolgen das Ziel einer gleichberechtigten, vielfältigen und offenen  
3 Gesellschaft. Dafür benötigen wir auch innerhalb der Partei eine  
4 Organisationsstruktur, die auf Teilhabe und Transparenz angelegt ist. Hierfür  
5 ist die parteiinterne Vernetzung im digitalen Raum - auch vor dem Hintergrund  
6 der stetig wachsenden Mitgliederzahlen - essentiell.

7 Mit dem grünen Netz, der Wahlkampf-App und den digitalen Anwendungen stellt der  
8 Bundesverband gemeinsam mit dem ehrenamtlichen Verein *Netzbegrünung* eine  
9 Vielzahl von digitalen Anwendungen bereit, die viele Partizipationsmöglichkeiten  
10 von der Information bis zur Mitentscheidung abdecken. Hier ist in den letzten  
11 Jahren viel geschehen und wir begrüßen den Einsatz und die Anstrengungen des  
12 Landesverbandes rund um eine Fortentwicklung der grünen Digitalosphäre.

13 Es ist jedoch auch deutlich, dass der Zugang zu den grünen digitalen Werkzeugen  
14 nicht für alle Parteimitglieder gleich frei gestaltet ist. Dies hat verschiedene  
15 Gründe, wie eine mangelnde Bekanntheit der zur Verfügung stehenden grünen  
16 Werkzeuge, oder Unsicherheit bezüglich der Anwendung. Auch sind wichtige Tools,  
17 wie z.B. ein allorts verfügbares Videokonferenzsystem, noch nicht ausreichend  
18 implementiert. Das alles erschwert die Möglichkeit, sich innerhalb der Partei  
19 zurechtzufinden, sich sinnvoll vernetzen zu können oder die bestehende Wissens-  
20 und Teilhabestruktur effektiv zu nutzen.

21 Insbesondere Menschen, für die politisches Engagement sowieso schon schwierig  
22 ist, weil ihnen für physische Treffen aufgrund anderer Verpflichtungen die Zeit  
23 fehlt oder die Wege zu lang sind, sind davon betroffen. Aber auch diese Gruppen  
24 wollen wir in unsere parteipolitische Arbeit einbinden!

25 Um diese beschriebene Lücke in der grünen Organisationsstruktur abzubauen,  
26 müssen wir als Partei Folgendes sicherstellen:

#### **27 Antrag:**

- 28 • Die Digitalisierung der grünen Parteienstruktur muss basisdemokratisch,  
29 nachhaltig, sozial inklusiv, barrierefrei, niedrighschwellig,

- 30 emanzipatorisch, transparent, frei und sicher gestaltet werden. Digitale  
31 Tools und Kanäle sind essentieller Teil der Parteistruktur, deren  
32 Bereitstellung, Weiterentwicklung und Support aus der Partei heraus  
33 vorangetrieben werden müssen.
- 34 • Digitalkompetenz ist essentiell für die Zukunftsfähigkeit einer Partei. Um  
35 für eine nachhaltige Weiterentwicklung zu sorgen, müssen technischer  
36 Zugang und faktische Möglichkeiten der Mitglieder bzgl. der Anwendung  
37 zusammengedacht werden. Es bedarf daher eines **umfassenden Konzepts** von der  
38 Evaluierung bestehender Problematiken bzgl. Zugang und Verwendung über  
39 (Online-)Schulungen oder Erklärungstools bis hin zur Beratung bei  
40 auftauchenden Einzelfragen.
- 41 • Wir GRÜNE müssen zunächst **untersuchen**, ob Unterschiede bei der Nutzung  
42 digitaler Anwendungen entlang von sozialen Kategorien bestehen,  
43 insbesondere in Hinblick auf Geschlecht, Alter, Behinderung, sozialer  
44 Herkunft, Bildung und Migrationsgeschichte. Diese müssen wir evaluieren,  
45 kenntlich machen und aktiv auf deren Abbau hinwirken. Wir regen dazu an,  
46 sich intensiver mit der Frage zu beschäftigen, wie wir unsere  
47 innerparteilichen Regeln - wie beispielsweise goutierte Redelisten - in  
48 den digitalen Raum sinnvoll übertragen können.
- 49 • Basisnahe, zeitgemäße und effektive Partizipation im digitalen Raum muss  
50 von der Partei ganzheitlich ermöglicht und als zukunftsweisend  
51 vorangetrieben und ausgebaut werden. Wir schlagen eine innerparteiliche  
52 **digitale Bildungsoffensive** vor, um das Wissen und die Anwendung von  
53 digitalen Werkzeugen allen Mitgliedern zur Verfügung zu stellen und die  
54 übergreifende Zusammenarbeit nachhaltig zu verbessern.
- 55 • Die vielfältigen digitalen Werkzeuge müssen einen leichten, verständlichen  
56 und sicheren **Zugang** zum sozialen Netzwerk und zu Informationen  
57 sicherstellen, damit ein gleichberechtigtes Miteinander auf allen Ebenen  
58 möglich wird. Hierfür müssen die grünen digitalen Werkzeuge gleichwohl in  
59 der Partei sichtbar, d.h. an richtiger Stelle effektiv beworben und  
60 Mitglieder aktiv an diese herangeführt werden.
- 61 • Ein strukturbindendes Netzwerk kann nicht ohne **serviceorientierten Support**  
62 auskommen. Inklusivität bedeutet auch, dass digitale Werkzeuge, die bereit  
63 gestellt werden, prinzipiell für alle gleichermaßen sinnvoll nutzbar und  
64 deren jeweilige Nutzung kenntlich gemacht werden. Hierfür bedarf es der  
65 vollumfänglichen Einführung und unterschiedlicher bedarfsgerechter  
66 Unterstützung während der Nutzung, um beispielsweise einen Gender-Gap zu  
67 vermeiden und der Diversität der grünen Mitglieder gerecht zu werden. Eine  
68 effektive Förderung muss proaktiv vorangetrieben werden und auch unter  
69 Beteiligung der auf Vielfalt und Geschlecht spezialisierten  
70 Funktionsträger\*innen und Gremien erfolgen.
- 71 • Um den serviceorientierten Support gewährleisten zu können, müssen im  
72 Digitalisierungsprozess die Ebenen von **Haupt- und Ehrenamt verstärkt**  
73 **miteinander verknüpft** werden. Dies kann auf Treffen wie Hackathons oder in  
74 Webinaren geschehen. Zu begrüßen sind auch Initiativen, in denen sich  
75 Mitglieder als Botschafter\*innen der Digitalisierung in ihren Orts- und  
76 Kreisverbänden verstehen. Weiterhin begrüßen wir den Ausbau von

77 institutionalisierter Ehrenamtsbetreuung sowie die strukturierte  
78 Verknüpfung der grünen Partei mit der *Netzbegrünung*.

- 79 • Die digitalen Werkzeuge des grünen Netzes müssen **Sicherheit und**  
80 **Datenschutz** gewährleisten und diesbezüglich regelmäßig auf den Prüfstand  
81 gestellt werden. Hierfür ist die **Transparenz** zentrale Voraussetzung. Die  
82 eingesetzte Software sollte vorrangig **quelloffen** und mit **freien Lizenzen**  
83 ausgestaltet sein. Weiterhin setzen wir GRÜNE uns für eine nachhaltige,  
84 insbesondere CO2-neutrale Weiterentwicklung des grünen Netzes ein.
- 85 • Die Digitalisierung bringt uns den Vorteil, innerhalb der Partei  
86 potentiell inklusiver und effektiver arbeiten zu können. Hierfür muss sie  
87 nach grünen Werten und Vorstellungen professionell gestaltet und begleitet  
88 werden. Dies erfordert (personelle und finanzielle) **Investitionen**, die auf  
89 **Nachhaltigkeit** gerichtet sind. Die Parteiarbeit der GRÜNEN wird in Zukunft  
90 mehr denn je von der Vernetzung von Mensch und Wissen getragen werden. Der  
91 Landesvorstand wird daher auch gebeten, sich in der Runde der  
92 Landesverbände für eine Verbesserung der finanziellen und personellen  
93 Ausstattung der Parteistrukturen einzusetzen, um die formulierten Ziele  
94 bei der Digitalisierung zu erreichen.

95 **Antragsverfasserin:** Johanna Mellentin (Fragen sind zu richten an:  
96 [johanna@mellent.in](mailto:johanna@mellent.in))

97 **Unterstützer\*innenliste:**

98 Judith Bogner, KV Mühldorf

99 Angela Büttner, KV München

100 Susanne Grohs-v. Reichenbach, KV München

101 Thilak Mahendran, KV München

102 Manuel Eberhardt, KV Fürstenfeldbruck

103 Michael Seyfried, KV München

104 Oliver Haas, KV München

105 Rolf Thärichen, KV Weilheim-Schongau

106 Die LAG Digitales und Medien bietet gerne an, ihre Kompetenzen in diesen Prozess  
107 einzubringen.



## **A26 Hinweisgeber\*innen besser schützen**

Antragsteller\*in: Gerhard Schmid (KV Bamberg-Land)  
Tagesordnungspunkt: 8 Anträge

### **Antragstext**

1 Parteien leben von dem in sie gesetzte Vertrauen und damit von ihrer  
2 Glaubwürdigkeit.

3  
4 Einen sehr sensiblen Bereich stellt in diesem Zusammenhang die  
5 Parteienfinanzierung dar, und damit verbunden der grundsätzliche Umgang mit den  
6 Partei-Finzen. Unregelmäßigkeiten führen zu starkem öffentlichen Interesse und  
7 zu Vertrauensverlusten bei Wähler\*innen und Mitgliedern.

8  
9 Wir sind deshalb als Bündnis 90/Die Grünen Bayern im Rahmen des  
10 Wachstumsprozesses und der Professionalisierung gut beraten Strukturen zu  
11 schaffen, die es unseren Mitgliedern und Mitarbeiter\*innen ermöglicht  
12 Verdachtsmomente von finanziellen Unregelmäßigkeiten einfach und schnell zu  
13 melden.

14  
15 Eine Partei mit ihren Freiwilligen-Strukturen ist darauf angewiesen, dass ihre  
16 Mitglieder rechtzeitig Ungereimtheiten erkennen und diese auch melden. Wir sind  
17 den Hinweisgeber\*innen, aber auch den beschuldigten Personen verpflichtet, dass  
18 mit diesen Fragestellungen diskret, neutral und gewissenhaft umgegangen wird.

19  
20 Bündnis 90/Die Grünen ist hierbei in einer Fürsorgepflicht gegenüber ihren  
21 Mitgliedern und Mitarbeiter\*innen, einen adäquaten Aufklärungs-Prozess  
22 bereitzustellen.

### **Verdachtsmomente**

23  
24  
25  
26 Für die Hinweisgeber\*innen selbst stellt eine Verdachtsäußerung eine nicht zu  
27 unterschätzende Belastung dar: Zum einen hinterfragt man sich selbst, ob die  
28 gemachten Beobachtungen wirklich den Tatsachen entsprechen. Zum anderen  
29 verdächtigt man gegenüber Dritten einen Menschen, mit dem man vertrauensvoll  
30 zusammenarbeiten wollte und der zumeist ein Parteiamt bekleidet.

31 Darüber hinaus wird durch die Formulierung von Anschuldigungen die/der  
32 Hinweisgeber\*in selbst zum Objekt von Fragestellungen. Die/der Hinweisgeber\*in  
33 muss damit rechnen, dass ihre/seine eigene Integrität hinterfragt wird.

34  
35 Hinweisgeber\*innen sind somit besonderen Belastungen ausgesetzt, insbesondere,  
36 wenn die Zusammenarbeit mit der verdächtigten Person im weiteren Verlauf der  
37 Untersuchungen fortgesetzt werden muss.

38 Es ist für alle involvierten Personen daher äußerst bedeutsam, dass sensibel mit  
39 dem Untersuchungsgegenstand und den beteiligten Personen umgegangen wird, bis

40 der Sachverhalt aufgeklärt ist.

#### 41 **Fürsorgepflicht**

42 Da solche Verdachtsmomente die absolute Ausnahme- und nicht der Regelfall sind,  
43 wissen Kassierer\*innen, Rechnungsprüfer\*innen aber auch Vorstände nicht, wie  
44 diese Verdachtsmomente bestmöglich aufgeklärt und gesteuert werden können. Es  
45 gibt meist kein historisches Wissen, wie man damit verantwortungsvoll umgehen  
46 kann.

47 Somit kann erheblicher Schaden für einzelne Personen aber auch für die Partei  
48 entstehen. Dem sollten wir als Bündnis 90/Die Grünen durch wirksame Maßnahmen  
49 entgegenwirken.

#### 50 51 **Aufklärungsinteresse**

52 Da es sich um Verdachtsmomente handelt, die zunächst einmal genauer untersucht  
53 und validiert werden müssen, ist es ein Drahtseilakt die notwendige Transparenz  
54 gegenüber den betroffenen Partei-Gliederungen aber auch gegebenenfalls gegenüber  
55 der Öffentlichkeit walten zu lassen.

56 Um in diesem Umfeld ein entsprechendes Vertrauen in den Aufklärungswillen einer  
57 Partei entgegen bringen zu können, ist es für Hinweisgeber\*innen von besonderer  
58 Wichtigkeit, dass durch entsprechende Strukturen sichergestellt ist, dass dem  
59 Verdachtsmoment unverzüglich, ohne ansehn der Person, politischen Interessen  
60 und verfügbaren Kapazitäten in der Landesgeschäftsstelle, gewissenhaft  
61 nachgegangen wird.

#### 62 63 **Dauerhafte Strukturen schaffen – Ombudsstelle Finanzen**

64 Die Grüne Bundestagsfraktion macht sich für die Ausweitung des Whistleblower-  
65 Schutzes in unserer Gesellschaft stark. Machen wir uns auf, Hinweisgeber\*innen  
66 in unserer Partei ebenfalls die notwendige Unterstützung in dieser für sie  
67 schwierigen Situation zukommen zu lassen. Gewähren wir ihnen, wie bereits den  
68 Menschen, die selbst Opfer von sexuellen Belästigungen geworden sind und jenen,  
69 die dies bei anderen beobachtet haben, eine der Situation angemessene spezielle  
70 Unterstützung.

71 Grüne Mitglieder und Mitarbeiter\*innen brauchen eine Anlaufstelle außerhalb der  
72 Partei, an die sie gegebenenfalls beobachtete Unstimmigkeiten im Finanzgebaren  
73 melden können. Es braucht eine Ombudsstelle-Finanzen.

#### 74 75 Zusammensetzung und Berufung der Ombudsstelle-Finanzen:

76 • Die Ombudsstelle-Finanzen soll aus einer/einem Wirtschaftsprüfer\*in und  
77 einer/einem Jurist\*in (quotiert nach Geschlecht) bestehen, welche nicht  
78 Parteimitglieder sind.

79 • Die Ombudspersonen werden für jeweils zwei Jahre vom Landesausschuss  
80 beauftragt. Eine Zusammenarbeit bei der Einrichtung einer Ombudsstelle-  
81 Finanzen mit anderen Landesverbänden und/oder dem Bundesverband ist

82 möglich.

83 Aufgaben der Ombudsstelle Finanzen:

84 • Aufklärung

85 ◦ Die Ombudsstelle nimmt Hinweise zu Finanz-Unregelmäßigkeiten von  
86 Parteimitgliedern und Mitarbeiter\*innen entgegen. So soll ein Raum  
87 geschaffen werden, in dem Parteimitglieder und Mitarbeiter\*innen  
88 geschützt persönliche, strukturelle oder institutionelle  
89 Schwachstellen im Umgang mit Parteifinzen ansprechen können.

90 ◦ Sie untersucht die Verdachtsmomente unmittelbar und selbständig.  
91 Hierzu sind Parteimitglieder und Gremien gegenüber der Ombudsstelle  
92 auskunftspflichtig.

93 ◦ Sie unterrichtet den betroffenen Personenkreis und die betroffenen  
94 Gremien regelmäßig über den Untersuchungsgegenstand und -  
95 fortschritt.

96 ◦ Hinweisgeber\*innen und betroffene Gremien (Vorstandsmitglieder o.ä.)  
97 erhalten einen vollumfänglichen schriftlichen Abschlussbericht zum  
98 Untersuchungsgegenstand. Der Abschlussbericht informiert über  
99 Ergebnisse und getroffene Maßnahmen.

100 ◦ Straftaten werden von der Ombudsstelle angezeigt.

101 • Unterstützung von Hinweisgeber\*innen und Zeugen:

102 ◦ Hinweisgeber\*innen und Zeug\*innen werden im Fall von notwendigen  
103 Aussagen gegenüber Behörden - zum Beispiel Polizeibeamten oder vor  
104 Gericht - durch die Ombudsstelle unterstützt.

105 ◦ Darüber hinaus sollte die Stelle Coaches zur Begleitung der  
106 betroffenen Personen während der Untersuchung benennen können.

107 • Erarbeitung von Empfehlungen zur Prophylaxe

108 ◦ Die Ombudsstelle-Finzen erfasst die Verdachtsfälle und  
109 unterrichtet den Landesvorstand und Finanzausschuss regelmäßig sowie  
110 vertraulich über Verdachtsfälle und bringt Vorschläge zur Vermeidung  
111 ein.

112 ◦ Basierend auf den Berichten erarbeiten Landesfinanzausschuss und  
113 Landesvorstand wirksame Gegenstrategien in den Parteistrukturen.

114 Bekanntmachung der Ombudsstelle:

115 Damit die Ombudsstelle-Finzen ihre volle Wirkung entfalten kann, ist es  
116 zwingend notwendig für einen entsprechenden Bekanntheitsgrad bei den Mitgliedern  
117 und für einen niedrighschwelligigen Zugang zu sorgen. Hierfür werden folgende  
118 Maßnahmen ergriffen:

- 119 • Eine eigene Rufnummer und eine eigene Email-Adresse sind die Schnittstelle  
120 zwischen Hinweisgeber\*in und der Ombudsstelle-Financen.
- 121 • Ihre Bekanntmachung erfolgt durch entsprechende Hinweise auf Briefpapier,  
122 parteiinternen Publikationen sowie auf der Homepage und im Newsletter.
- 123 • Verankerung der Ombudsstelle-Financen in der Landessatzung.
- 124 Nicht zuletzt verbleibt bei der Partei die Aufgabe, nach der Aufklärung von  
125 Verdachtsmomenten zu unrecht beschuldigte Personen bestmöglich zu  
126 rehabilitieren.
- 127 Wir machen uns auf den Weg, um unsere Strukturen zu verbessern und durch  
128 verschiedene Maßnahmen dauerhaft Hinweisgeber\*innen zu schützen und zu  
129 unterstützen. Wir setzen die entsprechenden Maßnahmen ab Beschluss innerhalb von  
130 12 Monaten um. Eine Validierung der Maßnahmen erfolgt spätestens nach 5 Jahren.

## **A27 EU-Mercosur-Abkommen stoppen – Fairhandel geht vor Freihandel!**

Antragsteller\*in: Uwe Kekeritz, MdB (KV Neustadt/Aisch-Bad  
Windsheim)  
Tagesordnungspunkt: 8 Anträge

### **Antragstext**

1 Bündnis 90/ Die GRÜNEN in Bayern lehnen das aktuelle Freihandelsabkommen mit den  
2 Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay (Mercosur) ab. Wir brauchen  
3 eine Umkehr im Denken: fairer Handel muss zentraler Bestandteil internationaler  
4 Handelsabkommen werden. Der sozial-ökologisch Anspruch muss gerade heute in  
5 internationalen Verträgen im Fokus stehen. Menschenrechte und Klimaziele lassen  
6 keinen Verhandlungsspielraum zu.

7 Mitte September hat das österreichische Parlament gegen das geplante  
8 Freihandelsabkommen zwischen der EU und den südamerikanischen Mercosur-Staaten  
9 gestimmt, andere Mitgliedsländer drohen mit einem Veto. Bäuerinnen und Bauern  
10 demonstrieren dagegen, nur die Bundesregierung hält an dem Abkommen fest.

11 Ziel eines Freihandelsabkommen ist die Senkung von Handelsschranken zu Gunsten  
12 eines freien Warenaustausches. Verbindliche Umwelt- und Sozialstandards sucht  
13 man in diesen Abkommen allerdings oftmals vergebens. Wir GRÜNE wollen jedoch  
14 ökologische, soziale und menschenrechtliche Standards erhalten und in  
15 internationalen Verträgen Geltung verschaffen. Es geht um gerechte  
16 Handelsbeziehungen. Das Primat muss der faire Handel sein und nicht der freie  
17 Handel. Es darf Europa nicht egal sein, wie Export, Wachstum und Konsum anderswo  
18 zu Armut, Raubbau an der Natur und Zukunftslosigkeit beiträgt.

19 In dem nun vorliegenden EU-Mercosur-Abkommen - dem größten Freihandelsabkommen,  
20 das die EU jemals ausgehandelt hat - werden aber keine verbindlichen  
21 Vereinbarungen zu Klima- und Umweltschutz, keine belastbaren Aussagen zu den  
22 Pariser Klimazielen und auch keine verpflichtende Aussagen zu Arbeits- und  
23 Sozialstandards getroffen. Auch für den Schutz der Indigenen werden keine  
24 bindenden Vereinbarungen festgeschrieben. Gut gemeinte Bekenntnisse im  
25 Nachhaltigkeitskapitel bleiben ohne weitere Ausführungen, Bestimmungen oder  
26 Sanktionen im Falle ihrer Missachtung wirkungslos. Wir machen eine Rolle  
27 rückwärts, wenn wir Freihandelsverträge abschließen, die nicht einmal die  
28 Mindeststandards erfüllen.

29 Wir sollen Gen-Soja und Rindfleisch aus fragwürdigem Anbau importieren, um dafür  
30 Autos und Maschinen exportieren zu können. Letztlich zahlen sowohl die  
31 europäischen Landwirte wie auch südamerikanische Kleinbauern den Preis. Nur die  
32 industrielle Agrarproduktion wird sich in solch einem Wettbewerb behaupten  
33 können. Dieser Vertrag würde eine bitter notwendige deutsche und europäische  
34 Agrarwende kaum noch möglich machen. Dazu ignorieren wir die zahlreichen  
35 sozialen und ökologischen Ziele, für die wir in Europa hart ringen und die für

36 den Erhalt unseres Planeten unverzichtbar sind! Es ist zynisch, das Pariser  
37 Klimaabkommen und die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen zu  
38 unterschreiben und gleichzeitig auf Handelsabkommen wie das zu Mercosur zu  
39 setzen, welche den Raubbau an der Natur billigend in Kauf nehmen.

40 Brauchen wir noch mehr Gen-Soja, mehr Hühner- und Rindfleisch oder Billig-  
41 Zucker, mehr Ethanol-Kraftstoff aus Zuckerrohr? Warum sollen wir Milch und Käse  
42 aus Europa gegen Milch und Käse aus Südamerika tauschen? Wollen wir zusätzliche  
43 Anreize für eine Agrarindustrie, die Raubbau an Umwelt und Ressourcen betreibt?  
44 Sowohl in Argentinien wie auch in Paraguay und Brasilien wird durch das  
45 Handelsabkommen die agrarindustrielle Umwandlung der für die Menschheit  
46 überlebenswichtigen Regen- und Trockenwälder nachdrücklich forciert. Die dortige  
47 Agrarindustrie überzieht im ganzen südamerikanischen Raum gewaltige Flächen mit  
48 Monokulturen. Das macht den massiven Einsatz von Pestiziden in der sechs- bis  
49 zehnfachen Menge im Vergleich zu Europa notwendig. Umwelt und Menschen vor Ort  
50 leiden darunter extrem. Hinzukommt, dass viele dieser Pestizide in Europa  
51 verboten sind, aber durch den Import wieder vermehrt auf unserem Teller landen  
52 würden.

53 Zudem darf die EU nicht die Politik eines Rechtsextremisten wie Jair Bolsonaro  
54 in Brasilien mit solch einem Abkommen unterstützen. Ein Präsident, der die  
55 Aneignung von Flächen für die Agrarindustrie zum obersten Ziel erklärt hat.  
56 Riesige Waldflächen werden aktuell legal und illegal gerodet. Und die indigenen  
57 Einwohner\*innen Brasiliens Stück für Stück entrechtet. Wir Europäer\*innen dürfen  
58 keine politischen Systeme stärken, in denen homophobes und rassistisches  
59 Verhalten verherrlicht und eine öko-vandalistische Politik begünstigt wird, die  
60 zugleich das lokale gesellschaftliche Klima und das Weltklima bedroht.

61 Die Europäische Landwirtschaft steht trotz Subventionen unter enormem Druck, da  
62 sie exportorientiert und an Weltmarktpreisen ausgerichtet ist. Das EU-Mercosur-  
63 Abkommen setzt besonders den europäischen Rindfleischmarkt unter Druck und das  
64 wirkt sich auch auf Bayern aus. Wir GRÜNE in Bayern sind ständig bemüht,  
65 flächenangepasste Weidehaltung in Bayern zu fördern und auszubauen, denn sie  
66 gilt als nachhaltigste Form der Nutztierhaltung, mit einer sehr positiven  
67 Wirkung auf Klimaschutz und die Artenvielfalt. Durch das EU-Mercosur-Abkommen  
68 könnte diese Form der Weidehaltung komplett unrentabel werden und über kurz oder  
69 lang verschwinden.

70 Wir GRÜNE stehen für fairen Handel und sehen ökologisch-soziale Standards nicht  
71 als Handelshemmnisse. Wir sollten bei internationalen Handelsabkommen Vorgaben  
72 und Regeln der regionalen Ernährungssysteme ernst nehmen, wobei das „Recht auf  
73 Nahrung und Wasser“ dabei maßgeblich ist. Nahrungsmittel sind Güter von  
74 besonderem Wert: Eine Bevölkerung kann im Zweifel auf Autos verzichten, aber  
75 nicht auf Nahrungsmittel oder eine intakte Umwelt. Die Folgen der  
76 südamerikanischen Landwirtschaft müssen uns daher auch vor dem Recht auf Leben  
77 und Nahrung interessieren. Wenn Menschen durch agrarindustrielle Anlagen die  
78 Lebensgrundlagen wie der Zugang zu Wasser oder eine giftfreie Umgebung genommen  
79 werden, wenn indigene Bevölkerungsteile entrechtet werden oder massive  
80 Umweltzerstörung betrieben wird, dann sind das Folgen, die Europa nicht  
81 hinnehmen kann. Ein Handelsabkommen, das verkürzt Autos gegen Gen-Soja und  
82 Rindfleisch tauscht, muss die Folgen dieser Geschäfte für Umwelt und Klima sowie  
83 für die Bevölkerung in der Partnerregion berücksichtigen. Das ist bei diesem  
84 Abkommen aktuell nicht der Fall. Wir wollen die notwendige Transformation für  
85 eine klimagerechte Zukunft nicht durch den globalen Wettbewerb um niedrige

- 86 Standards untergraben lassen sondern den Raubbau an der Natur weltweit beenden.
- 87 Bündnis 90/ Die GRÜNEN in Bayern lehnen das EU-Mercosur-Abkommen aus den oben  
88 genannten Gründen ab und fordern die Bayerische Staatsregierung auf im Bundesrat  
89 gegen eine Ratifizierung des EU-Mercosur-Abkommen zu stimmen.

## Begründung

In Brasilien werden aktuell pro Minute etwa drei Hektar Fläche gerodet. Allein im Juni 2019 wurden 920 Quadratkilometer Regenwald abgeholzt und damit doppelt so viel wie im Juni 2018. Die Werte der brasilianischen Raufahrtbehörde (Inpe) für Juli sind noch alarmierender, sie geben eine Steigerung von 278 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum an (<https://www.sueddeutsche.de/politik/brasilien-bolsonaro-amazonas-1.4550598>, Stand 16. Aug 2019). Meist war bisher von illegalen Bandrodungen die Rede (<https://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/brasilien-abholzung-des-regenwalds-erreicht-hoechsten-stand-seit-10-jahren-a-1240226.html>, Stand 16. Aug 2019). Doch aktuell legalisiert der brasilianische Präsident Jair Bolsonaro persönlich das kriminelle Vorgehen. Und feuert eher den Vorsitzenden der Raumfahrtbehörde, als auf die Zahlen mit politisch klugen Ideen zu reagieren (<https://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/brasilien-abholzung-des-regenwalds-erreicht-hoechsten-stand-seit-10-jahren-a-1240226.html>, Stand 16. Aug 2019).

Seit Amtsantritt hat Bolsonaro den Hunger der Agrarindustrie nach Landfläche mit allen Mitteln bedient. Die Lobby der agrarindustriellen Landwirtschaft ist extrem mächtig in Brasilien und gehört neben den Militärs und den Evangelikalen zu den stärksten Unterstützern Bolsonaros. Sie ist die treibende Kraft bei Waldrodungen mittels gefälschter Flächeninbesitznahme. Auf riesigen Plantagen über tausende Quadratkilometer bauen Großgrundbesitzer Gen-Soja, Mais, Eukalyptus und Gen-Baumwolle an. Dafür wird aktuell der Cerrado, ein Trockenwald, der sich vom mittleren bis in den Nord-Osten Brasiliens zieht, systematisch erschlossen. Die Regenwälder im Amazonasgebiet geraten auch wieder zunehmend unter Druck. Mit der Waldvernichtung werden die dort seit langem Wohnenden und indigenen Einwohner mit Scheinbesitzurkunden vertrieben. Wasserkreisläufe werden zerstört, kostbare Naturräume und Artenvielfalt massiv vernichtet. Doch das Gen-Soja wird nicht nur exportiert, es wird auch mehr und mehr vor Ort „veredelt“. Die Fleischindustrie zählt allein in Mato Grosso, ein Bundesstaat im Cerrado und etwa 2,5 so groß wie Deutschland, aktuell mehr als 21 Millionen Rinder – bei circa 3,5 Millionen Einwohnern.

Die Folgen für Menschen, Umwelt und Klima spielen für Brasiliens Präsidenten keine Rolle. Wichtig ist nur, das wachsende Geschäft mit Agrargütern wie Gen-Soja, Rindfleisch und Co. Umweltstandards existieren in Brasilien durchaus, doch kontrolliert wird kaum. Seit dem Amtsantritt Bolsonaros wurden zudem viele Umweltstandards ausgesetzt. Laut der brasilianischen Gesellschaft für Agrarökologie sind knapp die Hälfte der 50 hauptsächlich in Brasilien eingesetzten Pestizide in den USA, Kanada oder Europa verboten. Fehlende Tierschutzstandards, die ungenügende Kontrolle der Umweltgesetze bzw. der völlige Freibrief, den Bolsonaro der ungebremsen Agrarproduktion einräumt, zeigen, dass die Behauptung der EU Kommission, Brasilien und Südamerika könnten oder wollten nach europäischem Standard liefern, letztlich blauäugig und naiv ist oder schlicht keine Rolle spielt, wenn es um die eigenen Exporte von Autos geht.

Insgesamt zeigt der brasilianische Präsident keinerlei Willen, bisher in Brasilien erreichtes Recht und Gesetz einzuhalten. So ignoriert Bolsonaro die Rechte der indigenen Bevölkerung nicht nur völlig was die Reservate und Schutzrechte angeht. Bolsonaro ruft öffentlich auf diese zu ignorieren, weil die indigenen Völker bereits zu viele Privilegien genossen. Und meint damit vor allem die ausgewiesenen Reservate. Circa 13 Prozent bislang meist unerschlossener Urwälder wurden den indigenen Völkern vom brasilianischen Staat zugesprochen. Bolsonaro ist das jedoch ein Dorn im Auge. Er will „In-Wert-Setzung“ um jeden Preis. Mit aggressiven Parolen heizt er die Stimmung gegen indigene Einwohner an. Goldgräber, Bauern und Holzarbeiter nutzen den Aufruf des Präsidenten um - legal oder illegal – das Land in Besitz zu nehmen und seine Ressourcen auf Kosten der

indigenen, von Umwelt und Natur auszubeuten. Dabei werden lebensnotwendige Ressourcen der indigenen Einwohner vor Ort vernichtet und im weiteren Umland auch vergiftet. Dies halten wir für ein systematisches Vergehen gegen die Rechte der indigenen Bevölkerung.

Noch im Wahlkampf 2017 warnte die Wochenzeitung „Die Zeit“ vor einem möglichen Präsidenten Jair Bolsonaro: Er sei „ein Mann der äußersten Rechten, der mit übertriebenen polemischen Aussagen gerne die Rolle eines Politikclowns à la Donald Trump spiele. Rassismus, Homophobie, Sympathien für die Militärdiktatur und Folterknechte, offen vorgetragenes faschistisches Gedankengut: Bei Bolsonaro ist alles zu finden.“

(<https://www.zeit.de/politik/ausland/2017-07/brasilien-lula-da-silva-jair-bolsonaro-petrobras-sergio-moro/seite-3>, Stand 16. Aug 2019) Heute muss man feststellen, dass dieser Mann eine gefährliche Bedrohung darstellt: in Brasilien für Schwule und Lesben ebenso wie für indigene Völker. Weltweit für Klima und Umwelt. Für Bolsonaro zählt ausschließlich Profit. Diplomatische Verwerfungen sind ihm dabei egal, ähnlich wie Trump.

Allein aus diesen Gründen ist das Freihandelsabkommen in der Form abzulehnen.



## **A28 Kommunale Familienpolitik - Mehr Raum für Eltern und Kinder**

Antragsteller\*in: Stefan Schmidt, MdB (KV Regensburg-Stadt)

Tagesordnungspunkt: 8 Anträge

### **Antragstext**

1 Das Bild der Familie hat sich im Lauf der letzten Jahrzehnte verändert. Neben  
2 der klassischen "Kernfamilie", die zwar nach wie vor die Lebensform der meisten  
3 Familien darstellt, haben andere Konstellationen, wie z.B. Patchworkfamilien,  
4 bei der sich Kinder und Eltern aus unterschiedlichen Familienphasen jeweils neu  
5 mischen, zunehmend an Bedeutung gewonnen. Die Alleinerziehendenhaushalte machen  
6 mittlerweile ca. 20% der Familienhaushalte aus. Das unterstreicht: Familien sind  
7 bunt und vielfältig und häufig an zeitliche und räumliche Erfordernisse der  
8 heutigen Arbeitswelt angepasst. Veränderte gesellschaftliche und ökonomische  
9 Rahmenbedingungen stellen familiäre und kommunale Strukturen vor neue  
10 Herausforderungen. Die Gründung einer Familie geht häufig mit verringertem  
11 finanziellen Spielraum, Schwierigkeiten und Engpässen bei der Kinderbetreuung,  
12 sowie beruflichen Einschnitten einher. Im Bereich der Stadtplanung, der  
13 Vermietung von Wohnungen sowie im ÖPNV, werden Familien mit Kindern noch zu  
14 selten mitbedacht, zum Teil sogar benachteiligt. Die von Arbeitgebern zunehmend  
15 geforderte Flexibilität und Mobilität ist für ArbeitnehmerInnen mit Kindern  
16 deutlich schwerer zu erfüllen, als für Kinderlose. Die Vereinbarkeit von Familie  
17 und Beruf wird meist noch immer ausschließlich als Frauenthema begriffen. Eine  
18 wirkliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist erst erreicht, wenn den  
19 Männern wie den Frauen eine Erwerbstätigkeit möglich ist, mit der sie ihren  
20 beruflichen wie ihren familialen Verpflichtungen nachkommen können.

21 **Aufgabenstellung der Kommunen muss es daher sein, möglichst ganzheitlich und**  
22 **leicht zugängliche Unterstützungsmöglichkeiten für Familien zu schaffen.**

23 **Eine moderne kommunale Familienpolitik muss Angebote für verschiedene**  
24 **Lebensentwürfe- und -situationen bereithalten, gerecht sein und Teilhabe für**  
25 **alle ermöglichen. Die Ansatzpunkte und Lösungen sind dabei so differenziert und**  
26 **vielfältig, wie die Lebensentwürfe und die Familien selbst.**

27 **Wir Grüne wollen, dass die Kommunen in Bayern Kinder und Familien in das Zentrum**  
28 **ihres politischen und planerischen Handelns rücken und diese in ihrem**  
29 **Wirkungskreis gezielt unterstützen. Denn eine familienfreundliche Kommune ist**  
30 **auch eine lebenswerte Kommune mit funktionierender Infrastruktur, reichem**  
31 **Sozialleben und Weitblick für künftige Herausforderungen. Die**  
32 **Entwicklungspotentiale von Kommunen sind mit familienfreundlichen**  
33 **Lebensumständen verzahnt und im besten Eigeninteresse der Kommunen.**

34 **Nicht für, sondern mit Familien planen**

35 Wir Grüne wollen Familien in besonderem Maße fördern. Durch eine bürgernahe  
36 Politik begegnen wir den Herausforderungen des demographischen Wandels, der  
37 Strukturschwäche oder den Problemen von Ballungsräumen wie Wohnungsknappheit und  
38 hohen Lebenshaltungskosten. Familienpolitik in Kommunen soll Strukturen  
39 schaffen, die Menschen dazu ermutigen, Familien zu gründen sowie ein  
40 integriertes und umfassendes Maßnahmenpaket für alle Familienbelange etablieren,  
41 um Familien mit ihren Kindern in den verschiedenen Lebenslagen unterstützend zu  
42 begleiten. Im Zentrum sollten hierbei die Familien vor Ort stehen, die bereits  
43 in den Kommunen leben und nicht das Buhlen um Familien anderer Kommunen.

### 44 **Familiale Infrastruktur schaffen**

45 Jede Kommune braucht ein zeitlich flexibles und qualitativ überzeugendes Kita-  
46 und Kindergartenangebot. Deswegen ist es unser Anliegen, die Kinderbetreuung  
47 wohnortnah auszubauen, qualitativ zu verbessern und Flexibilität zu  
48 gewährleisten. Dabei sollte vor allem die Betreuung der unter dreijährigen  
49 Kinder im Fokus stehen. Die Betreuungsquote ist in Bayern im Vergleich zu  
50 anderen Bundesländern noch immer eher niedrig. Ein engagierter Ausbau mit  
51 staatlicher Unterstützung der Kommunen ist daher geboten. Die Qualität der  
52 Betreuung hängt maßgeblich vom Personal ab, daher fordern wir die Kommunen auf,  
53 ausreichend und qualifiziertes Personal gemäß einem ambitionierten  
54 Betreuungsschlüssel für die Einrichtungen zu generieren. Schlüssel hierfür ist  
55 neben gesellschaftlicher Anerkennung eine ordentliche Bezahlung. Wir möchten  
56 Familien die Möglichkeit geben, neben den klassischen Kita-Öffnungszeiten auch  
57 Betreuungsangebote von qualifizierten Babysittern oder anderen  
58 Betreuungsangeboten in Form von Abend-, Nacht- und Wochenendbetreuung  
59 wahrzunehmen. Die Kommune soll hier unterstützend in der Vermittlung tätig  
60 werden.

61 Darüber hinaus wollen wir neben dem Angebot der Ganztagschulen ein  
62 flächendeckendes und attraktives Angebot der Nachmittagsbetreuung für  
63 Schulkinder. Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass dabei gesellschaftliche  
64 Netzwerke zur Betreuung und Unterstützung als ergänzendes Angebot zu den  
65 Ganztagesleistungen von den Kommunen, z.B. durch Bereitstellung von  
66 Räumlichkeiten, gefördert werden. Davon profitieren sowohl Eltern, da sie  
67 Familie und Beruf besser unter einen Hut bringen können, als auch die Kinder,  
68 durch einen besseren Zugang zu einem umfassenden und vielfältigen  
69 Bildungsangebot. Natürlich muss hier die Kommune als Arbeitgeberin mit gutem  
70 Vorbild voran gehen. Ziel muss sein, dass Eltern nicht auf das passende Angebot  
71 hoffen müssen, sondern eine Wahlmöglichkeit haben.

72 Eine weitere Erleichterung im Berufsalltag von Familien stellt die Schaffung von  
73 "Co-Working-Spaces" in Kombination mit Kinderbetreuungsmöglichkeiten dar. Sie  
74 bieten den Eltern die Option in der Nähe des (noch kleinen) Kindes zu arbeiten,  
75 und gleichzeitig dem Beruf nachzugehen. Dafür braucht es Räumlichkeiten, aber  
76 auch den Dialog mit den Unternehmen vor Ort, um diese auf die Thematik  
77 aufmerksam zu machen und ggf. zu sensibilisieren.

78 Familien werden immer wieder mit Situationen konfrontiert, in denen Hilfe von  
79 außen einen unschätzbaren Wert hat, vor allem für sozial schwächere oder neu  
80 zugezogene Familien. Unser Ziel ist es, hier steuernd einzugreifen und Angebot  
81 und Nachfrage zusammen zu bringen, beispielsweise im Rahmen von  
82 Familienpatenschaften: Engagierte Bürger\*innen können sich bei Stadt oder

83 Gemeinde in Hilfslisten eintragen lassen, wobei sie selbst den Rahmen ihrer  
84 Hilfeleistung bestimmen können – sei diese ganz praktischer Natur wie  
85 Besorgungen machen, oder finanzieller Natur, beispielsweise das Sponsoring einer  
86 Teilnahme am städtischen Ferienprogramm. Ebenso verhält es sich mit der  
87 Freiwilligenarbeit und Nachbarschaftshilfe. Wir möchten dieses Angebot durch die  
88 Finanzierung der Weiterbildung der Freiwilligen verbessern, aber auch qualitativ  
89 steuern, indem beispielsweise kleinere Schulungen durch örtliche Fachkräfte  
90 (SozialarbeiterInnen, ErzieherInnen, etc.) organisiert werden.

91 Vier von zehn Alleinerziehenden mit kleinen Kindern sind in unserem Land arm.  
92 Dabei arbeiten alleinerziehende Frauen im Schnitt sogar fünf Stunden mehr als  
93 Frauen in Paarfamilien. Deswegen dürfen vor allem Alleinerziehende nicht alleine  
94 gelassen werden. Aus diesem Grund werden wir GRÜNE dafür sorgen, dass die  
95 Leistungen Alleinerziehender anerkannt werden und die Bekämpfung von Kinderarmut  
96 vorangetrieben wird: Wir machen uns stark für Familien – egal in welcher Form.  
97 Für Investitionen in gute und wohnortnahe Kitas und Schulen, für die  
98 Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Angebote zu Inklusion und  
99 Integration und die Einführung einer Kindergrundsicherung.

#### 100 **Schaffung familienfreundlicher und -gerechter Wohn- und Lebensräume**

101 Familiengerechtes Wohnen braucht Sicherheit und Entfaltungsmöglichkeiten im  
102 Wohnumfeld, aber auch nahe Versorgungseinrichtungen. Das unbeaufsichtigte Spielen  
103 der Kinder im häuslichen Umfeld, wie Garten oder Nachbarschaft, stellt für  
104 Eltern meist eine Entlastung und eine wichtige Entwicklungsmöglichkeit der  
105 Kinder dar. Eine große Rolle spielen kind- und altersgerechte Freizeitangebote  
106 wie Krabbelgruppen, Sportvereine, Musikschulen, Theatergruppen, Kunstschulen und  
107 Ähnliches.

108 Auch ein verbesserter ÖPNV, kann Eltern im Alltag ungemein entlasten. So können  
109 z.B. die sog. Fahrten der "Eltern-Taxis" verringert werden. Deshalb werden wir  
110 dafür sorgen, dass ein entsprechend familienfreundliches Angebot der  
111 öffentlichen Verkehrsmittel, bis hin zu gut ausgebauten und sicheren  
112 Fahrradwegen, z.B. in Form von ticketfreien ÖPNV für Eltern oder Großeltern mit  
113 Kinderwagen und in Begleitung von Kleinkinder/n, ins Leben gerufen wird.

114 Wir wollen, dass die Kommunen durch die Ausweisung von verkehrsberuhigenden  
115 Maßnahmen, Investitionen in moderne und sichere Spielplätze und mehr  
116 Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum die Familien aktiv unterstützen.

117 Bisher werden Wohnsituationen von Familien häufig in Form finanzieller  
118 Geschenke, wie dem „Baukindergeld Plus“ oder einer „ProKind-Zulage“, bedacht.  
119 Oft wird das in Kommunen mit der Ausweisung eines neuen Baugebiets kombiniert.  
120 Was auf den ersten Blick wie eine Wohltat für Familien aussieht, entpuppt sich  
121 bei genaueren Hinsehen als nicht nachhaltige Investition der öffentlichen Hand.  
122 Für Familien in Ballungsräumen ist die staatliche Subvention anhand der zu  
123 bezahlenden Preise marginal und für Familien in ländlichen Regionen ebenfalls  
124 keine nennenswerte Unterstützung. Einen substantiellen Beitrag zur Schaffung von  
125 mehr Wohneigentum stellen diese Maßnahmen aus unserer Sicht nicht dar.

126 Wir Grüne erachten die Schaffung eines lebenswerten Umfelds als wichtiges Ziel.  
127 Faktoren wie kurze Wege zu Gegenständen des täglichen Bedarfs samt verlässlicher  
128 Mobilitätsangebote sowie eine sozial durchmischte Nachbarschaft mit  
129 unterschiedlichen Generationen machen ein Wohnquartier attraktiv. Darauf

130 aufbauend wollen wir daher auf neue Modelle setzen, wie z.B. dem Verkauf von  
131 Immobilien mit Nießbrauchrecht, um Familien im Ort zu halten und einem Ausbluten  
132 der Ortskerne entgegenzuwirken.

### 133 Kommunale Verwaltung

134 Familienpolitik soll als übergreifende Querschnittspolitik in den Städten und  
135 Gemeinden etabliert und institutionalisiert werden. Kommunen dürfen Kinder und  
136 Familien nicht nur als Querschnittsthema entlang verschiedener Ressorts und  
137 deren fachspezifischer Blickwinkel begreifen, sondern ganzheitlich betrachten.  
138 Wir Grüne setzen uns für die Erarbeitung eines familienpolitischen Leitbilds  
139 ein. So können jegliche politische Entscheidungen auf ihre Familientauglichkeit  
140 in der Kommune überprüft und mitgestaltet werden. Wir sind überzeugt, dass eine  
141 zentrale Anlaufstelle (z.B. das Landratsamt) der Schlüssel für eine  
142 zielgerichtete Familienpolitik ist, daher wollen wir ein kommunales Management  
143 für Familien in der Verwaltungsebene zusammen mit einer familienpolitischen  
144 Gesamtstrategie etablieren, um die Förderung kinder- und familienfreundlicher  
145 Strukturen entwicklungsorientiert in die kommunale Regelpraxis zu integrieren.  
146 Dazu gehört auch ein regelmäßiges Monitoring, in welchem Informationen zu den  
147 Familien und deren Problemlagen in der Form einer dauerhaften  
148 Familienberichterstattung erfasst werden.

149 Weiter finden wir die Einrichtung eines regelmäßigen zusammentretenden  
150 Familienausschusses mit Vertretern relevanter Ämter und Stellen essentiell,  
151 damit Politik das Thema Familie nicht aus den Augen verliert.

152 Um den Alltag von berufstätigen Eltern zu erleichtern, müssen die Öffnungszeiten  
153 der kommunalen Institutionen familienfreundlich sein. Wir wollen monatliche bis  
154 wöchentliche Sonderöffnungszeiten in den kommunalen Verwaltungen etablieren, die  
155 speziell auf Familien zugeschnitten sind. Grundsätzlich sollten die  
156 Öffnungszeiten von Behörden und Ämtern, Kultureinrichtungen wie Museen,  
157 Bibliotheken usw., Sportangeboten, Einkaufsmöglichkeiten sowie medizinischen  
158 Einrichtungen noch stärker die Alltagsrealität von Familien widerspiegeln.

### 159 Freiwillige kommunale Angebote

160 Bürgerinnen und Bürger sollen sich mit ihrer Kommune identifizieren und  
161 wohlfühlen. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, bedarf es neben Strukturen und  
162 Anpassungen für den familialen Lebensalltag auch ein entsprechendes  
163 Freizeitangebot. Dies können z.B. familiengerechte Gebühren oder Vergünstigungen  
164 in Form eines Familienpasses sein, der als Ermäßigung bei öffentlichen  
165 Einrichtungen und Angeboten, wie der Stadtbibliothek, Schwimmbäder,  
166 Veranstaltungen, ÖPNV oder VHS Kursen für Familien und Kindern dient. Unser Ziel  
167 ist es Begegnungsstätten zu schaffen, von modernen und sicheren Spielplätzen bis  
168 zu barrierefreien Mehrgenerationenhäusern.

169 Vor allem Jugendlichen müssen Rückzugsräume zur freien Entfaltung bereitgestellt  
170 werden. Wir Grüne stehen für eine lebendige Jugendkultur, deswegen setzen wir  
171 uns für die Einrichtung/ Erhalt von Jugendfreizeitheimen oder anderen  
172 selbstverwaltende Formen ein.

173 Aber auch die Ferienbetreuung ist ein wichtiger Punkt. Kommunen und Vereine  
174 erstellen bereits oftmals ein Ferienprogramm. Wir wollen, dass die  
175 unterschiedlichen Angebote gebündelt werden und möglichst allen Familien  
176 offenstehen.

177 Eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiche Projekte der Familienstärkung ist  
178 die Bildung lokaler Kompetenznetzwerke, welche eine Kooperation zwischen Eltern  
179 sowie der Bürgergemeinschaft, also engagierten Einzelpersonen, Teams,  
180 Kindertagesstätten, Schulen, Jugend- und Gesundheitsämtern oder Sportvereinen,  
181 ermöglicht.

## **Begründung**

erfolgt mündlich

## **A29 Entstigmatisierung der Nutzpflanze Hanf**

Antragsteller\*in: Uwe Reimer (KV München-Stadt)  
Tagesordnungspunkt: 8 Anträge

### **Antragstext**

1 Die Landesdelegiertenkonferenz spricht sich dafür aus Nutzhanf (Cannabis Sativa  
2 THC < 0,2%) aus dem BTMG zu entfernen und die aus dem Nutzhanf gewonnenen  
3 Produkte dem Lebensmittelrecht unterzuordnen. Sie setzt sich auf Bundesebene für  
4 eine entsprechende Änderung des Betäubungsmittelgesetzes ein.

### **Begründung**

- Die Ressource Hanf bietet uns die einmalige Möglichkeit existentiell wichtige Bereiche menschlicher Bedürfnisse mit nachhaltigen, klima- und umweltfreundlichen Lösungen abzudecken.
- Die Forschung und Entwicklung um die Pflanze erfährt exponentielles Wachstum und weltweit wachsenden Unternehmen und Industriezweige in dieser ökologisch sinnvollen Sparte der Agrarwirtschaft.
- Durch gesetzliche Hindernisse, besonders durch die Einstufung des Nutzhanfes in das BTMG läuft sowohl die Landwirtschaft, die Cannabinoid verarbeitende Wirtschaft und nicht zuletzt die Forschung in Deutschland Gefahr, weltweit ins Hintertreffen zu geraten und wichtige Impulse in Landwirtschaft und Öko-Industrie zu verpassen.
- Die EU stellt einen Markt mit 500 Mio. (Europäischer Raum 800 Mio.) potenziellen Kunden dar. Die bisherige Nischenposition der Hanfprodukte hat eine Vielzahl kleiner Akteure hervorgebracht, die erst dabei sind entsprechend zu skalieren. Big Player aus China, den USA und Kanada stehen in den Startlöchern diesen Markt zu übernehmen.
- Die Pflanze bindet in ihrem Wachstum sehr viel Co2 in Cellulose und Hemicellulose. Als Treibstoff bietet sie eine klimaneutrale Alternative und in Baustoffen spart der Hanf sogar CO2 von bis zu 60 % ein. Man bindet mit dem Bau eines "Hanfhauses" einige Tonnen CO2 aus der Atmosphäre. Darüber hinaus könnte Hanf durch seine ausgeprägte CO2-Bindung eine Zwischenlösung zur Unterstützung der durch die vergangenen zwei Dürrejahre mittlerweile als Notwendigkeit erkannten Wende in der Deutschen Forstwirtschaft verwendet werden.
- Hanf hat außerdem erstaunliche Eigenschaften hinsichtlich der Revitalisierung von teils stark verseuchten Böden. So hat sich Hanf seit 1998 im Einsatz in der Umgebung von Tschernobyl als eine der besten phytoremediativen Pflanzen erwiesen um verseuchte Böden zu dekontaminieren. Auch in Puglia (Italien) wird Industriedhanf in großem Umfang eingesetzt, um die Dekontamination von einigen der am stärksten verseuchten Böden Europas zu unterstützen.
- Als bewährtes, wertvolles Hilfsmittel bei dem Bemühen, die von Menschen verursachten Schäden an

unseren Böden und Ökosysteme zu beseitigen, könnte Hanf für Hunderte oder Tausende Standorte mit verseuchten Böden weltweit von großem Nutzen sein. Allein in den USA gibt es schätzungsweise 30.000 Standorte, die saniert werden müssen.

- Cannabis und seine Cannabinoide bieten ein noch weitgehend unerforschtes Potential pflanzlicher als Medizin und Nahrungsergänzungsmittel. Weltweit ist die Einnahme von Medikamenten für Stress und Schmerz bedingte Indikationen auf dem Vormarsch.
- Der hohe Verbrauch diverser synthetischer Pharmazeutika hat nicht nur Nebenwirkungen auf den Menschen. Auch die Natur leidet unter diesem Überkonsum. Die Medikamente werden vom Körper nur teilweise verstoffwechselt und gelangen so über Ausscheidungen und die Kanalisation ins Grundwasser. Einmal in der Natur angekommen haben sie verschiedene Auswirkungen auf die Fauna und Flora.
- Die meisten chronischen und degenerativen Krankheiten in den westlichen Industrienationen werden nicht primär durch Viren-, Bakterien- oder Parasitenbefall ausgelöst. Sie entstehen als Folge eines ungesunden Lebensstils. Rauchen, Alkohol, ungesunder Ernährungsgewohnheiten, Stress und Bewegungsmangel, sie führen zu Krankheiten die weltweit mehr Menschen töten als alle Kriege und ethnischen Konflikte zusammen. In der westlichen Diät finden wir dabei einen Überschuss an Omega-6 und einen Mangel an Omega-3 Fettsäuren. Hanfsamenöl besteht zu 85 % aus essenziellen Fettsäuren die existenziell wichtig für die Gesundheit unserer Gehirne und Herzen sind. Dabei bietet es eine, für Menschen, optimale Verteilung von Omega3 zu Omega6 Fettsäuren ( 3 : 1). Der Anteil von 75 bis 80 % mehrfach ungesättigter Fettsäuren ist im Vergleich zu anderen Speiseölen ungewöhnlich hoch.
- Außerdem stellen Hanfsamen eine sehr gute Proteinquelle für den Menschen dar. Aus Hanfprotein kann der menschliche Organismus alle lebensnotwendigen Proteine herstellen. Das Verhältnis von essenziellen zu nicht essenziellen Aminosäuren (E/N-Ratio) liegt bei Hanf bei 1:0,9.
- Hanf hat aus verschiedenen Gründen auch das Potential, Baumwolle wieder als dominierende Faserpflanze abzulösen. Zum einen kann auf gleicher Anbaufläche circa doppelt so viel Faserstoff gewonnen werden, darüber hinaus benötigt Hanf erheblich weniger Wasser, weniger Dünger und keine Pestizide, wohingegen die Anbauflächen von Baumwolle schnell stark verunreinigt sind.
- Vorgenannte Aufzählung der Einsatzgebiete des Hanfs ist nicht abschließend, lässt aber erahnen, wie wichtig es ist, die bestehende Stigmatisierung einer der ältesten Kulturpflanzen der Welt zu beenden und dem Hanf als nach- und werthaltige Säule einer ökologischen Wende seinen Platz zuzuweisen.
- Der erste Schritt dazu wäre, den Nutzhanf aus dem Dunstkreis des absurden „War against Drugs“ zu befreien, indem man das Betäubungsmittelgesetz dahingehend ändert.

## **A30 Lebenslanges Lernen – Bildung ist so viel mehr als Schule!**

Antragsteller\*in: Thomas Gehring MdL (KV Oberallgäu),  
Martin Blankemeyer (KV München-Stadt)  
Tagesordnungspunkt: 8 Anträge

### **Antragstext**

1 In einer sich in atemberaubendem Tempo verändernden Welt, deren Komplexität  
2 viele Menschen fordert, in Anbetracht von Digitalisierung, Globalisierung und  
3 Fakenews gibt es kein Lebensalter, das ohne Dazulernen auskommt. Kultur- und  
4 Weiterbildungsangebote sind gleichermaßen soziale Absicherung, Integration von  
5 Benachteiligten und Sicherung unserer Demokratie. Die dafür nötige Infrastruktur  
6 zu stärken und auszubauen ist für uns eine Überlebensaufgabe.

7 Mit dem Wandel unserer Gesellschaft verändern sich auch die Anforderungen, die  
8 Beruf und Alltag an jeden Einzelnen stellen. Bildung ist der entscheidende  
9 Schlüssel, mit dem wir unsere individuelle Zukunftsfähigkeit und damit auch die  
10 Zukunft unserer Gesellschaft sichern. Diese ist jedoch keinesfalls mit der  
11 Ausbildung, des Studiums oder dem Einstieg in das Berufsleben abgeschlossen.  
12 Weiterbildung ist eine Investition in die Zukunft – mit hoher Rendite und der  
13 Chance auf gerechte Teilhabe. Weiterbildung steht aber nicht allein im Dienst  
14 von Wirtschaft und Gesellschaft. Ihre Bedeutung für die  
15 Persönlichkeitsentwicklung, die Mündigkeit Erwachsener und die selbstbestimmte  
16 Lebensführung kann nicht überschätzt werden.

17 Daher brauchen wir eine neue Weiterbildungskultur. Der Erwerb neuer  
18 Qualifikationen und Kompetenzen darf nicht länger dem Zufall überlassen werden,  
19 den Fähigkeiten der oder des Einzelnen, sich auf einem weitgehend chaotischen  
20 Anbietermarkt das passende Angebot herauszusuchen, den höchst unterschiedlichen  
21 regionalen und betrieblichen Gegebenheiten. Statt dessen gehört Weiterbildung in  
22 öffentliche Verantwortung. Weil sie der Erstausbildung in puncto Relevanz  
23 künftig nicht nachstehen wird, muß sie neben Schule, Ausbildung und Studium eine  
24 vierte gleichberechtigte Säule unseres Bildungssystems werden.

25 Wir fordern

- 26 • ein allgemeines Recht auf Weiterbildung und die Verankerung von  
27 Weiterbildung als gleichberechtigte vierte Säule des Bildungssystems
- 28 • Bildungsurlaub auch in Bayern durch ein Bayerisches  
29 Bildungsfreistellungsgesetz, das Arbeitnehmer\*innen zur Weiterbildung  
30 motiviert – dies ist auch für Arbeitgeber\*innen ein unverzichtbarer Wert
- 31 • Unterstützung beim Lebensunterhalt und bei den Weiterbildungskosten für  
32 alle, die nicht in den Genuß von Bildungsurlaub kommen – damit auch die



33 weiterlernen können, denen das bisher niemand zutraut und bezahlt

34 • die ausreichende finanzielle Förderung der bestehenden  
35 Weiterbildungsinfrastruktur wie insb. der Volkshochschulen und  
36 öffentlichen Bibliotheken, damit wohnortnahe Weiterbildungsangebote  
37 bezahlbar sind und auf diese Weise allen Bürger\*innen offenstehen

38 • die gleichberechtigte finanzielle Förderung auch kleinerer freier Träger  
39 z.B. der Friedens-, Umweltschutz-, Nachhaltigkeits-, Demokratie-,  
40 Integrations-, Inklusions-, Entwicklungshilfe-, Kultur-, LBGTIQ- und  
41 Frauenbildung

## **A31 Für eine ökologische Steuerreform**

Gremium: LAG Wirtschaft und Finanzen  
Beschlussdatum: 20.09.2019  
Tagesordnungspunkt: 8 Anträge

### **Antragstext**

1 Wenn wir so weiter wirtschaften wie bisher, werden wir den Planeten unbewohnbar  
2 machen. Die Klimakatastrophe ist längst da, wie uns immer neue Hitzerekorde,  
3 Dürre und Trockenheit in Mitteleuropa, das Auftauen der Permafrostböden oder  
4 massive Brände in der Arktis verdeutlichen.

5 Die Klimakatastrophe ist dabei aber nicht die einzige ökologische Großkrise, vor  
6 der wir stehen: Der rasante Verlust an Biodiversität, die Vermüllung der Meere  
7 mit Plastik, die globale Überdüngung mit Stickstoff, der Verlust an fruchtbaren  
8 Böden: Wir stoßen derzeit mit rasender Geschwindigkeit an die Grenzen des  
9 Planeten. Wenn wir ungebremst so weiter wirtschaften wie bisher, sind nicht nur  
10 die ökologischen Folgen katastrophal, sondern auch die ökonomischen und  
11 sozialen. Wir sind gerade dabei, uns selbst, unseren Kindern und Enkelkindern  
12 die Lebensgrundlagen zu entziehen.

13 **Es ist allerhöchste Zeit zu handeln, im Bund und in Bayern!**

14 Die schwarz-rote Koalition im Bund und die CSU-geführte Staatsregierung in  
15 Bayern haben viel zu lange alle Warnungen und Empfehlungen von  
16 Wissenschaftler\*innen ignoriert, sei es in der Agrarpolitik, in der Energie-  
17 oder der Verkehrspolitik. Nun ist höchste Zeit, radikal umzusteuern. Wir müssen  
18 in allen Sektoren und Bereichen und mit allen zur Verfügung stehenden  
19 politischen Hebeln an der Erreichung der Klimaziele arbeiten. Ein zentrales  
20 Element muss eine ambitionierte ökologisch-soziale Finanzreform sein. Preise  
21 müssen endlich die ökologische Wahrheit sagen, müssen Kosten für Umwelt- und  
22 Naturverbrauch, für die Emission klimaschädlicher Substanzen konsequent  
23 eingepreist sein.

24 Viele Unternehmen haben diese Notwendigkeit längst erkannt und treiben die  
25 Politik vor sich her, wie z.B. die Bewegung der #EntrepreneursForFuture  
26 eindrucksvoll demonstriert: Über 3.000 Unternehmen, die über 180.000  
27 Arbeitsplätze und mehr als 30 Mrd. EUR Umsatz repräsentieren, haben den Appell  
28 unterzeichnet. Der Mittelstand hat zum Klimastreik aufgerufen, und Zehntausende  
29 sind dem Aufruf am 20. September nachgekommen. Hier müssen klare und für alle  
30 verbindliche politische Rahmenbedingungen für Unternehmen gesetzt werden, die  
31 deren Investitionen in den Klimaschutz planbar machen. Denn es darf nicht sein,  
32 dass Vorreiter für den Klimaschutz im Kostenwettbewerb Nachteile haben.

33 Das Instrument der Wahl ist zumindest kurzfristig die CO<sub>2</sub>-Bepreisung in Form

34 eines Aufschlags auf die vorhandenen Energiesteuern. Der viel diskutierte  
35 Zertifikatehandel ist ein brauchbares Instrument für die mittlere Frist, denn er  
36 benötigt 3 bis 5 Jahre zur Einführung und funktioniert nur auf EU-Ebene gut.  
37 Zunächst muss die genaue Ausgestaltung mit den europäischen Partnern  
38 ausverhandelt werden, damit die "Zertifikatebörse" funktioniert. Bisher ist dies  
39 aber nicht der Fall, denn der Preis ist viel zu niedrig. Für die Zukunft wäre  
40 ein solches System, das neben Umweltsteuern funktioniert, zu begrüßen.

41 Eine CO<sub>2</sub>-Steuer hat dagegen den großen Vorteil, dass sie schnell wirkt, und das  
42 brauchen wir, da das Klimageschehen gerade außer Kontrolle zu geraten droht.

## 43 **Umweltbezogene Steuern auf EU-Durchschnitt anheben & Fehlentwicklungen korrigieren**

44 Laut Umweltbundesamt ist der Anteil umweltbezogener Steuern in Deutschland auf  
45 dem niedrigsten Wert seit 1995 und beträgt gegenwärtig nur noch rund 7,7 Prozent  
46 (2005 lag der Anteil umweltbezogener Steuern am Steueraufkommen noch bei 12,5  
47 Prozent), während Steuern und Abgaben auf den Faktor Arbeit nahezu zwei Drittel  
48 der staatlichen Einnahmen ausmachen (Studie FÖS, 2017<sup>[11]</sup>). Auch im Vergleich mit  
49 anderen europäischen Ländern fällt der geringe Anteil umweltbezogener Steuern in  
50 Deutschland auf - bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag der Anteil der  
51 umweltbezogenen Steuern in Deutschland 2017 mit 1,8 Prozent unter dem EU-  
52 Durchschnitt von 2,4 Prozent.<sup>[21]</sup> Das ist auch der Grund dafür, dass die  
53 Ökosteuer auf Benzin nicht die notwendige Lenkungswirkung entfaltet hat – sie  
54 wurde leider nicht fortentwickelt.

55 Gleichzeitig steckt der deutsche Staat nach Auskunft des Umweltbundesamt  
56 jährlich mehr als 50 Milliarden Euro in Subventionen mit umweltschädlicher  
57 Wirkung (z.B. Steuerbefreiung für Kerosin, kostenfreie Zuteilung von CO<sub>2</sub>-  
58 Emissionsrechten, Mehrwertsteuerbefreiung für internationale Flüge, steuerliche  
59 Förderung von Dienstwagen, Exportkreditgarantien für Kohle- und Atomkraftwerke  
60 uvm<sup>[3]</sup>).

61 Mit anderen Worten: Das deutsche Steuer- und Abgabensystem fördert mit  
62 Milliardenaufwand klima- und umweltschädliches Wirtschaften.

## 63 **Für umweltgerechte Steuern!**

64 Die Einführung eines wirksamen CO<sub>2</sub>-Preises für die Sektoren Wärme und Verkehr  
65 und eines CO<sub>2</sub>-Mindestpreises für alle Kraftwerke, die unter den europäischen  
66 Emissionshandel fallen, wie bereits von der Bundestagsfraktion von Bündnis  
67 90/Die Grünen vorgeschlagen, ist ein ganz wesentlicher Grundpfeiler einer  
68 ökologischen und sozialen Steuer- und Abgabenreform.

69 Dazu gehört auch der soziale Ausgleich aus den Mehreinnahmen durch Pro-Kopf-  
70 Auszahlungen für Geringverdienende.

71 Es sind aber weitere Maßnahmen notwendig, auf Bundes- wie auf Landesebene,  
72 darunter:

## 73 **Bereich Verkehr:**

- 74 • Begünstigte Dieselpbesteuerung aufheben
- 75 • Einführung von City-Mauts bei Großstädten prüfen, um Anzahl der PKW-  
76 Pendler\*innen in Städten zu verringern; die Gelder sollten in die Stärkung  
77 des ÖPNV fließen
- 78 • Steuerbegünstigungen für Strom für Elektrofahrzeuge für Unternehmen, die  
79 Ladestrom aus erneuerbaren Energien zur Verfügung stellen.

80 **Bereich Wärme:**

- 81 • Befristete Investitionszulagen für Unternehmen und Privathaushalte für die  
82 Ersatzinvestition bzgl. des Abbaus von Kohle- und Ölheizungen
- 83 • Wärmedämmende Maßnahmen als Erhaltungsaufwand definieren, damit sie  
84 ertragsteuerlich leichter absetzbar sind – alternativ als  
85 Sonderabschreibung bei Eigennutzung (ähnlich wie bei Denkmalschutz (§ 10f  
86 EStG)
- 87 • Mittelfristig Erhöhung der Strom- und Energiesteuern für Privathaushalte  
88 und energieintensive Unternehmen, um damit energiesparende Maßnahmen auch  
89 ohne Subventionen und Zulagen zu erreichen.

90 **Bereich Transport und Flugverkehr:**

- 91 • Zeitnah die Luftverkehrsabgabe deutlich erhöhen und ökologisch  
92 ausgestalten, Frachtflüge sollten gesondert belastet werden
- 93 • Europäische – notfalls nationale - Lösung für eine spürbare  
94 Kerosinbesteuerung
- 95 • Konsequenter und zeitnaher Abbau ökologisch schädlicher Subventionen für  
96 Regionalflughäfen, mittelfristig deren Schließung und Verlagerung von  
97 Anschlussflügen bis 350 km auf die Bahn
- 98 • Beendigung von klima- und umweltschädlichen Zuschüssen durch Unternehmen  
99 im Besitz von Land und Bund. Die Praxis der Flughafen München GmbH,  
100 Fluglinien Airlines mit Fördermittel zu locken, muss beendet werden<sup>[4]</sup>
- 101 • Senkung des Mehrwertsteuersatz für Fahrscheine im Fernverkehr der  
102 Deutschen Bahn auf sieben Prozent
- 103 • Ertragsteuerliche Maßnahmen zur Verminderung des Speditionsaufkommens  
104 zwischen Produktionsstandorten und zu Versandhandelszwecken. Retouren  
105 sollen explizit bepreist werden.

106 <sup>[1]</sup> <http://www.foes.de/pdf/2017-06-Hintergrundpapier-Steuerstruktur.pdf>

107 <sup>[2]</sup>[https://www.umweltbundesamt.de/daten/umwelt-wirtschaft/umweltbezogene-](https://www.umweltbundesamt.de/daten/umwelt-wirtschaft/umweltbezogene-steuern-gebuehren#textpart-2)  
108 [steuern-gebuehren#textpart-2](https://www.umweltbundesamt.de/daten/umwelt-wirtschaft/umweltbezogene-steuern-gebuehren#textpart-2)

109 <sup>[3]</sup>[https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/384/bilder/dateien/-](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/384/bilder/dateien/-2_tab_umweltschaedl-subventionen_2017-02-03.pdf)  
110 [2\\_tab\\_umweltschaedl-subventionen\\_2017-02-03.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/384/bilder/dateien/-2_tab_umweltschaedl-subventionen_2017-02-03.pdf)

111 <sup>[4]</sup>[https://www.sueddeutsche.de/muenchen/flughafen-muenchen-subventionen-](https://www.sueddeutsche.de/muenchen/flughafen-muenchen-subventionen-petition-1.4451447)  
112 [petition-1.4451447](https://www.sueddeutsche.de/muenchen/flughafen-muenchen-subventionen-petition-1.4451447)

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.

**A32 Ohne Wald kein Klimaschutz – Ohne Klimaschutz keine Zukunft.  
Waldumbau als Anpassungsstrategie an die Klimakrise**

Antragsteller\*in: Lisa Badum MdB (KV Forchheim), Patrick  
Friedl MdL (KV Würzburg-Stadt), Hans  
Urban MdL (KV Bad Tölz-Wolfratshausen)  
Tagesordnungspunkt: 8 Anträge

**Antragstext**

1 Wir stehen vor einem Baumsterben, wie es Bayern noch nie zuvor erlebt hat. Die  
2 Fichte und die Kiefer machten bis vor kurzem noch mehr als die Hälfte des  
3 Baumbestandes in Bayern aus und galten lange als Symbol für einen ertragreichen  
4 Wald. Doch nun können die Plantagen den Folgen der Klimakrise nicht standhalten.  
5 Besonders die nicht standortheimischen Nadelholzreinbestände leiden unter der  
6 Klimaerwärmung. Daher stehen wir in Bayern vor einem nie dagewesenen Kiefern-  
7 und Fichtensterben, was die rund 600.000 Privatwaldbesitzer\*innen in Bayern vor  
8 eine große Herausforderung stellt.

9 Wo Buchen- und Eichenwälder heimisch wären, dominieren schnellwachsende,  
10 gewinnbringende Nadelhölzerplantagen. Die intensive Waldwirtschaft, die  
11 nadelholzdominierte Bewirtschaftung, hat unsere Wälder anfällig gemacht. Die  
12 Klimakrise zeigt uns mit aller Drastik, dass die bisherige Art des  
13 Waldwirtschaftens weder nachhaltig noch zukunftsfähig ist. Bäume sollen in  
14 Forstmonokulturen schnell und gerade wachsen. Dann werden sie lange vor ihrem  
15 natürlichen Ende abgeholzt und mit einer schweren Harvester-Maschine aus dem  
16 Wald geholt, die den Boden verdichtet und weniger sauerstoff- und  
17 wasserdurchlässig macht. Diese Art der Bewirtschaftung als Norm hat keine  
18 Zukunft.

19 Wir müssen die Zeichen der Klimakrise nutzen, um den Umbruch anzugehen. Wir  
20 müssen die Chance ergreifen, um unseren Wäldern eine Zukunft und damit auch den  
21 nächsten Generationen eine Zukunft zu ermöglichen. Wir müssen uns jetzt an die  
22 Folgen in der Zukunft anpassen. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass der Umbau  
23 ein schwieriges Unterfangen wird, da Setzlinge für klimaresistente Bäume fehlen  
24 und die Trockenheit und andere Rahmenbedingungen die Aufzucht schwierig machen.

**25 Klimawende bedeutet Waldwende**

26 Unsere Wälder sind keine Holzfabriken. Sie sind Wasser- und CO<sub>2</sub>-Speicher, Horte  
27 für Artenvielfalt, Schattenspende, Erholungs- und Lebensräume und sie schaffen  
28 Kühlung. Sie sind damit unsere stärksten Verbündeten im Kampf gegen die  
29 Klimakrise. Und so müssen wir sie auch behandeln. Nur wenn unsere Wälder die  
30 Chance bekommen als selbstregulierende Ökosysteme zu funktionieren, werden wir  
31 die Waldkrise angehen und damit auch einen Beitrag zum Klimaschutz leisten  
32 können. Denn je reichhaltiger an Arten ein Wald ist, desto stabiler und  
33 widerstandsfähiger wird er sich gegen die Folgen der Klimakrise zeigen.

34 Dafür muss der Umbau jetzt forciert werden. Neben flächigem Naturschutz an  
35 mehreren Standorten in Bayern – wie dem Steigerwald, den Donau-Auen oder dem  
36 Spessart – müssen wir auch in Zukunft auf Holz als wertvolle Ressource setzen.  
37 Doch wir müssen der Übernutzung der Wälder endlich ein Ende setzen und die  
38 ökologischen Belange des Waldes wieder mehr in den Vordergrund stellen. Wir  
39 wissen heute: Das Prinzip von Carl von Carlowitz, nur so viel Holz einzuschlagen  
40 wie nachwächst, reicht heute allein nicht mehr aus, um eine dauerhaft  
41 nachhaltige und zukunftsfeste Waldwirtschaft zu gewährleisten. Um einen  
42 klimafreundlichen Beitrag leisten zu können, fordern wir einen verpflichtenden  
43 Zuwachs auf Staats- und Kommunalwaldflächen.

#### 44 **Ökologische Bewirtschaftung**

45 Für die Forstwirtschaft der Zukunft müssen standortgerechte Ökowälder mit  
46 ökologischer Bewirtschaftung Standard werden. Wir fordern eine naturnahe  
47 Bewirtschaftung, die auf einen natürlichen, langfristig angelegten Waldbau und  
48 behutsame Nutzung setzt, statt einer schnelllebigen und gewinnbringenden  
49 Forstwirtschaft. Dafür braucht es eine Verpflichtung zur standortgerechten,  
50 ökologischen Bewirtschaftung und einer bodenschonenden Holzgewinnung. Zudem muss  
51 Arten- und Naturschutz finanziell abgesichert werden, um dem Wald Zeit und den  
52 Waldbäuerinnen und -bauern Planungssicherheit zu geben

#### 53 **Waldbauern helfen – Ökologischen Umbau zusammen vorantreiben**

54 Die zwei trockenen Sommer in Folge haben dem Wald so zugesetzt, dass viele  
55 private Waldbäuerinnen und -bauern nicht mehr wissen, wie sie die Mengen an  
56 Schadholz aus dem Wald schaffen, geschweige denn verkaufen können. Regional -  
57 z.B. in Unter- und Mittelfranken - sind sogar Rotbuchen und andere Laubbäume von  
58 Hitze und Trockenheit derart betroffen, dass sie in bestimmten Waldbereichen  
59 nicht mehr klar kommen und ebenfalls vertrocknen.

60 Wir wollen sie hierbei unterstützen, aber auch den Augenblick der Krise nutzen,  
61 um lange angemahnte Leitlinien für eine ökologische Bewirtschaftung im  
62 öffentlichen Waldbesitz nun vorbildhaft umzusetzen. Auch sollten nicht alle  
63 Bäume aus befallenen Wäldern entfernt werden: Tote Nadelbäume sollten im Wald  
64 als wertvolle Ausgangsbasis für neuen Humus bleiben, der viel Wasser speichert.  
65 Zudem werfen auch tote Bäume Schatten für nachwachsende Jungbäume. Lediglich  
66 frisch befallene, lebende Fichten und Kiefern sollten entnommen werden, um eine  
67 weitere Ausbreitung der Borkenkäfer zu verhindern (diese gehen nämlich nicht in  
68 abgestorbene Bäume).

69 Außerdem brauchen die privaten Waldbesitzer\*innen dringend Empfehlungen für  
70 klimaresistente Bäume und die Möglichkeit entsprechende Setzlinge zu bekommen.  
71 Neben der Buche kann die Eiche, die Hainbuche oder auch der Feldahorn gut mit  
72 wärmerem Wetter zurechtkommen. Die Waldkrise dieses und des vergangenen Jahres  
73 hat aber auch aufgezeigt, dass die Forschung und noch viel mehr die praktische  
74 Umsetzung zum Thema Klimaanpassung des Waldes und klimatolerante Baumarten noch  
75 in den Kinderschuhen steckt, so dass gerade die privaten Waldbesitzer\*innen kaum  
76 eine Möglichkeit haben, sich ausreichend zu informieren und ihre eigenen  
77 Strategien anzupassen. Das muss sich ändern. Die beste Garantie für einen  
78 gesunden Wald ist jedoch eine gesunde Waldbewirtschaftung.

79 **Wildverbiss auf verträgliches Maß senken – Jagd professionalisieren**

80 Wir unterstützen die Forderung von Naturschutzverbänden, wie dem BUND  
81 Naturschutz, die seit langem fordern, den Wildverbiss auf ein waldverträgliches  
82 Maß zu senken. Denn wenn Schalenwild in zu hoher Dichte im Wald vorkommt,  
83 entstehen meist wirtschaftliche und auch ökologische Schäden. Diese bestehen vor  
84 allem aus dem selektiven Verbiss von Baumarten, wie etwa der Tanne, die aber  
85 gerade jetzt eine zentrale Rolle im Waldumbau einnehmen soll und auch muss. Um  
86 die Störung von Wald und Wild durch die Jagd so gering wie möglich zu halten,  
87 sollen effektive Jagdmethoden, wie etwa die Bewegungsjagd zur Anwendung kommen.  
88 Derzeit verhindern nicht synchronisierte Jagdzeiten und andere Hemmnisse eine  
89 effektive Wildstandsregulierung.

90 Wir brauchen hierzu eine Professionalisierung der Jagd. Weg von einer auf  
91 Trophäen ausgerichteten Jagd hin zu einem modernen Schalenwildmanagement, das  
92 besonders die Belange des Tier- und Artenschutz, der Gesellschaft und des  
93 Eigentums in den Mittelpunkt stellt. Wir wollen endlich synchronisierte und wenn  
94 möglich auch kürzere Jagdzeiten für unsere Wildarten.

95 **Staatswald als Vorbild**

96 Gerade in Zeiten des Umbaus müssen dabei die Bayerischen Staatsforsten (BaySF)  
97 ihrer Rolle als Vorbild endlich gerecht werden. Die BaySF muss ihren Wald  
98 klimagerecht bewirtschaften, d.h. sie muss den Wald fit für die Brüche machen,  
99 die die zunehmende Erwärmung verursacht. Gewinnerwartung darf es nicht mehr  
100 geben. Bei der BaySF muss künftig Walderhalt absoluten Vorrang haben. Für die  
101 Privatwaldbesitzer\*innen brauchen wir deutlich mehr Försterinnen und Förster auf  
102 der Fläche und gezielte Förderung. Statt sich in erster Linie auf die  
103 Bewirtschaftung der eigenen Staatswaldflächen zu konzentrieren, braucht es eine  
104 Verschiebung des Fokus des Forstministeriums hin zu Forschung und Beratung von  
105 privaten Waldbäuerinnen und -bauern und damit zur Stärkung der Bayerischen  
106 Forstverwaltung. Dafür braucht es dringend mehr Personal und Mittel, um sowohl  
107 Strategien zum Waldumbau entwickeln als auch diesen Kenntnisstand an die  
108 Waldbesitzer\*innen vermitteln zu können.

109 **Endlich naturnahe Wälder schützen – Wir haben keine Zeit mehr**

110 Bayern darf seinen großen Schatz, naturnahe Wälder mit alten Bäumen nicht länger  
111 geringschätzen. Denn in diesen starken Bäumen kann besonders viel  
112 klimaschädliches Kohlendioxid langfristig im Holz gespeichert werden. Der  
113 Alternative Waldzustandsbericht<sup>[1]</sup> zeigt auch, dass der Großteil unserer Wälder  
114 für ein ökologisches Gleichgewicht zu jung ist. Alte Bäume mit mehr als 140  
115 Jahren stärken jedoch das Ökosystem Wald. Daher sind öffentliche Wälder, die  
116 noch alte Baumbestände aufweisen, sofort unter Naturschutz zu stellen. Sie sind  
117 existentiell für das Leben von sehr vielen Tier-, Pilz- und Pflanzenarten, die  
118 nur auf oder mit ihnen leben können. Mindestens 10 Prozent der Wälder sind unter  
119 Schutz zu stellen., bzw. aus der Nutzung zu nehmen. Kleine, mittlere und große  
120 Naturwaldkomplexe sollen dabei ein repräsentatives und kohärentes  
121 Naturwaldverbundsystem bilden. Besonders wertvolle Gebiete sollten endlich auf  
122 Ihre Nationalparktauglichkeit abschließend geprüft und dann zeitnah ausgewiesen  
123 werden. Wir bekräftigen den Beschluss über die Ausweisung eines Nationalparks  
124 Steigerwald. Wir fordern die Regierung von Oberfranken auf, das Schutzgebiet  
125 „Hoher Buchener Wald“ wiederherzustellen. Wir wollen außerdem weitere



126 Nationalparke und Großschutzgebiete ausweisen, denn auch der Spessart, das  
127 Ammergebirge, Isar- und Donauauen und die Rhön bedürfen unseres besonderen  
128 Schutzes. Bei Eignung und im Dialog mit der örtlichen Bevölkerung werden wir in  
129 den kommenden Jahren mindestens den dritten Nationalpark in Bayern ausweisen.  
130 Die Ausweisung des Steigerwalds als Nationalpark hat dabei oberste Priorität.  
131 Eine Übergangszeit von 30 Jahren als „Entwicklungs-Nationalpark“, in der weiter  
132 Holz entnommen wird, ist überflüssig. Für wertvolle Wälder muss der sofortige  
133 Nutzungsstopp gelten!

134 Wir werden

- 135 1. die Waldentwicklung mit Naturverjüngung und Waldumbau hin zu naturnahen  
136 klimabeständigeren Laubmischwäldern beschleunigen. Dabei soll die  
137 Auflegung eines Waldzukunftsfonds auf Bundesebene helfen.
- 138 2. die ökologische Bewirtschaftung aller Wälder fördern. Dafür soll die gute  
139 fachliche Praxis im Waldgesetz an ökologische und klimarelevante  
140 Mindeststandards für eine naturnahe Waldwirtschaft in den Waldgesetzen  
141 ausgerichtet werden. Dazu gehören
  - 142 1. ein Gebot zur Schaffung von strukturreichen Dauerwäldern mit Bäumen  
143 verschiedener Arten und Altersklassen unter dem grundsätzlichen  
144 Ausschluss von Kahlschlägen;
  - 145 2. die vorwiegende Verwendung von standortangepassten heimischen und  
146 europäischen Baumarten und eine dem Standort angepasste Begrenzung  
147 des Anteils von Nadelbäumen bei Neuanpflanzungen;
  - 148 3. verbindliche Leitlinien sowie Fördermaßnahmen zur Umstellung auf  
149 nachweislich bodenschonende Pflege - und Holzeinschlagverfahren  
150 sowie zur Sicherstellung stabiler Wasserhaushalte im Waldboden;
  - 151 4. Belassung eines Mindestanteils von Totholz und Biotopbäumen;
  - 152 5. ein Verbot des Einsatzes von gentechnisch veränderten Bäumen und  
153 Eindämmung invasiver Baumarten
- 154 3. die Bayerischen Staatsforsten umbauen, weg von profitorientierter  
155 Forstwirtschaft hin zu ökologischer Bewirtschaftung der Wälder. Der  
156 Holzeinschlag soll entsprechend ökologischer Kriterien begrenzt werden.  
157 Dies dient der Anhebung des Baumdurchschnittsalters, der Holzvorräte und  
158 damit auch Kohlenstoffspeicherleistung der Wälder sowie dem Erhalt der  
159 Biodiversität. Die Staatsforsten sollen künftig nach FSC oder Naturland-  
160 Standard bewirtschaftet werden.  
161 Die noch erzielten Gewinne wollen wir vorwiegend in die Stabilisierung des  
162 Waldes investieren. Walderhalt erhält absoluten Vorrang. Die Forstbetriebe  
163 der Bayerischen Staatsforsten müssen personell gestärkt werden,  
164 insbesondere mit der Einstellung von mehr qualifizierten  
165 Waldarbeiter\*innen.
- 166 4. Die Besitzer\*innen von Privat- und Körperschaftswald beim Waldumbau  
167 begleiten  
168 Wir wollen ein Klimawaldprogramm auf Bundesebene auflegen, um die

169 Wiederbewaldung abgestorbener Waldflächen mit naturnahen Mischwäldern zu  
170 fördern und Waldflächen in Retentionsflächen, Auen und in Mooregebieten neu  
171 entstehen zu lassen. Die Auszahlung von Fördergeldern wird an eine  
172 Verpflichtung der begünstigten Waldeigentümer\*innen zur Einhaltung  
173 ökologischer Kriterien gebunden.  
174 Dazu zählen

- 175 1. regional- und standortabhängige Mindestanteile an verschiedenen  
176 standortgerechten heimischen und europäischen Laubbaumarten, mit  
177 Vorrang der Ausnutzung sämtlicher Naturverjüngungs- und  
178 Naturaufwuchspotentiale;
- 179 2. die Ermöglichung einer natürlichen Sukzession durch Begrenzung der  
180 Pflanzdichte bzw. durch ausreichend weite Pflanzabstände und  
181 Schonung des Jungwuchses bei der Ernteberäumung;
- 182 3. der Einsatz nachweislich bodenschonender Bewirtschaftungs- und  
183 Erntetechniken zur Vermeidung von Verdichtung sowie der Rückbau von  
184 Rückegassen auf 40 Meter Mindestabstand;

- 185 4. der Verzicht auf Entwässerungsmaßnahmen.

186 Die Staatsregierung muss Kommunen und Privatpersonen bei der  
187 ökologischen Waldbewirtschaftung unterstützen. Die zugesagten 200  
188 zusätzlichen Planstellen für die Bayerische Forstverwaltung müssen  
189 in den nächsten fünf Jahren bereitgestellt werden. Nur so sind die  
190 Mindest-Waldumbauziele im Privat- und Körperschaftswald bis 2030  
191 erreichbar.

192 Die mit dem Waldumbauprogramm 2030 vom Landtag zugesagten  
193 zusätzlichen Fördermittel für Waldpflege und Waldumbau im Privat-  
194 und Körperschaftswald in Höhe von 200 Mio. Euro sind kontinuierlich  
195 zur Verfügung zu stellen.

196 Die finanzielle Förderung der Forstlichen Zusammenschlüsse (FZUS)  
197 ist insgesamt zu erhöhen. Die Forstliche Forschung an der  
198 Bayerischen Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft sowie den  
199 Hochschulen ist personell und finanziell zu stärken.  
200  
201

- 202 5. Wir brauchen eine Professionalisierung der Jagd. Weg von einer auf  
203 Trophäen ausgerichteten Jagd hin zu einem modernen Schalenwildmanagement ,  
204 das besonders die Belange des Tier- und Artenschutz, der Gesellschaft und  
205 des Eigentums in den Mittelpunkt stellt. Wir wollen endlich  
206 synchronisierte und wenn möglich auch kürzere Jagdzeiten für unsere  
207 Wildarten.

- 208 6. Naturschutzfachlich besonders wertvolle Gebiete sind als Nationalpark  
209 ausweisen. Wir bekräftigen den Beschluss über die Ausweisung eines  
210 Nationalparks Steigerwald.

- 211 7. Wir wollen außerdem weitere Nationalparke und Großschutzgebiete ausweisen,  
212 denn auch der Spessart, das Ammergebirge, Isar- und Donauauen und die Rhön  
213 bedürfen unseres besonderen Schutzes. Bei Eignung und im Dialog mit der  
214 örtlichen Bevölkerung werden wir in den kommenden Jahren mindestens den

215 dritten Nationalpark in Bayern ausweisen. Die Ausweisung des Steigerwalds  
216 als Nationalpark hat dabei oberste Priorität. Eine Übergangszeit von 30  
217 Jahren als „Entwicklungs-Nationalpark“, in der weiter Holz entnommen wird,  
218 ist überflüssig. Für wertvolle Wälder muss der sofortige Nutzungsstopp  
219 gelten!

220 [\[1\]](#)  
221 [https://naturwald-akademie.org/presse/pressemitteilungen/alternativer-](https://naturwald-akademie.org/presse/pressemitteilungen/alternativer-waldzustandsbericht/)  
222 [waldzustandsbericht/](https://naturwald-akademie.org/presse/pressemitteilungen/alternativer-waldzustandsbericht/)

## **A33 Geflüchteten den Zugang zu Ausbildung und Arbeit ermöglichen**

Antragsteller\*in: Claudia Roth, MdB (KV Augsburg-Stadt)

Tagesordnungspunkt: 8 Anträge

### **Antragstext**

#### **1 Geflüchteten den Zugang zu Ausbildung und Arbeit ermöglichen**

2 Es gibt nicht einen triftigen Grund, Menschen im Asylverfahren oder in der  
3 Duldung die Möglichkeit zur Arbeit zu verweigern. Ganz im Gegenteil:  
4 Beschäftigung schafft Struktur, ermöglicht mehr Selbstbestimmung, erleichtert  
5 soziale Vernetzung und Spracherwerb – und steigert zudem die finanzielle  
6 Unabhängigkeit von staatlichen Leistungen. Viele klein- und mittelständische  
7 Betriebe in Bayern suchen händeringend nach Auszubildenden und  
8 Mitarbeiter\*innen. Nicht zuletzt durch ein starkes Engagement der  
9 Handwerkskammern sowie der Industrie- und Handelskammern herrscht große  
10 Bereitschaft aufseiten der Betriebe und Unternehmen, Geflüchtete in Ausbildung  
11 zu bringen oder zu beschäftigen.

12 Dennoch gibt es Beschäftigungsverbote für Geflüchtete; die Erteilung von  
13 Arbeits- und Ausbildungserlaubnissen gleicht einem Lotteriespiel. Die Politik  
14 der Bayerischen Staatsregierung verunsichert dabei die Betriebe und Unternehmen,  
15 verhindert zunehmend eine erfolgsversprechende Integration in den Arbeitsmarkt  
16 und grenzt – insbesondere durch ihre Weisungen zur Bundesgesetzgebung – die  
17 ohnehin einschränkende Rechtslage weiter ein. Das wollen wir ändern. Wir Grüne  
18 fordern einen einfacheren Weg in Arbeit und Ausbildung – und damit zugleich  
19 Sicherheit für die Betriebe.

#### **20 Arbeitsverbote beenden**

21 Bislang liegt die Erteilung von Arbeitserlaubnissen für Asylbewerber\*innen und  
22 Geduldete im Ermessen der Ausländerbehörden. Die berufen sich wiederum auf  
23 Weisungen des bayrischen Innenministeriums, in denen die Bundesgesetzgebung  
24 präzisiert werden soll. Im Vergleich zu anderen Bundesländern sind die Weisungen  
25 in Bayern einerseits besonders restriktiv. Andererseits bleiben große  
26 Ermessensspielräume, die nicht zuletzt gegen die einzelne Person verwendet  
27 werden können.

28 Im Ergebnis entstehen unnötige Härte und massive Diskrepanzen zwischen den  
29 Behörden, von denen die Ermessensspielräume unterschiedlich interpretiert  
30 werden. Viele Entscheidungen sind kaum nachvollziehbar – und alle sind letztlich  
31 maßgeblich abhängig davon, welche Behörde zuständig ist und ob eine stabile, gut  
32 informierte Struktur an Helfenden unterstützt. Das eigentlich Ausschlaggebende,  
33 wie nämlich der Einzelfall gelagert ist, rückt da allzu häufig in den  
34 Hintergrund.

35 Für Betroffene, aber auch für Unterstützer\*innen und Ausbildungsbetriebe führt  
36 dieser Zustand zu extremen Unsicherheiten, zu emotionaler und psychischer  
37 Belastung sowie zu maßgeblichen Hürden in der Lebensplanung der Betroffenen. Das  
38 muss ein Ende haben.

39 Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass bereits während des Asylverfahrens der  
40 Zugang zu Arbeit deutlich vereinfacht wird. Grundsätzliche Arbeitsverbote müssen  
41 ein Ende haben. Das gilt auch für Praktika. Praktika spielen beim Einstieg ins  
42 Berufsleben eine wichtige Rolle. Bisläng müssen Praktika von Asylbewerber\*innen  
43 und Geduldeten von den Ausländerbehörden genehmigt werden. Dies erschwert den  
44 Zugang zu Praktikumsplätzen, stellt für Betriebe eine weitere Hürde dar und  
45 schafft unnötigen bürokratischen Aufwand. Wir wollen die Genehmigungspflicht für  
46 Praktika aufheben und so den Zugang zu Praktika deutlich erleichtern.

### 47 **Echten Spurwechsel ermöglichen**

48 Für Menschen in Duldung ist der Weg in Ausbildung und Arbeit in Bayern meist  
49 versperrt. Alle bisherigen Ankündigungen, hier einen Spurwechsel zu ermöglichen,  
50 blieben ergebnislos – auch deshalb, weil die bayerischen Kriterien für eine  
51 sogenannte Beschäftigungsduldung nahezu nicht zu erreichen sind. Wir wollen  
52 unabhängig von der Bleibereichtersperspektive eine Möglichkeit zur Ausbildung oder  
53 Arbeit eröffnen. Unter anderem fordern wir daher, dass bei der Vergabe von  
54 Ausbildungsduldungen fortan nur Kriterien angewendet werden, die für die  
55 Ausbildung tatsächlich relevant sind, insbesondere die Zusage des Betriebs.

56 Die Identitätsklärung muss in einem Zug-um-Zug-Verfahren möglich sein: Wer aus  
57 einem Land wie Afghanistan kommt, dem wird es allenfalls mittelfristig möglich  
58 sein, einen Pass zu erhalten. In diesen Fällen muss es möglich sein, auch dann  
59 eine Ausbildung zu beginnen, wenn noch nicht alle nötigen Papiere vorliegen –  
60 zugleich aber beispielsweise nachvollziehbar ist, dass bereits andere  
61 entsprechende Schritte eingeleitet wurden. Auch Verzögerungen bei der  
62 Überprüfung vorhandener Identitätspapiere durch BAMF oder LfAR dürfen nicht zu  
63 Lasten der Geflüchteten gehen.

64 Stattdessen werden Geflüchtete immer wieder auch dann abgeschoben, wenn sich  
65 abzeichnet, dass alle Kriterien für eine Ausbildungsduldung bald erreicht sind.  
66 Für die Betriebe entsteht dadurch ein enormer Unsicherheitsfaktor – von den  
67 Betroffenen ganz zu schweigen. Wir fordern, Abschiebungen einstweilen  
68 aufzuschieben, wenn sich im Einzelfall eine Ausbildung abzeichnet – auch dann,  
69 wenn noch nicht alle Schritte hin zur Ausbildungsduldung abgeschlossen sind.  
70 Alles andere ist reinste Schikane, für die Geflüchteten ebenso wie für die  
71 bayerische Wirtschaft.

### 72 **Zugang zu Bildung ermöglichen**

73 Die Aussicht auf ein gutes Leben beginnt mit dem Spracherwerb. Wir wollen den  
74 Zugang zu Sprachkursen deutlich ausweiten, das Angebot entsprechend ausbauen und  
75 die Teilnahme von Herkunftsland oder Bleibeperspektive entkoppeln.

76 Zugleich wollen wir Kindern von Geflüchteten den Zugang zu Bildung ermöglichen,  
77 vollumfänglich und – mit entsprechender Unterstützung – im Rahmen des regulären

78 Schulsystems. Das eingeschränkte Bildungsangebot in bayerischen  
79 Sammelunterkünften untergräbt zahlreiche Bestimmungen der UN-  
80 Kinderrechtskonvention und gehört abgeschafft. Die faktische, nicht selten  
81 jahrelange Isolierung in bayerischen Sammelunterkünften lehnen wir prinzipiell  
82 und entschieden ab.

### 83 **Keine Abschiebungen nach Afghanistan**

84 Abschiebungen nach Afghanistan wollen wir beenden. Afghanistan ist eines mit  
85 Sicherheit nicht: sicher. In fast allen Landesteilen kam es in jüngster  
86 Vergangenheit zu Kämpfen, Anschlägen oder Gewalttaten. Die Taliban sind erneut  
87 auf dem Vormarsch. Weiterhin wütet in Afghanistan einer der gewaltsamsten und  
88 tödlichsten Konflikte weltweit. Auch die Erzählung „sicherer Regionen“ bzw.  
89 „sicherer Fluchtalternativen“ innerhalb des Landes wird regelmäßig von den  
90 tatsächlichen Entwicklungen vor Ort widerlegt.

91 Gerade auch Rückkehrende sind gefährdet. Oft haben sie weder Verankerung noch  
92 ein soziales Netz, das sie auffängt. Hinzu kommt, dass regelmäßig auch besonders  
93 gut integrierte Menschen nach Afghanistan abgeschoben werden – allen voran aus  
94 Bayern.

95 Aus all diesen Gründen fordern wir auch weiterhin einen sofortigen  
96 Abschiebestopp nach Afghanistan.

### 97 **Ausbildungs- und Arbeitsvisa ohne Ausreise ermöglichen**

98 Bisher besteht keine Möglichkeit, ein Ausbildungs- oder Arbeitsvisum ohne  
99 Ausreise in das Herkunftsland und Beantragung bei der dortigen deutschen  
100 Botschaft zu erhalten – auch dann nicht, wenn ansonsten alle Voraussetzungen  
101 einer entsprechenden Duldung erfüllt sind. Das ist schlichtweg absurd, zudem  
102 kostenintensiv und oftmals mit erheblichen Gefahren verbunden. Im Falle von  
103 Afghanistan ist es geradezu unmöglich, da die dortige Botschaft infolge eines  
104 Anschlags nach eigenen Angaben längerfristig nicht in der Lage sein wird,  
105 Visaanträge entgegenzunehmen oder gar zu bearbeiten. Wir Grüne wollen deshalb  
106 die Möglichkeit schaffen, dass Ausbildungs- und Arbeitsvisa auch in Deutschland  
107 beantragt werden können – im Sinne der Betroffenen, der Botschaften vor Ort und  
108 der interessierten Betriebe.

## **A34 Brenner Nordzulauf: Umbau statt Neubau**

Antragsteller\*in: Wolfgang Krenzler (KV Rosenheim)  
Tagesordnungspunkt: 8 Anträge

### **Antragstext**

1 Bei der Planung des Brenner Basistunnel Nordzulaufs haben sowohl die Deutsche  
2 Bahn als auch das Bundesverkehrsministerium einen Ausbau der Bestandsstrecke  
3 bereits frühzeitig ausgeschlossen. In der weiteren Planung befinden sich nun nur  
4 noch Neubaustrecken die einen großen Eingriff in die schöne Landschaft des  
5 Inntals zu Folge hätten.

6 Inzwischen gibt es aber Studien die zeigen das mit einem Ausbau bzw. teilweisen  
7 Neubau der Bestandsstrecke ähnliche Kapazitäten zu erreichen wären. Gleichzeitig  
8 hätte ein solcher Ausbau viele Vorteile. Er wäre kostengünstiger zu realisieren,  
9 stößt auf wesentlich höhere Akzeptanz in der Bevölkerung und führt, durch  
10 modernen Schallschutz zu einer Entlastung aller Gemeinden entlang der Bahnlinie.

11 Deswegen fordern die GRÜNEN die Deutsche Bahn und das Bundesverkehrsministerium  
12 dazu auf den weiteren Planungsprozess ergebnisoffen zu führen. Auch ein Aus-  
13 bzw. Umbau der Bestandsstrecke muss in die Planung mit einbezogen werden und  
14 bereits bestehende, von den betroffenen Gemeinden beauftragte, Studien müssen  
15 berücksichtigt werden. Im Zweifel ist die Trasse zu wählen die den größten  
16 Zuspruch in der Bevölkerung findet.

### **Begründung**

Gutachten und Informationsmaterial findet man auf den Seiten der verschiedenen Bürgerinitiativen wie z.B.:  
[INNTAL Gemeinschaft e.V](#) oder [Brennerdialog](#).

Eine aktuelle Studie zum Ausbau der Bestandsstrecke wurde durchgeführt von der VIAREGG-RÖSSLER  
GmbH (<http://www.vr-transport.de>)

Ein Artikel des OVB [Brenner-Nordzulauf: So könnte eine ausgebaute Bestandsstrecke aussehen](#) beschreibt  
den Inhalt dieser Studie in Kurzform.